



LAND  
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Familie

Ausbildung Beschäftigung  
Beruf Integration  
Ausbildung **Arbeit** Entwicklung  
Erwerbstätigkeit Vollzeit

# **Bericht über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg 2007/2008**



EUROPÄISCHE  
UNION  
Europäischer  
Sozialfonds

**Bericht  
über den Arbeitsmarkt  
des Landes Brandenburg  
2007/2008**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	4
<b>1 Rechtliche Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik</b>	6
1.1 Beschäftigungspolitik der Europäischen Union	6
1.2 Bundespolitische Rahmenbedingungen	8
<b>2 Die Situation am Brandenburger Arbeits- und Ausbildungsmarkt</b>	12
2.1 Wirtschaftsentwicklung	12
2.2 Beschäftigungsentwicklung	17
2.3 Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit	30
2.4 Gemeldete Stellen	41
2.5 Der Ausbildungsmarkt im Land Brandenburg	42
2.6 Regionale Disparitäten im Land Brandenburg	46
2.7 Arbeitsmarktentlastung durch Pendeln	54
<b>3 Aktive Arbeitsförderung in den Rechtskreisen SGB II und SGB III</b>	59
3.1 Veränderungen im Mitteleinsatz	59
3.2 Struktur und Entwicklung der aktiven Arbeitsförderung in Brandenburg	62
3.3 Verbleib nach der Förderung – Ergebnisse der Eingliederungsbilanz	67
3.4 Typisierung der Agenturbezirke und Grundsicherungsträger	70
<b>4 Arbeitspolitik des Landes Brandenburg: Konzeption, Strategien, Förderung</b>	75
4.1 Leitlinien der Brandenburger Arbeitspolitik	75
4.2 Zentrale Themenfelder und Leistungen der Arbeitspolitik in 2007/2008	79
4.2.1 Sicherung der Fachkräftebasis in Brandenburg	79
4.2.2 Chancengleichheit am Arbeitsmarkt bleibt wichtige Aufgabe von Arbeitspolitik	87
4.2.3 Regionalisierung der Arbeitspolitik als geeigneter Weg	92
4.3 Arbeitspolitisches Programm „In Menschen investieren – Regionen stärken“	95
4.3.1 Neuausrichtung des Landesprogramms für mehr und bessere Arbeit	95
4.3.2 Methodik und System der Qualitätssicherung	97
4.4 Zentrale Ergebnisse der Arbeitsförderung in 2007	99
4.4.1 Gesamtüberblick	99
4.4.2 Programme zur Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen (Prioritätsachse A)	102
4.4.3 Programme zur Verbesserung des Humankapitals (Prioritätsachse B)	104
4.4.4 Programme zur Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie zur sozialen Eingliederung von Benachteiligten (Prioritätsachse C)	107
4.4.5 Programme für transnationale Aktivitäten (Prioritätsachse E)	110
<b>Schlussbemerkungen</b>	111
<b>Tabellenanhang</b>	114
<b>Verzeichnis der Grafiken, Tabellen und Übersichten</b>	119
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	122

## Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

im vorliegenden Bericht erfahren Sie, wie sich der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg im Jahr 2007 und in der ersten Hälfte des Jahres 2008 entwickelt hat und wie die Bilanz der auf den Arbeitsmarkt ausgerichteten Förderpolitik der Landesregierung ausfällt.

Neben wichtigen Daten und Fakten zur aktuellen Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung gibt die Broschüre einen Überblick zur Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie die Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger im Land. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird maßgeblich von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie dem konjunkturellen Umfeld bestimmt. Aus diesem Grund gehören zum Bericht auch Informationen zu wichtigen arbeitsmarktrelevanten Gesetzesänderungen und zur wirtschaftlichen Lage im Land Brandenburg.



Der positive Trend der Beschäftigungsentwicklung aus dem Jahr 2006 hat sich im Berichtszeitraum – getragen von einer anhaltenden wirtschaftlichen Stabilisierung – fortgesetzt und gefestigt. So war Brandenburg 2007 das Land mit dem zweithöchsten Beschäftigungszuwachs aller Bundesländer. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass sich das Wirtschaftswachstum in einer Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung niederschlägt.

Dieser Aufwärtstrend bei der Beschäftigung ist verbunden mit weiter sinkenden Arbeitslosenzahlen. Im Juni 2008 waren 169.229 Brandenburgerinnen und Brandenburger arbeitslos, das ist der niedrigste Juniwert seit 1996. Die Arbeitslosenquote war zuletzt vor 13 Jahren geringer als im Juni 2008. Aber Anlass zur Euphorie besteht deshalb nicht, denn die Arbeitslosenquote in Brandenburg ist noch immer doppelt so hoch wie in den westdeutschen Bundesländern. Zudem profitieren noch nicht alle Arbeitslosen gleichermaßen von der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, vor allem die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist zu hoch. Deshalb sind weiterhin besondere Anstrengungen notwendig, um Brandenburgerinnen und Brandenburgern mit erkennbar schlechteren Integrations- und Vermittlungschancen eine Beteiligung am Arbeitsleben zu ermöglichen. Hierfür sind die Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit und der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die maßgeblich zur Entlastung des Arbeitsmarktes im Land beitragen, unerlässlich.

Auch das Land Brandenburg hat einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Mit Hilfe von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes konnten sich viele Brandenburgerinnen und Brandenburger qualifizieren beziehungsweise Beschäftigung finden.

Das Land hat auf die Herausforderungen und veränderten Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt mit seinem neuen Arbeitspolitischen Programm Brandenburg reagiert. Unter dem Titel „In Menschen investieren – Regionen stärken“ werden Strategien favorisiert, die den Akteuren mehr Handlungs- bzw. Gestaltungsspielräume ermöglichen. Das ist notwendig, weil der Arbeitsmarkt und die Anforderungen an die Arbeitsmarktakteure sich regional sehr unterschiedlich darstellen. In diesem Bericht wird Ihnen deshalb dieses neue Arbeitspolitische Programm ausführlich vorgestellt. Darüber hinaus erhalten Sie umfangreiche Hintergrundinformationen zu den Ergebnissen der Arbeitsförderung des Landes.

Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt – auch das zeigt dieser Bericht – ist kein Selbstläufer. Ohne die vielfältigen Initiativen und Anstrengungen aller Arbeitsmarktakteure und die konstruktive Zusammenarbeit auf allen Ebenen hätten wir gemeinsam nicht so viel erreichen können. Für dieses Engagement, die immer neuen Ideen und den unermüdlichen Einsatz möchte ich mich bei allen Beteiligten, den Sozialverbänden, der Wirtschaft, den Kommunen, allen Trägern der Arbeitsförderung und selbstverständlich auch bei den Arbeitsverwaltungen herzlich bedanken. Ich möchte gleichzeitig dazu aufrufen, nicht in den Anstrengungen nachzulassen und auch in den nächsten Jahren die vor uns liegenden Probleme gemeinsam anzupacken und unserer Verantwortung für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger gerecht zu werden.

Ich wünsche diesem kompakten Nachschlagewerk viele interessierte Leserinnen und Leser.



Dagmar Ziegler  
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie  
des Landes Brandenburg

# Rechtliche Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitspolitik<sup>1</sup> des Landes Brandenburg ist eingebunden in die Beschäftigungspolitik der Europäischen Union und in die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes. Im folgenden Kapitel werden wesentliche Aspekte der Beschäftigungspolitik der Europäischen Union und neue rechtliche Rahmenbedingungen, die durch die Arbeitsmarktpolitik des Bundes gesetzt werden, kurz dargestellt.

## 1.1 Beschäftigungspolitik der Europäischen Union<sup>2</sup>

Ziel der im Jahr 2000 von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossenen Lissabon-Strategie ist es, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Im Rahmen der Lissabon-Strategie wurde vereinbart, die allgemeine Beschäftigungsquote in der EU bis 2010 auf 70 Prozent, die der Frauen auf 60 Prozent und die der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf 50 Prozent zu erhöhen.

Im Kontext der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie hat der Rat der Europäischen Union im Juli 2005 integrierte Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze verabschiedet, die die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und die beschäftigungspolitischen Leitlinien in einem Paket zusammenfassen.<sup>3</sup> Die integrierten Leitlinien wurden für den Zeitraum von 2005 bis 2008 beschlossen. Insofern blieben die beschäftigungspolitischen Leitlinien als Teil der integrierten Leitlinien in den Jahren 2007/2008 unverändert.

Die beschäftigungspolitischen Leitlinien heben drei Aktionsschwerpunkte bzw. vorrangig umzusetzende Maßnahmen hervor:

- mehr Menschen in Arbeit bringen und die sozialen Sicherungssysteme modernisieren;
- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und der Unternehmen verbessern und die Flexibilität der Arbeitsmärkte steigern;
- die Investitionen in Humankapital durch Verbesserung von Bildung und Qualifizierung erhöhen.

In acht spezifischen Leitlinien sind die Handlungsfelder zur Umsetzung dieser eben genannten drei Schwerpunkte benannt:

1. Die Beschäftigungspolitik auf Vollbeschäftigung, Steigerung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts ausrichten.
2. Einen lebenszyklusorientierten Ansatz in der Beschäftigungspolitik fördern.

---

1 Siehe Kapitel 4.

2 Weitere Informationen zur Beschäftigungspolitik der Europäischen Union finden sich unter: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/index_de.html).

3 Europäische Kommission (2005): Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005 – 2008).

3. Integrative Arbeitsmärkte schaffen, Arbeit attraktiver und für Arbeitsuchende – auch für benachteiligte Menschen – und Nichterwerbstätige lohnend machen.
4. Den Arbeitsmarkterfordernissen besser gerecht werden.
5. Unter gebührender Berücksichtigung der Rolle der Sozialpartner Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die Segmentierung der Arbeitsmärkte verringern.
6. Die Entwicklung der Arbeitskosten und die Tarifverhandlungssysteme beschäftigungsfreundlicher gestalten.
7. Die Investitionen in Humankapital steigern und optimieren.
8. Die Aus- und Weiterbildungssysteme auf neue Qualifikationsanforderungen ausrichten.

Die integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze in der Europäischen Union waren Ausgangspunkt für die bis Ende 2005 vorgelegten nationalen Reformprogramme der Mitgliedsstaaten. Deren Umsetzung wird in jährlichen Fortschrittsberichten dargestellt. Diese Fortschrittsberichte bilden wiederum die Basis für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht der EU, mit dem die Umsetzung der nationalen Reformprogramme für den Beschäftigungsbereich in den Mitgliedsstaaten bewertet wird.

Im gemeinsamen Beschäftigungsbericht der EU 2007/2008 wird für das Jahr 2006 eingeschätzt, dass sich die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv auf die europäischen Arbeitsmärkte ausgewirkt haben und dass gleichzeitig „die europäische Beschäftigungsstrategie und die integrierte Lissabon-Strategie erste Ergebnisse zeitigen und die Strukturreformen langsam ihre Wirkung entfalten“. Demnach konnte in der Europäischen Union im Jahr 2006 das stärkste Beschäftigungswachstum seit den 90er Jahren verzeichnet werden. Die Arbeitslosenquote ging von 8,9 Prozent im Jahr 2005 auf 8,2 Prozent im Jahr 2006 zurück. Die Beschäftigungsquote stieg in diesem Zeitraum auf 64,3 Prozent.<sup>4</sup> Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) verlief die Entwicklung auch im Jahr 2007 positiv. Die Arbeitslosenquote konnte um weitere 1,1 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent gesenkt und die Beschäftigungsquote auf 65,4 Prozent erhöht werden. Trotz dieser Erfolge sind weitere Anstrengungen notwendig, um die vereinbarten Beschäftigungsziele zu erreichen, denn die Beschäftigungsquote insgesamt lag 2007 noch um 4,6 Prozent unter dem Lissabon-Ziel von 70 Prozent im Jahr 2010. Die Beschäftigungsquoten von Frauen bzw. Älteren lagen ebenfalls noch um 1,7 bzw. 5,3 Prozentpunkte unter den Zielmarken von 60 bzw. 50 Prozent für das Jahr 2010.<sup>5</sup>

Die integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze waren auch Orientierungsrahmen für die Strategischen Kohäsionsleitlinien, welche Ausgangspunkt der Strukturfondsförderung in der EU-Förderperiode 2007–2013 sind. Als solche wurden sie gemeinsam mit den Handlungsfeldern des Nationalen Reformprogramms bei der Formulierung des Nationalen Strategischen Rahmenplans für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007–2013 maßgeblich berücksichtigt.

---

4 Rat der Europäischen Union (2008): Gemeinsamer Beschäftigungsbericht 2007/2008, 7169/08, deutschsprachige Version, S. 4 f.

5 Eurostat (2008): Beschäftigungstabellen, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1090,30070682,1090\\_33076576&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1090,30070682,1090_33076576&_dad=portal&_schema=PORTAL); Zugriff: 3. Juli 2008.



Aus arbeitspolitischer Sicht bzw. mit Blick auf die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007–2013 heißen die entscheidenden Handlungsfelder des Nationalen Reformprogramms „Wissensgesellschaft ausbauen“ sowie „Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten – demografischen Veränderungen begegnen“. Die Verknüpfung von Integrierten Leitlinien, Nationalem Reformprogramm, Kohäsionsleitlinien und Nationalem Strategischem Rahmenplan stellt sicher, dass bis hin zur Ebene der regionalen Operationellen Programme (OP) die Ziele der neu ausgerichteten Lisbon-Strategie berücksichtigt werden. Denn im Genehmigungsverfahren wurden die einzelnen OP 2007–2013 durch die Europäische Kommission unter anderem auf ihre Kohärenz mit dem Nationalen Strategischen Rahmenplan geprüft.

Das OP für den Einsatz des ESF im Land Brandenburg in der Förderperiode 2007–2013 wurde am 4. Juli 2007 von der Kommission genehmigt. Parallel zum Genehmigungsverfahren begann das Arbeitsministerium bereits Anfang 2007 die Konzipierung konkreter Förderprogramme für Brandenburg, um die Umsetzung der im ESF-OP formulierten Ziele zügig in Angriff nehmen zu können. Bis Ende 2007 konnte die Er- und Überarbeitung der Förderprogramme im Sinne des neuen ESF-OP vorerst abgeschlossen werden. Das nunmehr vorliegende neue Arbeitspolitische Programm Brandenburgs „In Menschen investieren – Regionen stärken“ folgt in seinen Grundzügen der Gliederung und dem Zielsystem des OP des Landes Brandenburg für den Einsatz des ESF in der Förderperiode 2007–2013 (ausführliche Informationen zum neuen Arbeitspolitischen Programm siehe Kapitel 4).

## 1.2 Bundespolitische Rahmenbedingungen

Im Zeitraum 2007/2008 wurde eine Vielzahl von gesetzlichen Änderungen für das Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und das Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) sowie Neuregelungen von Bundes-Programmen wirksam.

### Neuregelungen im Rechtskreis des SGB II

Die Neuregelungen und Änderungen betreffen insbesondere die Bundes-Programme „Perspektive 50plus“ und „Kommunal-Kombi“ und darüber hinaus den § 16a SGB II. Zum 1. Januar 2008 begann die zweite Phase des Bundesprogramms „**Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen**“. Diese wird sich über einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken und mit insgesamt 275 Millionen Euro gefördert. Unterstützt werden regionale Konzepte von deutschlandweit 62 Beschäftigungspakten, an denen fast 200 ARGEn, zugelassene kommunale Träger und Agenturen bei getrennter Aufgabenwahrnehmung beteiligt sind. Ziel ist die Wiedereingliederung älterer Langzeitarbeitsloser.

Mit dem Bundesprogramm „**Kommunal-Kombi**“ sollen ab 1. Januar 2008 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten in 79 Kreisen und kreisfreien Städten mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit in 11 Bundesländern<sup>6</sup> ge-

---

<sup>6</sup> Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

schaffen werden. Diese zusätzlichen und im öffentlichen Interesse liegenden Arbeitsplätze mit einer Dauer von maximal drei Jahren richten sich an Menschen, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind und seit mindestens 12 Monaten Arbeitslosengeld II beziehen (zum Kommunal-Kombi in Brandenburg siehe Kapitel 4.2.3).

### **Beschäftigungszuschuss für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen**

Für Langzeitarbeitslose mit mehreren und schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen wurde mit dem Zweiten Änderungsgesetz zum SGB II – Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen ein Beschäftigungszuschuss (§ 16a SGB II) eingeführt. Während einer Übergangsfrist bis zum 31. März 2008 stand dieser Lohnkostenzuschuss nur für Träger zur Verfügung, die zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeiten ausführen ließen. Die Europäische Kommission hat auf Antrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) entschieden, dass es sich bei diesem neuen Eingliederungsinstrument nicht um eine wettbewerbsrelevante Beihilfe handelt. Daher steht seit dem 1. April 2008 allen gewerbswirtschaftlichen Unternehmen die Möglichkeit offen, Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu bringen und dafür diesen Zuschuss für zunächst zwei Jahre, ggf. auch darüber hinaus in Anspruch zu nehmen.

### **Neuorganisation der Umsetzung des SGB II**

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat im Dezember 2007 die gesetzlich geregelte Zusammenarbeit in den bisherigen ARGEN für mit der Verfassung nicht vereinbar erklärt. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht eine Frist bis zum 31. Dezember 2010 eingeräumt, innerhalb derer eine Neuorganisation der Umsetzung des SGB II zu erfolgen hat. Bis zum Inkrafttreten eines neuen Organisationsmodells nehmen die ARGEN die Aufgaben nach dem SGB II unverändert wahr.

### **Änderungen des SGB III**

In den Jahren 2007 und 2008 wurden weitere Änderungen des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) auf den Weg gebracht:

#### **Viertes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch<sup>7</sup>**

Zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen wurden mit diesem Gesetz (in Kraft seit 01. Oktober 2007) folgende neue Fördermöglichkeiten geschaffen:

- a) Das Bundessonderprogramm der betrieblichen Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (bisher EQJ-Programm) wird als Ermessensleistung in das SGB III aufgenommen (§ 235b SGB III).
- b) Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsbildungsvorbereitung (§ 241 a SGB III) wurde ebenfalls als Ermessensleistung gesetzlich verankert.

---

<sup>7</sup> Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 50, ausgegeben zu Bonn am 15. Oktober 2007.

- c) Qualifizierungszuschuss für die Einstellung von jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss sowie einer bisherigen Arbeitslosigkeit von mindestens 6 Monaten als neue Arbeitgeberleistung (§ 421 o SGB III).
- d) Eingliederungszuschuss (Arbeitgeber) für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Berufsabschluss (§ 421 p SGB III), wenn diese vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens sechs Monate arbeitslos waren.
- e) Erweiterte Berufsorientierung (§ 421 q SGB III) zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen (Erprobung bis Ende 2010).

Der Qualifizierungskombilohn für Jugendliche ist ein Lohnkostenzuschuss mit teilweiser Zweckbindung. Zielgruppe sind langzeitarbeitslose Jugendliche ohne oder auch mit Berufsabschluss aus den Rechtskreisen SGB III und SGB II. Der Lohnkostenzuschuss bei einem Bruttolohn von maximal 1.000 Euro beträgt für erstere 50 Prozent. Davon sind 35 Prozent klassischer Zuschuss, 15 Prozent sind zwingend für Qualifizierungsmaßnahmen einzusetzen. Bei langzeitarbeitslosen Jugendlichen mit Berufsabschluss liegt der Lohnkostenzuschuss zwischen 25 und 50 Prozent. Die Qualifizierung soll an betrieblichen Bedürfnissen ausgerichtet sein und möglichst mit einem Zertifikat enden. Nach entsprechenden Beschäftigungs- und Qualifizierungszeiten kann ein Berufsabschluss im Wege der Externenprüfung erreicht werden.

#### **Sechstes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze<sup>8</sup>**

Das Sechste Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze trat ab 1. Januar 2008 in Kraft und enthält Regelungen zu Finanzierungsfragen im Hinblick auf die Bundesagentur für Arbeit (BA). Wesentliche Inhalte des Gesetzes:

- a) Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2008 von 4,2 Prozent auf 3,3 Prozent gesenkt.
- b) Der Aussteuerungsbetrag nach § 46 Abs. 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wird zum 1. Januar 2008 abgeschafft. Dafür beteiligt sich die BA ab 2008 durch einen Eingliederungsbeitrag zur Hälfte an den Aufwendungen des Bundes für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Nachdem bereits zum 1. Januar 2007 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4,2 Prozent gesenkt wurden, konnte durch unerwartet hohe Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit der Beitragssatz erneut gesenkt werden. Durch diese Beitragssenkung werden die Lohnnebenkosten weiter verringert.

#### **Siebtes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze<sup>9</sup>**

Das mit Wirkung vom 01. Januar 2008 in Kraft getretene Gesetz enthält Änderungen in fünf verschiedenen Bereichen des Sozialrechts und betrifft ältere Arbeitslose:

<sup>8</sup> Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 70, ausgegeben zu Bonn am 31. Dezember 2007.

<sup>9</sup> Bundesgesetzblatt Jahrgang 2008 Teil I Nr. 14, ausgegeben zu Bonn am 11. April 2008.

- a) Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld wird für die Arbeitnehmer/-nehmerin, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, stufenweise verlängert (maximaler Arbeitslosengeld-Bezug von 24 Monaten nach Vollendung des 58. Lebensjahres, bei Nachweis von mindestens 48 Monaten Versicherungspflichtverhältnissen). Gleichzeitig wird die maßgebliche Rahmenfrist für die Anspruchsdauer auf fünf Jahre verlängert.
- b) Einführung eines zusätzlichen Förderinstruments – Eingliederungsgutschein – zur Unterstützung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt sowie Regelungen für abzuschließende Eingliederungsvereinbarungen zwischen Arbeitsagentur und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verstärkung ihrer Eigenbemühungen.
- c) Verstärkung der Bemühungen zur Eingliederung in Arbeit auch für über 58-jährige erwerbsfähige Hilfebedürftige.
- d) Erwerbsfähige Hilfebedürftige müssen erst ab dem vollendeten 63. Lebensjahr eine vorzeitige Altersrente mit Abschlägen in Anspruch nehmen.
- f) Anhebung der Hinzuverdienstgrenze für Personen, die eine vorgezogene Altersrente oder Rente wegen voller Erwerbsminderung beziehen, auf 400 Euro.

#### **Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Altersversorgung und zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch<sup>10</sup>**

Diese Änderung im SGB III ist seit dem 01. Januar 2008 in Kraft und bezieht sich auf § 421g, Vermittlungsgutschein. Es wird geregelt, dass bei Langzeitarbeitslosen und behinderten Menschen (nach § 2 Abs. 1 SGB IX) der Vermittlungsgutschein bis zu einer Höhe von 2.500 Euro ausgestellt werden kann (bisher und sonst einheitlich 2.000 Euro). Die Geltungsdauer für das Instrument Vermittlungsgutschein wurde bis zum Jahresende 2010 verlängert. Das trägt der immer noch hohen Langzeitarbeitslosigkeit Rechnung.

#### **Fünftes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch**

Der Bundestag hat diesem Gesetz zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen am 6. Juni 2008 und der Bundesrat am 4. Juli 2008 zugestimmt. Das Gesetz kann nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt in Kraft treten. Zentrale Elemente sind:

- a) der befristet (bis 31. Dezember 2010) einzuführende Ausbildungsbonus für Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Altbewerber/-bewerberinnen und lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen früherer Schulabgangsklassen schaffen sowie
- b) die Berufseinstiegsbegleitung, die befristet (bis 31. Dezember 2011) modellhaft erprobt wird.

#### **Instrumentenreform**

Zurzeit noch im Gesetzgebungsprozess befindet sich die umfangreiche Reform zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB III.

---

<sup>10</sup> Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 17. Dezember 2007.

Im Mittelpunkt des folgenden Kapitels stehen die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation im Land Brandenburg. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Wirtschaftsentwicklung und die daraus resultierenden Beschäftigungswirkungen bestimmen maßgeblich die Bedingungen und Bewegungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Ausgehend davon wird der detaillierten Arbeitsmarktanalyse eine Darstellung der Wirtschaftsentwicklung und der für die Wirtschaft des Landes Brandenburg charakteristischen Besonderheiten vorangestellt. Danach erfolgt eine Betrachtung der Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit sowie der Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Daran schließt sich eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitsmarktes aus regionaler Perspektive an, denn die räumliche Struktur des Flächenlandes Brandenburg beeinflusst die Situation am Arbeits- und Ausbildungsmarkt. So weisen die Regionen im berlinnahen Raum ein anderes sozio-ökonomisches Entwicklungsmuster auf als periphere, berlinferne Regionen. Das Kapitel schließt mit einer kurzen Betrachtung der Arbeitskräftemigration – hier im Sinne von Pendlerbewegungen – die im Land Brandenburg ein nicht zu vernachlässigender Entlastungsfaktor für den Arbeitsmarkt und gleichzeitig Ausdruck steigender Mobilität der Beschäftigten und zusammenwachsender Regionen sind.

### 2.1 Wirtschaftsentwicklung

#### Nominales und reales Bruttoinlandsprodukt

Im Jahr 2007 hat sich der wirtschaftliche Aufschwung im Land Brandenburg fortgesetzt. Erwirtschaftet wurde ein nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP)<sup>11</sup> von 52,6 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 4,7 Prozent. Im gesamten Bundesgebiet stieg das nominale BIP um 4,4 Prozent, nur Mecklenburg-Vorpommern weist mit 5,1 Prozent eine höhere Wachstumsrate als Brandenburg auf.<sup>12</sup>

Das preisbereinigte (reale) BIP erhöhte sich 2007 in Brandenburg gegenüber dem Vorjahr nach revidierten Angaben der amtlichen Statistik um 2,0 Prozent. Damit wurde die Wachstumsrate der Vorperiode nochmals übertroffen. Die Zuwachsraten liegen allerdings sowohl im Bundesgebiet Ost<sup>13</sup> mit 2,2 Prozent als auch im Bundesgebiet West mit 2,5 Prozent über der entsprechenden Entwicklung in Brandenburg. Verglichen mit allen Bundesländern liegt Brandenburg im unteren Mittelfeld. In Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg war die Wachstumsrate des realen BIP mit jeweils 2,8 Prozent am höchsten, in Schleswig-Holstein mit 1,4 Prozent am niedrigsten.<sup>14</sup>

11 Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes produzierten Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen. Das BIP entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich Gütersteuern und abzüglich Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung ergibt sich aus dem Produktionswert abzüglich der Vorleistungen.

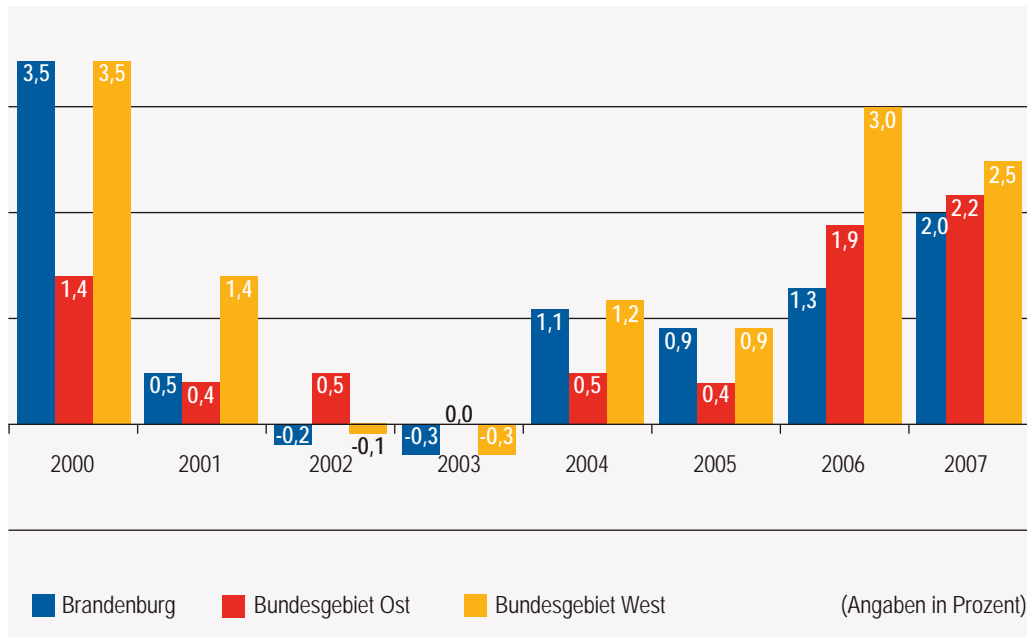
12 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 Reihe 1, Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008.

13 Die Daten für das Bundesgebiet Ost werden mit Berlin, die Daten für das Bundesgebiet West ohne Berlin ausgewiesen.

14 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 Reihe 1, Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008.

**Grafik 1**

**Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes 2000 bis 2007  
im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Reihe 1 Länderergebnisse Band 1; Stand: August 2007/Februar 2008

Auffällig ist, dass in keinem ostdeutschen Bundesland die Wachstumsrate über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt, nachdem in den Jahren 2002 und 2003 das reale BIP in Ostdeutschland vorübergehend schneller stieg als in Westdeutschland (vgl. Grafik 1).<sup>15</sup> Eine Betrachtung der Entwicklung des realen BIP seit 2000 verdeutlicht ebenfalls, dass der Aufholprozess der ostdeutschen Bundesländer stagniert. So nahm das reale BIP in Brandenburg bis 2007 um 5,5 Prozent zu, im Bundesgebiet Ost stieg es um 6 Prozent und im Bundesgebiet West um 8,9 Prozent.<sup>16</sup>

### Reale Bruttowertschöpfung

Im Unterschied zur Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen BIP nahm die reale (preisbereinigte) Bruttowertschöpfung<sup>17</sup> im Verarbeitenden Gewerbe in Brandenburg im Jahr 2007 mit einem Plus von 8,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich stärker zu als im Bundesgebiet West mit einem Zuwachs von 5,9 Prozent. Die Zunahme fiel wiederum geringer aus als in allen anderen ostdeutschen Flächenländern.

<sup>15</sup> Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2008): Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008. Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur.

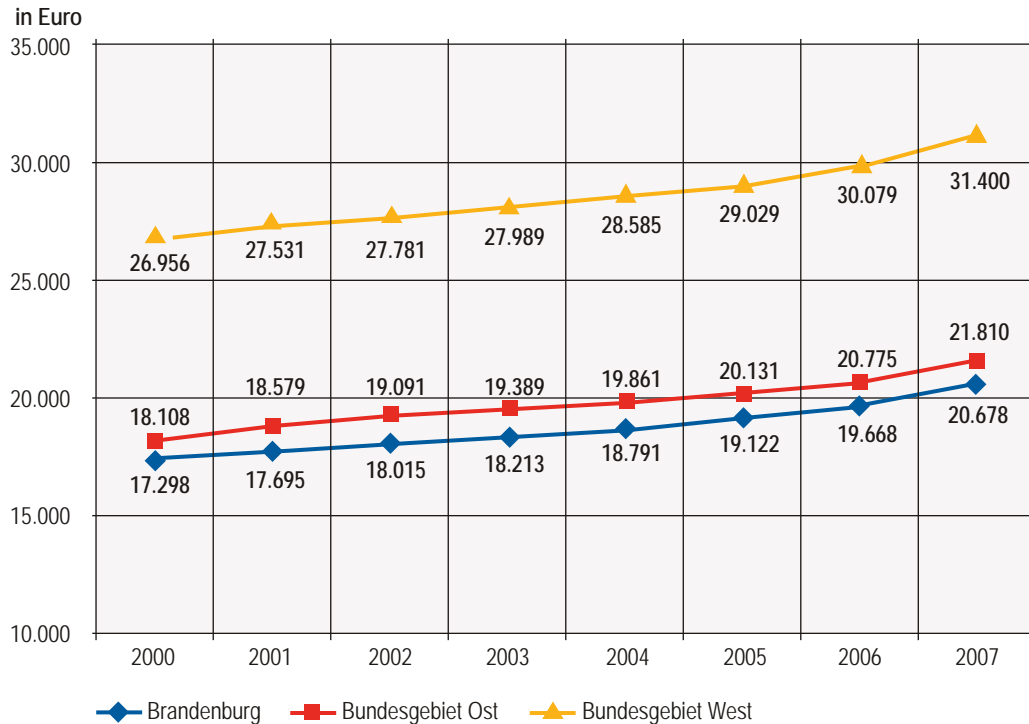
<sup>16</sup> Index: 2000 = 100.

<sup>17</sup> Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

## Grafik 2

### Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2000 bis 2007

#### im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Reihe 1 Länderergebnisse Band 1; Stand: August 2007/Februar 2008; Vorjahresbasis

Die Konjunktur in Brandenburg wird maßgeblich durch das Verarbeitende Gewerbe getragen. Von dieser dynamischen Entwicklung profitierte der Wirtschaftsbereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister mit einem Zuwachs der Bruttowertschöpfung von 3,3 Prozent. Wie schon im Jahr 2006 (plus 5,6 Prozent) gab es 2007 zudem eine – wenn auch im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächte – positive Entwicklung im Baugewerbe mit einem Plus von 2,6 Prozent.<sup>18</sup>

### Wirtschaftlicher Aufholprozess

Obwohl Brandenburg von der gesamtdeutschen konjunkturellen Aufschwungphase profitieren konnte, zeigt eine Gegenüberstellung des nominalen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner, dass weiterhin erhebliche Unterschiede der Wirtschaftskraft zwischen Brandenburg und dem Bundesgebiet West bestehen (vgl. Grafik 2). Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2007 in Brandenburg 20.678 Euro, im Bundesgebiet Ost 21.810 Euro und im Bundesgebiet West 31.400 Euro. Obwohl Brandenburg beim Zu-

<sup>18</sup> Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 Reihe 1, Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008.



wachs des nominalen BIP je Einwohner mit 5,1 Prozent über den Vergleichswerten im Bundesgebiet Ost (5,0 Prozent) und im Bundesgebiet West (4,4 Prozent) lag, erreicht das BIP je Einwohner nur 70,2 Prozent des bundesdeutschen Durchschnittswertes.<sup>19</sup> Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen stieg das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2007 um 2,5 Prozent auf 50.815 Euro. Das ist zwar der höchste absolute Wert aller ostdeutschen Flächenländer, entspricht aber nur 79,9 Prozent des vergleichbaren Durchschnittswertes in den alten Bundesländern.

Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen stieg in Brandenburg insgesamt um 1,9 Prozent auf 45.540 Euro, im Verarbeitenden Gewerbe um 4,7 Prozent auf 56.821 Euro. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in den alten Bundesländern stieg um 2,0 Prozent auf 57.020 Euro, im Verarbeitenden Gewerbe um 5,7 Prozent auf 69.411 Euro. Damit entspricht die Bruttowertschöpfung in Brandenburg 79,9 Prozent des Durchschnittswertes der alten Bundesländer, im Verarbeitenden Gewerbe erreicht Brandenburg mit 81,9 Prozent im Vergleich zu den alten Bundesländern einen geringfügig höheren Wert.

Die Arbeitsproduktivität, dargestellt als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ging 2007 in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 0,1 Prozent zurück. Im Gegensatz dazu erhöhte sich die Arbeitsproduktivität im Bundesgebiet Ost um 0,5 Prozent und im Bundesgebiet West um 0,9 Prozent.<sup>20</sup>

Zu den Ursachen des seit Jahren ins Stocken geratenen wirtschaftlichen Angleichungsprozesses zwischen Ost- und Westdeutschland und der weniger dynamischen konjunkturellen Entwicklung gehören die nach wie vor ungünstigen Branchen- und Betriebsgrößenstrukturen, eine geringere Exportorientierung und -intensität, Überkapazitäten in der Bauwirtschaft sowie unterdurchschnittliche Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Brandenburg und Ostdeutschland. Das Fehlen großer Unternehmenssitze und Betriebe beeinflusst die wirtschaftliche Stabilität und wirkt sich negativ auf das Angebot unternehmensorientierter Dienstleistungen aus. Ein geringerer Anteil gut verdienender Beschäftigter und eine insgesamt niedrigere Kaufkraft begrenzen die Konsumgüternachfrage und die Nachfrage nach haushaltsbezogenen Dienstleistungen.<sup>21</sup>

### **Sektorale Wirtschaftsstruktur**

Die Schwächen der Branchenstruktur der brandenburgischen Wirtschaft werden bei einer Gegenüberstellung der Anteile der Wirtschaftsbereiche in Brandenburg und Westdeutschland an der gesamten nominalen Bruttowertschöpfung deutlich (vgl. Grafik 3). Besonders auffällig ist der geringere Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Bau. In Brandenburg liegt dieser mit 20 Prozent zwar 1,4 Prozent über dem entsprechenden

---

19 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 Reihe 1, Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008.

20 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 Reihe 1, Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008.

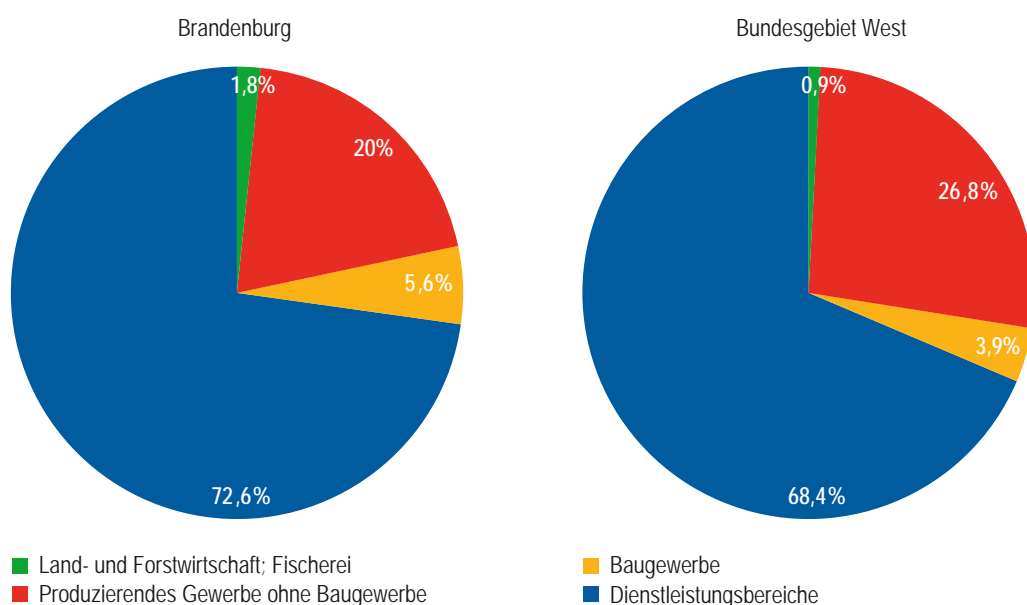
21 Vgl. IWH-Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland (2007): Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen, in: *Wirtschaft im Wandel*, 7/2007 sowie Blum, U. (2007): Editorial, In: *Wirtschaft im Wandel*, 6/2007.



Anteil im Jahr 2000, aber fast 7 Prozentpunkte unter dem Anteil des Produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet West. Hingegen trägt das Baugewerbe in Brandenburg mit 5,6 Prozent mehr zur gesamten Bruttowertschöpfung bei als im Bundesgebiet Ost (5,3 Prozent) und im Bundesgebiet West (3,9 Prozent). Der Dienstleistungsbereich liegt in Brandenburg und im Bundesgebiet Ost mit einem Anteil von 72,7 bzw. 72,5 Prozent über dem Wert der westdeutschen Bundesländer von 68,4 Prozent.<sup>22</sup>

### Grafik 3

**Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2007 im Land Brandenburg und im Bundesgebiet West**



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Reihe 1 Länderergebnisse Band 1; Stand: August 2007/Februar 2008; eigene gerundete Darstellung

### Konjunkturprognosen 2008

Insgesamt wird die konjunkturelle Dynamik der deutschen Wirtschaft im laufenden Jahr nachlassen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) rechnet – ausgehend von Konjunkturprognosen führender Wirtschaftsforschungsinstitute und Institutionen – mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,75 Prozent sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland.<sup>23</sup> Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hingegen prognostiziert für Ostdeutschland mit 1,3 Prozent ein geringeres Wach-

<sup>22</sup> Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007 Reihe 1, Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2007/Februar 2008.

<sup>23</sup> Vgl. Bach, H.-U. et al. (2008): Arbeitsmarkt 2008. Der Aufschwung lässt nach, IAB-Kurzbericht 3/2008. Für einen Überblick der Konjunkturprognosen siehe auch IAB (2008): Daten zur kurzfristigen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Ausgabe Nr. 04/2008.

tum des realen BIP als für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt (1,5 Prozent).<sup>24</sup> Ebenfalls ein geringeres Wachstum in Ostdeutschland als in Westdeutschland erwarten die an der „Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008“ beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird in Ostdeutschland (ohne Berlin) das reale BIP um 1,5 Prozent wachsen, in Westdeutschland (mit Berlin) um 1,8 Prozent.<sup>25</sup> Ausgehend von diesen Prognosen ist nicht zu erwarten, dass der wirtschaftliche Aufholprozess des Landes Brandenburg und der anderen neuen Bundesländer in den nächsten Jahren wieder an Fahrt gewinnen wird.

## 2.2 Beschäftigungsentwicklung

### Erwerbstätigkeit in Brandenburg

Insbesondere im Ergebnis der konjunkturellen Erholung der brandenburgischen Wirtschaft nahm die Beschäftigung im Land Brandenburg im gesamten Verlauf des Jahres 2007 überdurchschnittlich zu. Besonders positiv ist die anhaltende Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Im Zuge des Aufschwungs erhöhte sich die Beschäftigtenzahl in allen Sektoren.

### Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort betrug 2007 in Brandenburg jahresdurchschnittlich 1.034.400, das sind 21.500 oder 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit diesem Zuwachs lag Brandenburg – gemeinsam mit Hamburg – hinter Berlin an zweiter Stelle im Vergleich aller Bundesländer.<sup>26</sup> In Ostdeutschland erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozent, in Westdeutschland um 1,6 Prozent. Ohne den überdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen im zurückliegenden Jahr wäre der Rückgang seit dem Jahr 2000 in Brandenburg noch deutlicher ausgefallen. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 ging die Zahl der Erwerbstätigen um 2,8 Prozent und in Ostdeutschland um 2,0 Prozent zurück. In Westdeutschland dagegen stieg sie um 2,4 Prozent.<sup>27</sup>

### Struktur der Erwerbstätigkeit

Zu den Erwerbstätigen zählen nach aktueller Definition des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“<sup>28</sup> Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter marginal Beschäftigte<sup>29</sup>, sowie Selbständige und ihre mithelfenden Familienangehörigen. Die Entwicklung im Jahr 2007 verlief – wie bei der Zahl der Erwerbstä-

---

24 Vgl. IWH (2008): Konjunktur aktuell: Konjunkturdelle im Jahr 2008, IWH-Pressemitteilung 13/2008.

25 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.) (2008): Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008.

26 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Pressemitteilung vom 13.03.2008 – Nr. 67.

27 Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2008), Berechnungsstand: Februar 2008; eigene Berechnungen.

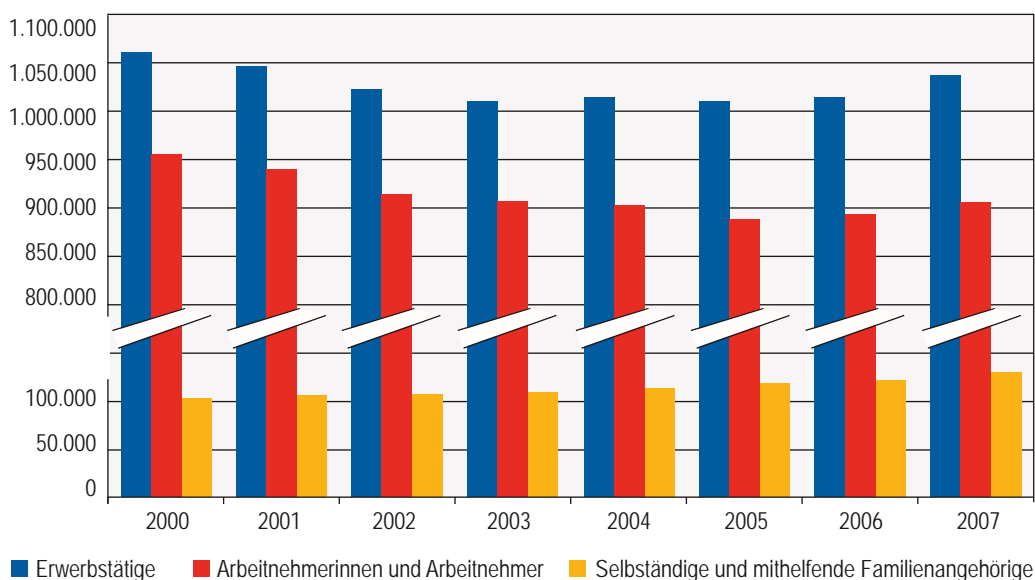
28 Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2008) im Auftrag der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

29 Zu den marginal Beschäftigten gehören Personen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben. Dazu zählen insbesondere die ausschließlich geringfügig Beschäftigten und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.

tigen insgesamt – in beiden Gruppen positiv. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit 2,2 Prozent deutlicher zu als die Zahl der Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen, die um 1,5 Prozent stieg. Der Trend der überdurchschnittlichen Zunahme der Selbständigkeit ist im zweiten Jahr in Folge unterbrochen, nachdem sie in den Jahren 2004 und 2005 noch außerordentlich stark zunahm (2004: +5,9 Prozent; 2005: +6,8 Prozent) (vgl. Grafik 4).<sup>30</sup>

#### Grafik 4

#### Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg von 2000 bis 2007



Quelle: vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg; Berechnungsstand: August 2007/Februar 2008

Seit 2003 werden in der Erwerbstätigenstatistik marginal Beschäftigte als Teilgruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgewiesen. Im Jahr 2004 stieg ihre Zahl gegenüber 2003 um 14,0 Prozent besonders stark an. In den Jahren 2003 bis 2006 nahm die marginale Beschäftigung um insgesamt 22,9 Prozent zu. Beginnend mit dem Jahr 2005 schwächte sich der Zuwachs allerdings kontinuierlich ab, von 5,4 Prozent im Jahr 2005 auf zuletzt 2,2 Prozent im Jahr 2006.<sup>31</sup> Die starke Ausweitung marginaler Beschäftigung seit 2003 ist auf zwei grundlegende gesetzliche Neuregelungen zurückzuführen, die erstens die geringfügige Beschäftigung und zweitens die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung betreffen.<sup>32</sup>

30 Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ und Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008), Berechnungsstand: August 2007/Februar 2008, vorläufige Ergebnisse. In der Erwerbstätigenstatistik werden Arbeitnehmer/-innen nicht mehr nach der Stellung im Beruf (Arbeiter, Angestellte, Beamte) ausgewiesen. Ein Vergleich der Entwicklung der Zahl der Beamten ist somit nicht mehr möglich.

31 Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Berechnungsstand: Februar 2008.

32 Zum 1. April 2003 wurden durch das Zweite Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt die

### **Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen**

2007 arbeiteten die 1.034.400 Erwerbstätigen in Brandenburg insgesamt 1.566,5 Mio. Stunden, 30,8 Mio. Stunden oder 2,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein Erwerbstätiger leistete im Jahr 2007 im Durchschnitt 1.514 Arbeitsstunden, so viel wie in keinem anderen Bundesland. In den neuen Bundesländern (hier ohne Berlin) wurden im Durchschnitt 1.501 Stunden gearbeitet, in den alten Bundesländern (ebenfalls ohne Berlin) 1.418. In Abhängigkeit von der Form der Erwerbstätigkeit zeigen sich in Brandenburg deutliche Unterschiede. Die Pro-Kopf-Arbeitszeit einer/eines Selbständigen lag bei 2.094 Stunden, während die Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit 1.435 Stunden deutlich niedriger ausfiel. Unterteilt nach Wirtschaftsbereichen war die Arbeitszeit der Erwerbstätigen im Baugewerbe mit 1.712 geleisteten Stunden am höchsten. Im Verarbeitenden Gewerbe leistete eine Erwerbstätige bzw. ein Erwerbstätiger mit 1.579 Stunden 102 Stunden mehr als in den Dienstleistungsbereichen (1.477 Stunden). In Brandenburg wurde im Verarbeitenden Gewerbe über 100 Stunden (114) mehr gearbeitet als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Noch größer ist der Unterschied der geleisteten Arbeitsstunden im Wirtschaftsbereich der öffentlichen und privaten Dienstleister. Hier arbeiteten die Erwerbstätigen in Brandenburg 122 Stunden mehr als im Durchschnitt aller Bundesländer.<sup>33</sup>

### **Erwerbstätigenquote**

Die Erwerbstätigenquote<sup>34</sup> betrug im Jahr 2007 in Brandenburg 68,7 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich in Brandenburg ein Anstieg von beachtlichen 3,0 Prozentpunkten. Insgesamt muss konstatiert werden, dass in Brandenburg trotz der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nur zwei Drittel aller Personen im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig sind. Ausschlaggebend hierfür ist die noch immer zu hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig sehr ausgeprägter Erwerbsorientierung.

Am höchsten war in Brandenburg mit 80,6 Prozent die Erwerbstätigenquote in der Altersgruppe der 25- bis 50-Jährigen. Die Erwerbstätigenquote der unter 25-Jährigen lag bei 47,5 Prozent, die entsprechenden Quoten der über 50-Jährigen bei 60,0 Prozent und der über 55-Jährigen bei 48,9 Prozent. Die Veränderung der Quote im Vergleich zum Vorjahr fiel in der Alterskohorte der über 55-Jährigen mit einem Plus von 5,0 Prozentpunkten am deutlichsten aus. Auch der Zuwachs in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen fiel mit 4,5 Prozent überdurchschnittlich aus. Die Erwerbstätigenquote der über 50-Jährigen erhöhte sich um 3,2 Prozent, die der 25- bis 50-Jährigen um 1,3 Prozent. Die Erwerbstätigenquote von Frauen stieg im Jahr 2007 um 2,3 Prozentpunkte auf 66,1 Prozent. Da im gleichen Zeitraum die Erwerbstätigenquote der Männer um 3,5 Prozent-

---

Rahmenbedingungen für die geringfügig entlohnte Beschäftigung neu geregelt. Mit dem Inkraft-Treten des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) zum 1. Januar 2005 wurden Arbeitsmöglichkeiten in der Mehraufwandsvariante als Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeführt.

33 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Erwerbstätige in der Region Berlin-Brandenburg erbrachten eine Jahresarbeitszeit von 3.967 Mio. Arbeitsstunden, Pressemitteilung vom 13.03.2008 – Nr. 71; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Statistischer Bericht A VI 9 – hj 2/07, Erwerbstätigenrechnung – Erwerbstätige im Land Brandenburg.

34 Erwerbstätigenquote: Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung der entsprechenden Personen- oder Altersgruppe. Der Berechnung der Erwerbstätigenquote liegen Zahlen der Wohnbevölkerung und der Erwerbstätigen jeweils aus dem Mikrozensus zugrunde.

punkte dynamischer zunahm, liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen um 4,9 Prozentpunkte unter der der Männer mit 71,0 Prozent. Im Jahr 2006 war der Abstand mit 3,7 Prozentpunkten noch geringer.

In der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede größer. Die Erwerbstätigenquote von 55- bis 65-jährigen Frauen stieg zwar von 39,8 Prozent auf 45,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, liegt aber noch immer deutlich unter der entsprechenden Männerquote in dieser Alterskohorte von 52,7 Prozent.<sup>35</sup>

### Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Am 30. Juni 2007 waren in Brandenburg 724.856 Frauen und Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich ihre Zahl um 19.093 Personen oder um 2,7 Prozent. Die Zuwächse in Ost- und Westdeutschland waren mit 2,1 Prozent bzw. 1,9 Prozent – wie in der Vorperiode – erneut geringer als im Land Brandenburg.

Trotz des seit 2006 anhaltenden Anstiegs liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowohl in Brandenburg als auch in Ost- und Westdeutschland noch immer unter dem Niveau des Jahres 2000. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg um 10,6 Prozent zurück, in Ostdeutschland um 10,7 und in Westdeutschland lediglich um 1,6 Prozent (vgl. Tabelle 1).

**Tabelle 1**

### Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West, 2000, 2006 und 2007

Stand: 30. Juni des jeweiligen Jahres

Gebiet	2000	2006*)	2007*)	Veränderung 2006/2007 in Prozent	Veränderung 2000/2007 in Prozent
Brandenburg	811.036	705.763	724.856	+2,7	-10,6
Bundesgebiet Ost	5.727.466	5.014.454	5.117.339	+2,1	-10,7
Bundesgebiet West	22.098.158	21.339.882	21.737.227	+1,9	-1,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende Juni 2007 in Brandenburg

\*) vorläufige Ergebnisse

Zum Stichtag 30. Juni 2007 waren in Brandenburg 349.828 Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entspricht einem Anteil von 48,3 Prozent und somit nahezu dem Frauenanteil von 48,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre). Gegenüber dem Vorjahr waren in Brandenburg 1,6 Prozent mehr Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei den Männern stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 3,8 Prozent deutlich stärker.<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus 2007 – Land Brandenburg; Statistisches Bundesamt (2007): Mikrozensus 2006; eigene Berechnungen.

In Ostdeutschland lag der Frauenanteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 49,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Beschäftigung von Frauen um 1,4 Prozent zu, die der Männer stieg mit einem Plus von 2,6 Prozent ebenfalls stärker an.<sup>37</sup> Die Beschäftigungssituation von Frauen ist in Westdeutschland im Vergleich zu Brandenburg und Ostdeutschland wesentlich ungünstiger. Hier liegt der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei nur 43,9 Prozent. Der Anstieg der Frauenbeschäftigung fiel im Vorjahresvergleich mit 1,3 Prozent ebenso wie in Brandenburg und Ostdeutschland geringer aus als der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Männer mit 2,3 Prozent.<sup>38</sup> Männer profitieren – gemessen am Beschäftigungszuwachs – in stärkerem Maße vom momentanen konjunkturellen Aufschwung.

Am 30. Juni 2007 waren im Land Brandenburg 9.526 Ausländerinnen und Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies sind 9,1 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug ca. 1,3 Prozent. Demgegenüber lag ihr Anteil in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) mit etwa 2,0 Prozent geringfügig und in Westdeutschland (ohne Berlin) mit fast 8,0 Prozent wesentlich höher als im Land Brandenburg.<sup>39</sup>

In den einzelnen Wirtschaftszweigen des Landes Brandenburg variiert der Anteil ausländischer Beschäftigter an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: So waren im Gastgewerbe 7,3 Prozent beschäftigt, 2,0 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft, 1,7 Prozent im Wirtschaftszweig Erziehung und Unterricht, 1,2 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe, 1,1 Prozent im Baugewerbe bis zu 0,1 Prozent in der öffentlichen Verwaltung.

Betrachtet man den Personenkreis der ausländischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach ihrer Staatsangehörigkeit, so ergibt sich folgende Verteilung: Der prozentual größte Anteil an allen ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfiel mit 15,6 Prozent auf polnische (1.482 Beschäftigte) sowie auf türkische Staatsangehörige (12,9 Prozent bzw. 1.231 Beschäftigte), 5,9 Prozent waren Staatsangehörige der Russischen Föderation (580 Beschäftigte), der Länder Vietnam mit 5,3 Prozent (505 Beschäftigte) und Italien mit 3,8 Prozent (364 Beschäftigte). Insgesamt sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus mehr als 150 Nationen beschäftigt.

Von den 9.526 ausländischen Beschäftigten verfügten 16,9 Prozent über einen Hochschulabschluss, 22,4 Prozent über eine Berufsausbildung und 10,3 Prozent hatten keine Berufsausbildung. Bei mehr als 50 Prozent der ausländischen Beschäftigten war der Ausbildungsstatus zum Stichtag 30. Juni 2007 allerdings nicht bekannt.<sup>40</sup>

---

36 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, vorläufige Ergebnisse.

37 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Ostdeutschland, vorläufige Ergebnisse.

38 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Westdeutschland, vorläufige Ergebnisse.

39 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Nationalitäten und Geschlecht, 1999 bis 2007; IAB Berlin-Brandenburg (2008): Sonderauswertung zur Ausländerbeschäftigung in Brandenburg.

40 IAB Berlin-Brandenburg (2008): Sonderauswertung zur Ausländerbeschäftigung in Brandenburg.

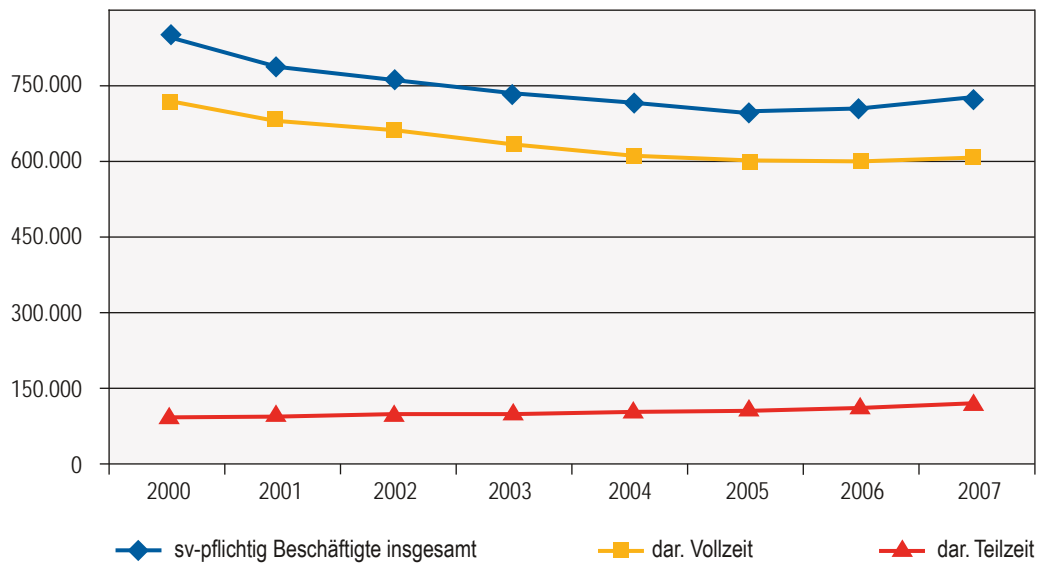
### Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung

Die Entwicklung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung vollzog sich in den Jahren 2000 bis 2007 in entgegengesetzter Richtung. Sowohl in Brandenburg, Ostdeutschland als auch Westdeutschland ging die Zahl vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer zurück. In Brandenburg und Ostdeutschland war der Rückgang mit jeweils 15,3 Prozent stärker als in Westdeutschland mit 5,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Teilzeitbeschäftigung in Brandenburg überdurchschnittlich um 24,6 Prozent, in Ostdeutschland um 19,7 Prozent und in Westdeutschland um 21,9 Prozent. Der von 2000 bis 2007 insgesamt zu beobachtende Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist dementsprechend in Brandenburg, Ostdeutschland und Westdeutschland dem Abbau von Vollzeit-Beschäftigungsverhältnissen geschuldet.

Grafik 5 zeigt die eben beschriebene Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg. Es wird deutlich, dass die Zahl der Teilzeitbeschäftigten seit 2000 kontinuierlich zunimmt, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt und auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten seit 2005 wieder steigen.

**Grafik 5**

#### Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Juni 2000 bis Juni 2007 im Land Brandenburg



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende Juni 2003–2007 in Brandenburg sowie Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg, Referat Information, Controlling und Forschung (ICF), sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgesuchten Merkmalen Ende Juni 2000–2002 in Brandenburg (Heft-Nr.4503) eigene Berechnungen

Innerhalb der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt sich Ende Juni 2007 in Brandenburg ein geringerer Erwerbsumfang von Frauen. Auf Frauen entfällt lediglich ein Anteil von 41,7 Prozent (252.805) aller Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse (606.462). In Ostdeutschland sind 42,5 Prozent der Vollzeitbeschäftigten Frauen, in Westdeutschland hingegen nur 35,2 Prozent.<sup>41</sup>



Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen in Brandenburg um 0,6 Prozent zurück, die der vollzeitbeschäftigten Männer stieg um 3,0 Prozent.

Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg arbeiteten 16,3 Prozent in Teilzeit. Die Werte für Ost- und Westdeutschland betragen 17,7 Prozent bzw. 17,8 Prozent. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg in Brandenburg seit 2000 um 4,6 Prozent, in Ostdeutschland um 4,5 Prozent und in Westdeutschland um 3,4 Prozent. Die Teilzeitanteile haben sich somit in Ost- und Westdeutschland nahezu angeglichen. Der geringere sozialversicherungspflichtige Erwerbsumfang von Frauen wird insbesondere durch den hohen Frauenanteil an sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung deutlich. In Brandenburg sind 82,0 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten Frauen. Gegenüber Juni 2006 stieg die Zahl teilzeitbeschäftigter Frauen um 7,7 Prozent, die Zahl teilzeitbeschäftigter Männer um 17,5 Prozent.

Der Frauenanteil an allen Teilzeitbeschäftigten ist in Ostdeutschland mit 81,7 Prozent und in Westdeutschland mit 84,2 Prozent vergleichbar hoch. Sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland ist der Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Frauen insgesamt – wie im Land Brandenburg – ausschließlich auf einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung begründet.<sup>42</sup>

### **Geringfügig entlohnte Beschäftigung**

Im Juni 2007 gingen 97.340 Personen einer ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung<sup>43</sup> nach, das waren 923 oder 1 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Wie im Vorjahr entwickelten sich sozialversicherungspflichtige und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung zwar in eine Richtung, wobei im Unterschied zur Vorperiode die Zuwachsrate sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Jahr 2007 mit 2,7 Prozent höher war.

Ausgehend von einem im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern relativ niedrigen Niveau ist für den Zeitraum 2000 bis 2007 eine Zunahme der Zahl ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigter um 39,8 Prozent festzustellen. In keinem anderen Bundesland war der Zuwachs stärker. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern mit 39,2 Prozent, Berlin mit 37,6 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 34,9 Prozent weisen vergleichbar hohe Wachstumsraten auf. Im Bundesgebiet West stieg im gleichen Zeitraum die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung mit 18,6 Prozent vergleichsweise gering. Besonders deutlich war der Anstieg in allen Bundesländern ab 2003, was auf die Neuregelungen im Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist.

Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigten Frauen stieg in Brandenburg bis Juni 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,7 Prozent (Männer unverändert) auf 55.127. Der Frauenanteil an dieser Beschäftigungsform liegt bei 56,6 Prozent, in Ostdeutschland bei 58,5 Prozent und in Westdeutschland bei 69,0 Prozent.

---

41 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland, vorläufige Ergebnisse.

42 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland, vorläufige Ergebnisse.

43 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das monatliche Arbeitsentgelt 400 Euro nicht übersteigt (Mini-Jobs). Diese Beschäftigungsverhältnisse sind für die Beschäftigten steuer- und sozialabgabenfrei.



27.200 geringfügig entlohnte Beschäftigte in Brandenburg gehen ihrer Tätigkeit in einem Nebenjob nach. Der Frauenanteil liegt hier bei 58,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr fiel die Zunahme dieser Beschäftigungsverhältnisse bei Frauen mit 5,6 Prozent allerdings geringer aus als bei Männern mit 7,6 Prozent.<sup>44</sup>

### **Zeitarbeit/Leiharbeit**

Im ersten Halbjahr 2007 waren in Brandenburg 12.180 Personen, darunter 2.492 Frauen, als Leiharbeiterin bzw. Leiharbeiter gemeldet. Im Bundesgebiet Ost arbeiteten 139.866 Frauen und Männer als Leiharbeiter und im Bundesgebiet West 590.769.<sup>45</sup> Der Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an allen Erwerbstätigen beträgt in Brandenburg 1,2 Prozent und ist damit deutlich niedriger als in Ostdeutschland (1,9 Prozent) und in Westdeutschland (1,8 Prozent). Bezogen auf alle am 30. Juni 2007 in Brandenburg sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag der Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bei 1,7 Prozent. In Ost- und Westdeutschland war der entsprechende Anteil mit jeweils 2,7 Prozent wiederum höher als in Brandenburg.<sup>46</sup>

Ein ähnliches Ergebnis zeigt die Auswertung der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg. Der Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter an allen Beschäftigten ist Ende Juni 2007 in Brandenburg mit etwa einem Prozent wieder vergleichsweise gering (Ost- und Westdeutschland jeweils 2 Prozent). Der Anteil von Betrieben mit Leiharbeitskräften ist mit 2 Prozent in Brandenburg ebenfalls niedriger als in Ostdeutschland (3 Prozent) und nur halb so hoch wie in Westdeutschland (4 Prozent).<sup>47</sup>

### **Sektorale Struktur der Erwerbstätigkeit**

Die sektorale Strukturschwäche der Wirtschaft in Brandenburg und in Ostdeutschland wird bei einer Betrachtung der Anteile der Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftszweigen offensichtlich. So waren im Jahr 2007 in Brandenburg 12,7 Prozent aller Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) 14,0 Prozent und in den alten Bundesländern (ohne Berlin) 20,1 Prozent. Erfreulich ist, dass die positive konjunkturelle Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Brandenburg mit einem überdurchschnittlich hohen Beschäftigungsaufbau um 6,0 Prozentpunkte verbunden ist (Ostdeutschland +3,3 Prozent, Westdeutschland +1,0 Prozent). Im Baugewerbe des Landes Brandenburg sind 9,1 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt. Das ist gleichbedeutend mit einem Anstieg um 2,0 Prozent.

---

44 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, in Ostdeutschland und in Westdeutschland, vorläufige Ergebnisse.

45 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitnehmerüberlassung –, Leiharbeiter und Verleihbetriebe im 1. Halbjahr 2007. Vergleichbare Vorjahreszahlen für Brandenburg liegen in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nicht vor.

46 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Statistischer Bericht A VI 6 – hj 1/07, Erwerbstätigenrechnung; Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, vorläufige Ergebnisse; eigene Berechnungen.

47 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 14 f. Die Beschäftigtenangaben beziehen sich hier auf Daten des IAB-Betriebspanels (ohne Ein-Personen-Betriebe).

Verglichen mit einem Anteil von 5,1 Prozent in Westdeutschland und 7,4 Prozent in Ostdeutschland ist das Beschäftigungsgewicht des Baugewerbes in Brandenburg höher und Ausdruck der noch immer vorhandenen Überkapazitäten. Die Unterschiede im Dienstleistungsbereich insgesamt sind relativ gering, wobei im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister der Erwerbstätigenanteil in Brandenburg mit 34,6 Prozent über dem Durchschnitt der alten Bundesländer (29,1 Prozent), aber unter dem der neuen Bundesländer (34,8 Prozent) liegt.<sup>48</sup>

### **Sektorale Struktur der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung**

Die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die einzelnen Sektoren spiegelt ebenfalls die strukturellen Schwächen der brandenburgischen Wirtschaft wider. Im primären Sektor waren 2007 in Brandenburg 3,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig, im Bundesgebiet Ost 2,3 Prozent und im Bundesgebiet West nur 0,9 Prozent. Für den sekundären Sektor betragen die Werte in Brandenburg und im Bundesgebiet Ost jeweils 26,2 Prozent, im Bundesgebiet West ist der Beschäftigtenanteil mit 33,4 Prozent höher. Im tertiären Sektor sind in Brandenburg mit 70,5 Prozent zwar weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als im Bundesgebiet Ost mit 71,5 Prozent tätig. Dieser Anteil liegt aber deutlich über dem entsprechenden Anteil von 65,7 Prozent im Bundesgebiet West.<sup>49</sup> Der höhere Beschäftigungsanteil im tertiären Bereich ist überwiegend auf die größere Bedeutung des staatlichen Sektors in Ostdeutschland zurückzuführen.

In allen Wirtschaftssektoren gab es im Land Brandenburg im Juni 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat einen Beschäftigungszuwachs. Er betrug im primären Sektor 3,5 Prozent, im sekundären Sektor 4,3 Prozent und im tertiären Sektor 2,1 Prozent. Getragen wurde der Beschäftigungszuwachs insgesamt überwiegend von den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe (+7,0 Prozent) sowie Vermietung und Unternehmensdienstleister (+10,1 Prozent). Die positive wirtschaftliche Entwicklung im Baugewerbe war hingegen nicht mit einem Beschäftigungszuwachs verbunden. Im Wirtschaftsbereich Öffentliche Verwaltung wurde der Abbau von Beschäftigung erneut fortgesetzt (-1,2 Prozent), darunter im Bereich Erziehung und Unterricht mit 3,6 Prozent weniger Beschäftigten.<sup>50</sup>

Die langfristigen Auswirkungen des Strukturwandels auf die Beschäftigung werden bei Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum 2000 bis 2007 deutlich (vgl. Grafik 6). Die Beschäftigung im sekundären Sektor ging mit 3,8 Prozent nur geringfügig stärker zurück als im Bundesgebiet Ost (-3,3 Prozent) und im Bundesgebiet West (-3,7 Prozent). Im tertiären Sektor lag der Beschäftigungszuwachs in Brandenburg mit 4,1 Prozent kaum über den Wachstumsraten in Ostdeutschland mit 3,8 Prozent und in Westdeutschland mit 3,9 Prozent. Offenbar vollzieht sich der Strukturwandel – hier ausgedrückt in Beschäftigungsveränderungen – in Ost- und Westdeutschland annähernd parallel.

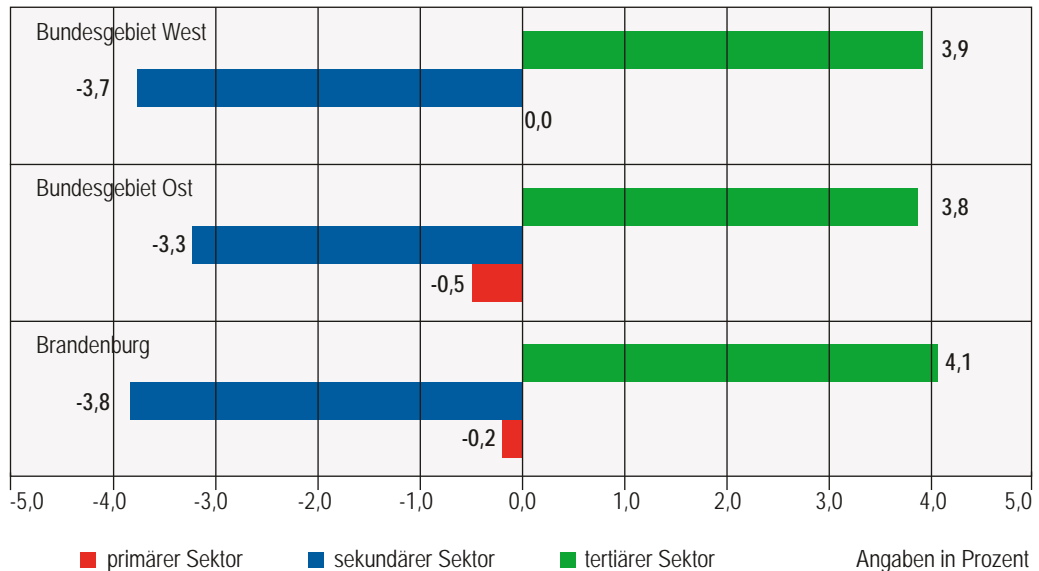
48 Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Hrsg.) (2008): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2007, Reihe 1, Band 1.

49 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West, vorläufige Ergebnisse.

50 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik –, Beschäftigung Ende Juni 2007 in Brandenburg, vorläufige Ergebnisse.

**Grafik 6**

**Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 2000 bis 2007 nach Sektoren im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



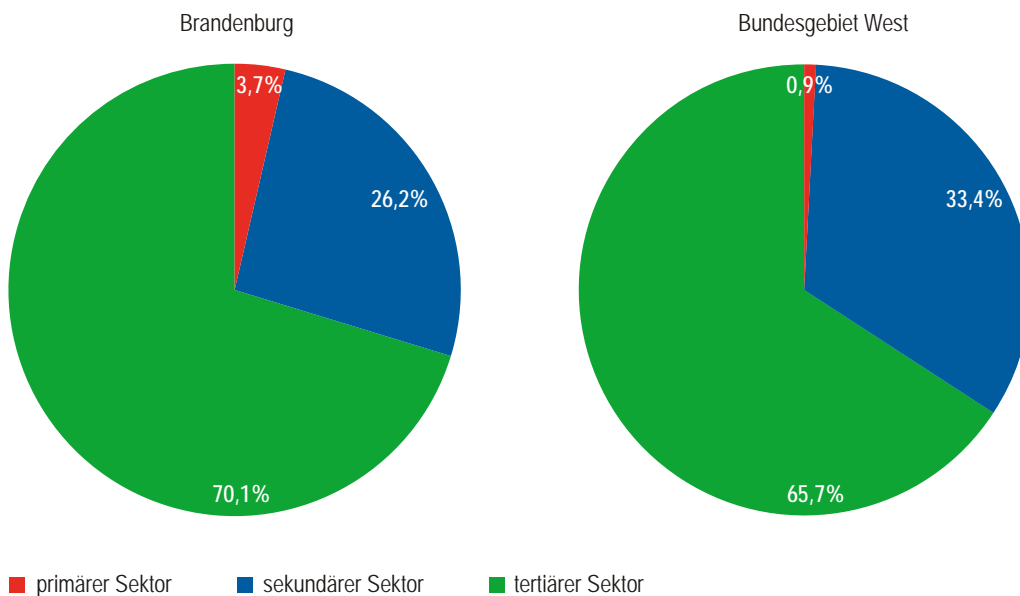
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit;  
Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende Juni des jeweiligen Jahres  
eigene Darstellung

Eine Gegenüberstellung der Anteile der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach ausgewählten Wirtschaftszweigen in Brandenburg, in Ost- und Westdeutschland offenbart – noch deutlicher als die sektorale Betrachtung in Grafik 7 – strukturelle Schwächen. Besonders groß sind die Unterschiede im Verarbeitenden Gewerbe, das die momentane dynamische konjunkturelle Entwicklung maßgeblich mitbestimmt. Hier sind am 30. Juni 2007 in Brandenburg nur 15,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig. Im Bundesgebiet Ost sind es mit 17,4 Prozent geringfügig mehr und im Bundesgebiet West mit 26,7 Prozent erheblich mehr. Ein umgekehrtes Bild zeigt sich im Baugewerbe und im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung. In Brandenburg sind mit einem Anteil von 8,5 Prozent mehr Personen sozialversicherungspflichtig im Baugewerbe beschäftigt als in Ostdeutschland (7,3 Prozent) und in Westdeutschland (5,4 Prozent). 9,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg sind in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung tätig, in Ostdeutschland 8,2 Prozent. Der entsprechende Anteil liegt in Westdeutschland hingegen bei nur 5,8 Prozent. In den Wirtschaftsbereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern sowie Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sind die Unterschiede geringer.<sup>51</sup>

<sup>51</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) nach ausgewählten Strukturmerkmalen Arbeitsort (AO), Stichtag 30.06.2007, Datenstand: 20.02.2008.

## Grafik 7

### Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Sektoren in Brandenburg und im Bundesgebiet West am 30.06.2007



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit;  
Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigte Ende Juni 2007  
eigene Darstellung

Aufgrund der überdurchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ist der Beschäftigungsanteil dieses Wirtschaftszweiges in Brandenburg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,6 Prozentpunkte gestiegen, während die Anteile aller anderen ausgewählten Wirtschaftszweige gesunken sind. In Ostdeutschland ist der Beschäftigtenanteil des Verarbeitenden Gewerbes um 0,3 Prozent gestiegen, in Westdeutschland geringfügig um 0,2 Prozent gesunken.

### Struktur und Entwicklung der Beschäftigung nach Betriebsgrößenklassen

Brandenburg weist eine ungünstigere Verteilung der Betriebe auf Betriebsgrößenklassen als in Westdeutschland auf. Der Anteil von Kleinstbetrieben mit weniger als 5 Beschäftigten ist mit 52 Prozent größer als in Westdeutschland mit 43 Prozent (Ostdeutschland 51 Prozent). Weitere 22 Prozent aller Betriebe in Brandenburg haben 5 bis 9 Beschäftigte. Die Betrachtung der Beschäftigtenzahl in Abhängigkeit von der Betriebsgröße zeigt, dass in Brandenburg 10 Prozent aller Beschäftigten in einem Betrieb mit weniger als fünf Beschäftigten arbeiteten. In Westdeutschland trifft dies auf 7 Prozent aller Beschäftigten zu. Besonders gravierend und nachteilig wirkt sich der geringere Beschäftigungsanteil in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten auf die Wirtschaftskraft und Produktivität in Brandenburg aus. Dieser Anteil beträgt in Brandenburg 20 Prozent und ist damit um 10 Prozent geringer als in Westdeutschland. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Betrieb lag in Brandenburg im Juni 2007 bei 14 Personen, in Westdeutschland bei 17 Personen.

Erfreulich ist hingegen, dass von Juni 2006 bis Juni 2007 in allen Betriebsgrößenklassen Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen sind. Besonders hoch sind die Zuwächse in Kleinstbetrieben (1 bis 4 Beschäftigte) mit 10 Prozent mehr Beschäftigten sowie in Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten bzw. mit mehr als 250 Beschäftigten. In diesen Betrieben wuchs die Zahl der Beschäftigten um 6 Prozent bzw. 5 Prozent.<sup>52</sup>

### **Prognose Beschäftigungsentwicklung**

Der Beschäftigungsaufbau wird sich im laufenden Jahr fortsetzen. Aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums wird die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2008 allerdings merklich nachlassen. Die Betriebe planen aber weiterhin Neueinstellungen.<sup>53</sup> Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht davon aus, dass die verhaltenere Konjunktur insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung betreffen wird und die positive Entwicklung im zweiten Halbjahr vorerst beendet sein wird.<sup>54</sup> Die an der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Forschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten von einer Zunahme der Beschäftigung in Ostdeutschland (ohne Berlin) in Höhe von 0,5 Prozent aus. Damit wird laut Prognose die Beschäftigung in geringerem Umfang als in Westdeutschland (mit Berlin) ausgeweitet.<sup>55</sup> Im Betriebspanel befragt nach den Beschäftigungserwartungen bis Mitte 2008 gab der größte Teil der Betriebe in Brandenburg an, dass die Beschäftigtenzahl stabil bleiben wird (87 Prozent). 9 Prozent der Betriebe gehen von einer steigenden Beschäftigtenzahl aus. Die Umfrageergebnisse lassen für 2008 einen weiteren Beschäftigungsaufbau erwarten, wobei der Optimismus in Ostdeutschland und in Westdeutschland größer ist als in Brandenburg. Vor allem in Sachsen (14 Prozent aller Betriebe) und in Berlin (22 Prozent) erwarten mehr Betriebe als in Brandenburg einen Zuwachs der Beschäftigung.<sup>56</sup>

Ein weiterer Indikator für die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt in Deutschland ist der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X). In diesen saisonbereinigten Index fließen u. a. die bei der BA gemeldeten ungeforderten Stellen, Stellen für Freiberufler und Selbständige sowie gemeldete Stellen aus der privaten Arbeitsvermittlung ein. Der BA-X erreichte im Juni 2008 einen Stand von 247 Punkten und liegt damit 7 Punkte über dem Vormonat. Im Mai war der Index um drei Punkte gestiegen, im April um einen Punkt gefallen. Der Index signalisiert damit weiter eine hohe Einstellungsbereitschaft der Wirtschaft, wobei sich das Wachstum der Arbeitskräftenachfrage gegenüber dem Vorjahr verlangsamt.<sup>57</sup>

---

52 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 19 f.

53 Vgl. IWH (2008): Konjunktur aktuell: Konjunkturdelle im Jahr 2008, IWH-Pressemitteilung 13/2008.

54 Vgl. Bach, H.-U. et al (2008): Arbeitsmarkt 2008. Der Aufschwung lässt nach, IAB-Kurzbericht 3/2008.

55 Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hrsg.) (2008): Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008.

56 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 15 f.

57 Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarktberichterstattung. Der BA-X im Juni 2008: Arbeitskräftenachfrage bleibt auf hohem Niveau.

### **Geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes**

Der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg weist – bezogen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen – eine hohe geschlechtsspezifische Segregation auf. Die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor) ist bis auf die Wirtschaftszweige Verkehr- und Nachrichtenübermittlung sowie Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung eine Domäne der Frauen. Besonders hoch war im Juni 2007 der Frauenanteil an allen im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen Beschäftigten mit 81,7 Prozent. Ein ausgeprägtes Frauenübergewicht verzeichnen auch die Wirtschaftszweige Kredit- und Versicherungsgewerbe (72,0 Prozent), öffentliche Verwaltung (70,1 Prozent), Gastgewerbe (63,8 Prozent) sowie Erziehung und Unterricht (57,2 Prozent). Unterrepräsentiert sind Frauen mit einem Anteil von 31,7 Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Energie- und Wasserversorgung. Noch niedriger ist der Frauenanteil im Verarbeitenden Gewerbe mit 29,2 Prozent. Insgesamt sind 84,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Dienstleistungsbereich tätig. Der vergleichbare Männeranteil liegt bei 56,3 Prozent. Die entsprechenden Anteile von Frauen in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterscheiden sich in Brandenburg, Ost- und Westdeutschland kaum.<sup>58</sup>

Die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes kann auch anhand der Verteilung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Berufsbereichen dargestellt werden. Zum 30. Juni 2007 arbeiten 84,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Dienstleistungsberufen. Der Frauenanteil an den Dienstleistungsberufen liegt bei 65,0 Prozent, in Fertigungs- und Technischen Berufen bei nur jeweils 17,4 Prozent.<sup>59</sup>

### **Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede**

Die Beschäftigungssituation von Frauen und Männern im Land Brandenburg ist nach wie vor durch einige Ungleichheiten gekennzeichnet. Frauen sind in mehrfacher Hinsicht schlechter gestellt als Männer. Die Erwerbstätigenquote von Frauen ist trotz Anstiegs noch immer niedriger als die der Männer, Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit- und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen. Frauen sind im Dienstleistungsbereich über- und vor allem im Verarbeitenden Gewerbe unterrepräsentiert, profitieren weniger vom aktuellen konjunkturellen Aufschwung und dem damit verbundenen Beschäftigungsaufbau. Hinzu kommt, dass Frauen im Durchschnitt weniger verdienen. Im Jahr 2006 lagen z.B. die Bruttomonatsverdienste vollbeschäftigter kaufmännisch und technisch angestellter Frauen im Verarbeitenden Gewerbe um 27,5 Prozent, im Einzelhandel um 13,3 Prozent und im Kredit- und Versicherungsgewerbe um 11,7 Prozent unter dem entsprechenden Monatsverdienst der Männer. Arbeiterinnen im Verarbeitenden Gewerbe verdienten je Monat 22 Prozent weniger als ihre Kollegen. Die

---

58 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) nach ausgewählten Strukturmerkmalen am Arbeitsort (AO), Stichtag 30.06.2007, Sonderauswertung; eigene Berechnungen.

59 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Berufsordnungen – Brandenburg – Stichtag 30.06.2007.



Bruttostundenverdienste von Arbeiterinnen im Verarbeitenden Gewerbe lagen 21,7 Prozent unter dem Stundenverdienst der Männer. Für die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ist insgesamt ein Rückstand der Bruttomonatsverdienste von angestellten Frauen in Höhe von 20,2 Prozent gegenüber dem Verdienst der Männer festzustellen. Arbeitnehmerinnen insgesamt verdienen – bezogen auf den Bruttomonatsverdienst – in den genannten Wirtschaftsbereichen 9,1 Prozent weniger als ihre Kollegen.<sup>60</sup>

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass im Jahr 2006 Frauen in Deutschland im Durchschnitt – bei Zugrundelegung von Vollzeitäquivalenten – pro Stunde 22 Prozent weniger als Männer verdienen.<sup>61</sup> Auch in Brandenburg gehören Lohnunterschiede in vergleichbarer Größenordnung teilweise zur Realität.

Die von Oktober 2000 bis Oktober 2007 im Produzierenden Gewerbe, Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe um 16,7 Prozentpunkte gestiegenen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmerinnen konnten die Verdienstunterschiede nicht ausgleichen, da die Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer um 16,2 Prozentpunkte stiegen. Im gleichen Zeitraum nahmen die Bruttomonatsverdienste der angestellten Frauen um 19 Prozentpunkte zu, die der angestellten Männer erhöhten sich um 14,6 Prozentpunkte.<sup>62</sup>

### **2.3 Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit**

Neben der Entwicklung der Beschäftigung sind die Veränderungen der Arbeitslosenzahlen sowie die Entwicklung der offenen Stellen die wichtigsten Indikatoren für die Arbeitsmarktsituation. Die Struktur der Arbeitslosigkeit gibt nähere Hinweise auf arbeitsmarktpolitische Interventionspunkte.

#### **Arbeitslosenzahlen**

Die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg ging im Zeitraum Januar bis Dezember 2007 von anfänglich 222.618 auf 182.142 zurück. Das ist ein Rückgang um 40.476 bzw. 18,2 Prozent. Im Jahresdurchschnitt waren in Brandenburg 199.651 Personen arbeitslos. Das entspricht einem Rückgang um 26.765 oder 11,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Ostdeutschland nahm der Arbeitslosenbestand im Jahresdurchschnitt um 12,8 Prozent ab, in Westdeutschland um 17,3 Prozent.

Im ersten Halbjahr des Jahres 2008 konnte der positive Trend des vergangenen Jahres fortgesetzt werden. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich von 199.074 im Januar auf 169.229 im Juni. Dies ist ein Rückgang von Januar bis Juni um 15,0 Prozentpunkte. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Arbeitslosen von Januar bis Juni 2007 um 12,1 Prozentpunkte. Entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hat wie im Vorjahr die

---

60 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Statistischer Bericht N I – vj 4/06, Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Land Brandenburg, Oktober und Jahresdurchschnitte 2006.

61 Europäische Kommission (2008): Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern – 2008.

62 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Statistischer Bericht N I – vj 4/06, Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Land Brandenburg, Oktober und Jahresdurchschnitte 2006.

sinkende Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III. Im Beobachtungszeitraum Januar bis Juni 2008 konnte hier eine Abnahme von 27,3 Prozent registriert werden, im SGB II waren es hingegen nur 8,6 Prozent weniger Arbeitslose.

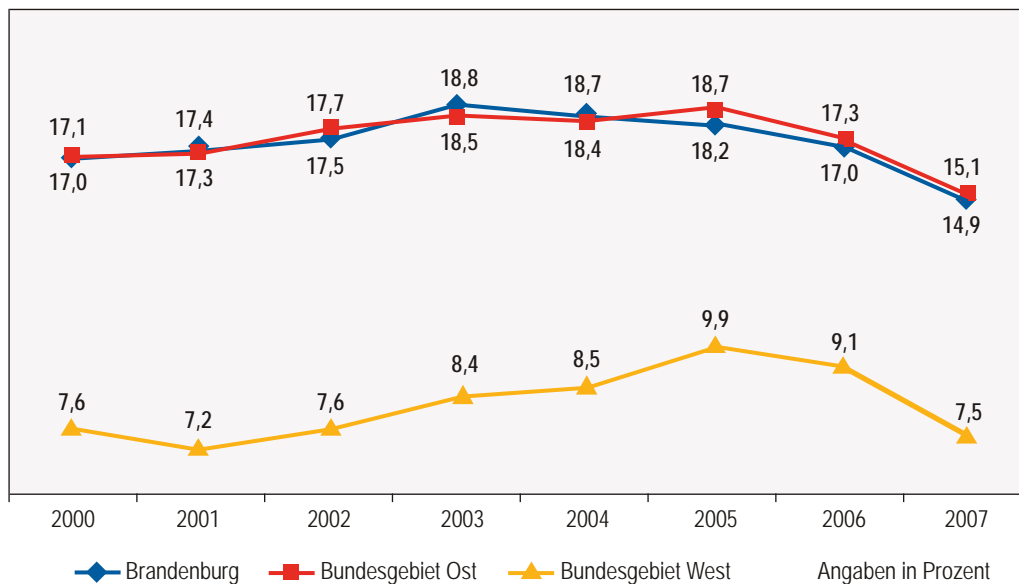
Ohne die Entlastungswirkung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung wäre die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg im Jahr 2007 höher ausgefallen. Im Jahresdurchschnitt 2007 nahmen 79.938 Brandenburgerinnen und Brandenburger an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung teil.<sup>63</sup>

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen lag in Brandenburg im Jahr 2007 mit 14,9 Prozent um 2,1 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2006. In Ostdeutschland ging die auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote von 17,3 Prozent im Jahr 2006 auf 15,1 Prozent im Jahr 2007 zurück. In Westdeutschland fiel der Rückgang um 1,6 Prozentpunkte – ausgehend von einer im Jahr 2006 mit 9,1 Prozent deutlich niedrigeren Arbeitslosenquote – geringer aus.<sup>64</sup>

### Grafik 8

**Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 2000 bis 2007 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; für 2000 bis 2006: Arbeitsmarkt 2005, Sondernummer, Nürnberg, 30.08.2005; Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitslosenquoten –; Stand: Dezember 2006 für 2007: Arbeitsmarkt in Zahlen – Jahreszahlen –; Stand: Dezember 2007

63 Bundesagentur für Arbeit (2008): Förderstatistik. Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente – ohne Förderinformationen der zkt, Jahreszahlen 2007.

64 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen – Jahreszahlen –; Stand: Dezember 2007.



Die Arbeitslosenquote ist in Brandenburg noch immer fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Das verdeutlicht, trotz der positiven Entwicklung, wie angespannt die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Brandenburg noch immer ist.

Insgesamt erfreulich bleibt der Umstand, dass in Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West die Arbeitslosenquote erstmals unter dem Niveau von 2000 lag (vgl. Grafik 8).

Im ersten Halbjahr 2008 setzte sich die positive Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen weiter fort. Von Januar bis Juni 2008 sank die Quote in Brandenburg von 14,7 Prozent auf 12,6 Prozent.<sup>65</sup>

### **Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt**

Bestandszahlen der Arbeitslosigkeit oder Arbeitslosenquoten im Monats- und Jahresdurchschnitt sowie Veränderungsraten im Vorjahresmonats- oder Vorjahresvergleich prägen die öffentliche Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit, vermitteln hingegen oftmals nur ein unvollständiges Bild der Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Vielmehr zeigt eine Betrachtung der Zugänge in und der Abgänge aus Arbeitslosigkeit die hohe Dynamik im keinesfalls festen Gefüge des Arbeitslosenbestands. Hinzu kommt, dass auch in Brandenburg weniger als 50 Prozent der Zu- und Abgänge auf tatsächliche Arbeitsaufnahmen oder Arbeitsplatzverluste zurückgehen. Vielmehr wird Arbeitslosigkeit u. a. auch durch den Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums, den Eintritt in bestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Arbeitsunfähigkeit oder fehlende Verfügbarkeit beendet. Umgekehrt können sich zuvor nicht Arbeitslose aus diesen Gründen (wieder) arbeitslos melden.

Zwischen den Rechtskreisen SGB III und SGB II zeigen sich einige Unterschiede in der Verteilung der einzelnen Zu- und Abgangsgründe (detaillierte Informationen siehe Abschnitt „Struktur der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen“ in diesem Kapitel). Diese Unterschiede der Zugangs- und Abgangsstrukturen bieten wiederum Ansatzpunkte für arbeitspolitische Schwerpunktsetzungen.

### **Dauer der Arbeitslosigkeit**

Die durchschnittliche abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen stieg im Jahr 2007 in Brandenburg, Ost- und Westdeutschland geringfügig an, nachdem im Jahr 2006 sowohl in Brandenburg als auch in Ostdeutschland noch ein Rückgang zu verzeichnen war. Im Land Brandenburg erhöhte sich die Dauer von 40,3 Wochen im Jahr 2006 auf 42,0 Wochen im Jahr 2007, in Ostdeutschland stieg sie im vergleichbaren Zeitraum von 42,9 auf 44,6 Wochen. In Westdeutschland betrug die Dauer 41,0 Wochen und war damit ebenfalls höher als im Vorjahr mit 39,3 Wochen.<sup>66</sup>

Der Anstieg der Dauer der Arbeitslosigkeit ist ein Hinweis darauf, dass in Zeiten einer positiven konjunkturellen Entwicklung und einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

---

<sup>65</sup> Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, Presseinformation zum Arbeitsmarkt, jeweilige monatliche Ausgabe.

<sup>66</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarktstatistik, Abgang an Arbeitslosen nach durchschnittlicher Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen, Sonderauswertung Statistik-Service Ost. Die Daten für 2006 wurden revidiert. Die Auswertungen beziehen sich ausschließlich auf Kreise mit vollständigen Daten aus den IT-Fachverfahren der BA, enthalten dementsprechend keine Daten der zKT.

Personen mit tendenziell schlechteren Vermittlungs- und Integrationschancen länger in der Arbeitslosigkeit verbleiben. Gleichzeitig geht die Zahl von Arbeitslosen, die den Anforderungsprofilen der offenen Stellen entsprechen, zurück.

Ein genauerer Blick auf die Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt Unterschiede in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter. Bei den unter 25-Jährigen beträgt die Dauer 17,6 Wochen, bei den 25- bis unter 50-Jährigen 44,0 Wochen und in der Altersgruppe von 55 Jahren und älter 68,6 Wochen. Männer sind mit durchschnittlich 36,1 Wochen über einen wesentlich kürzeren Zeitraum arbeitslos als Frauen mit 49,6 Wochen. In der Altersgruppe unter 25 Jahren sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede noch gering, mit steigendem Alter nehmen diese dann zu. Frauen im Alter von 25 bis unter 50 Jahre sind durchschnittlich 50,4 Wochen arbeitslos, Männer hingegen 38,9 Wochen. In der Altersgruppe von 55 Jahren und älter beträgt die Dauer der Arbeitslosigkeit bei Frauen durchschnittlich 84,6 Wochen, der Wert bei den Männern ist in dieser Altersgruppe mit 54,7 Wochen deutlich niedriger.<sup>67</sup>

### **Struktur und Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit<sup>68</sup>**

2007 waren 63.586 Brandenburgerinnen und Brandenburger länger als ein Jahr arbeitslos und zählten somit zu den Langzeitarbeitslosen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen belief sich auf 41,4 Prozent. Der Anteil langzeitarbeitsloser an allen arbeitslosen Männern war mit 36,3 Prozent geringer als der vergleichbare Anteil langzeitarbeitsloser Frauen, der bei 46,5 Prozent lag.

Von den Langzeitarbeitslosen waren 55,7 Prozent Frauen und 44,3 Prozent Männer. Unter den Langzeitarbeitslosen waren 36.492 Betroffene oder 57,4 Prozent zwei Jahre und länger arbeitslos. Auch hier sind Frauen mit einem Anteil von 57,7 Prozent stärker vertreten als Männer. Insgesamt war wiederum der Anteil der weiblichen Langzeitarbeitslosen, die bereits länger als zwei Jahre arbeitslos sind, mit 59,5 Prozent höher als der entsprechende Anteil der Männer von 54,7 Prozent. Das Risiko, von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen zu sein, ist nicht nur für Frauen, sondern auch für Ältere überdurchschnittlich hoch. Von den 21.016 Arbeitslosen in der Altersgruppe der über 55-Jährigen sind 12.028 länger als ein Jahr arbeitslos. Das entspricht 57,2 Prozent. Unter den Jugendlichen im Alter unter 25 Jahren betrug der Anteil von Langzeitarbeitslosen 9,3 Prozent.<sup>69</sup>

### **Strukturanalyse der Arbeitslosigkeit**

Ein Blick auf die Arbeitslosigkeit nach Strukturmerkmalen<sup>70</sup> zeigt, dass die Arbeitsmarktrisiken nicht gleichmäßig auf alle Personengruppen verteilt sind und einige Gruppen weniger als andere vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitieren. Hierzu zählen insbesondere Ältere, Ausländer und schwerbehinderte Menschen.

---

67 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarktstatistik, Abgang an Arbeitslosen nach durchschnittlicher Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen, Sonderauswertung Statistik-Service Ost. Daten ohne zKT.

68 Die Zahl der Langzeitarbeitslosen liegt für die zKT nicht vor. Die Angaben für Brandenburg gesamt werden auf Basis der vollständig vorliegenden Werte ermittelt. Somit sind für den Rechtskreis SGB III die Daten aller Kreise einbezogen, für den Rechtskreis SGB II fehlen die Daten der zKT.

69 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Bestand an Langzeitarbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen im Jahresdurchschnitt, Berichtsjahr 2007, Sonderauswertung Statistik-Service Ost.

70 Vollständig liegen die Strukturdaten nur in den einzelnen Merkmalen Alter, Geschlecht und Nationalität

### **Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen**

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren in Brandenburg 97.601 Frauen arbeitslos gemeldet, das entspricht einem Anteil von rund 48,9 Prozent an allen Arbeitslosen. Im Vorjahr lag der Anteil noch bei rund 47,4 Prozent. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2006 ist die Zahl der arbeitslosen Frauen um 9.597 oder 9,0 Prozent gesunken. Bei den Männern hingegen ging die Zahl der Arbeitslosen im Zeitraum 2006 zu 2007 um 17.947 oder 15,1 Prozent zurück.<sup>71</sup>

In Ostdeutschland hat im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitslosigkeit von Frauen mit einem Minus von 10,6 Prozent ebenfalls weniger stark abgenommen als bei den Männern mit 15,0 Prozent. In Westdeutschland ging die Zahl arbeitsloser Frauen (-14,0 Prozent) und Männer (-20,5 Prozent) deutlicher zurück als in Brandenburg und Ostdeutschland.<sup>72</sup> Der Unterschied der geschlechtsspezifischen Veränderungsraten ist in Westdeutschland mit 6,5 Prozentpunkten allerdings noch höher. Männer profitieren also in Ost- und Westdeutschland in stärkerem Maße vom momentanen konjunkturellen Aufschwung und dem damit verbundenen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosenquote der Frauen bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen lag 2007 in Brandenburg bei 16,4 Prozent. Das ist ein Rückgang gegenüber 2006 um 1,7 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote der Männer belief sich 2007 auf 16,5 Prozent. Das ist gleichbedeutend mit einem deutlicheren Rückgang – verglichen mit der Entwicklung der Arbeitslosenquote der Frauen – gegenüber 2006 um 2,9 Prozentpunkte.<sup>73</sup> Die Arbeitslosenquote der Frauen in Ostdeutschland ging um 2,0 Prozentpunkte auf 16,8 Prozent zurück, die der Männer um 2,8 Prozentpunkte auf 16,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote westdeutscher Frauen lag bei 8,7 Prozent (Veränderung gegenüber dem Vorjahr -1,5 Prozentpunkte) und ist somit noch immer fast um die Hälfte niedriger als die ostdeutscher Frauen. Auch in Westdeutschland ging die Arbeitslosenquote der Männer von 10,1 Prozent im Jahr 2006 auf 8,1 Prozent im Jahr 2007 dynamischer zurück als die Arbeitslosenquote der Frauen.<sup>74</sup>

### **Jugendarbeitslosigkeit**

Im Jahr 2007 waren 23.830 arbeitslose Brandenburgerinnen und Brandenburger jünger als 25 Jahre. Gegenüber 2006 ging die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe um 17,3 Prozent zurück. Dieser Rückgang ist im Vergleich zum gesamten Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Brandenburg um 11,8 Prozent überdurchschnittlich. Die Arbeitslosenquote

---

(Deutsche/Ausländerinnen und Ausländer) vor. Alle darüber hinausgehenden Angaben (z. B. Geschlecht nach Altersgruppen, schwerbehinderte Menschen nach Geschlecht) basieren allein auf dem IT-Vermittlungssystem der Bundesagentur für Arbeit. Das heißt, dass die Daten der zugelassenen kommunalen Träger nicht einbezogen oder verfügbar sind.

71 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen – Arbeitslose nach Rechtskreisen –, Stand: Dezember 2007.

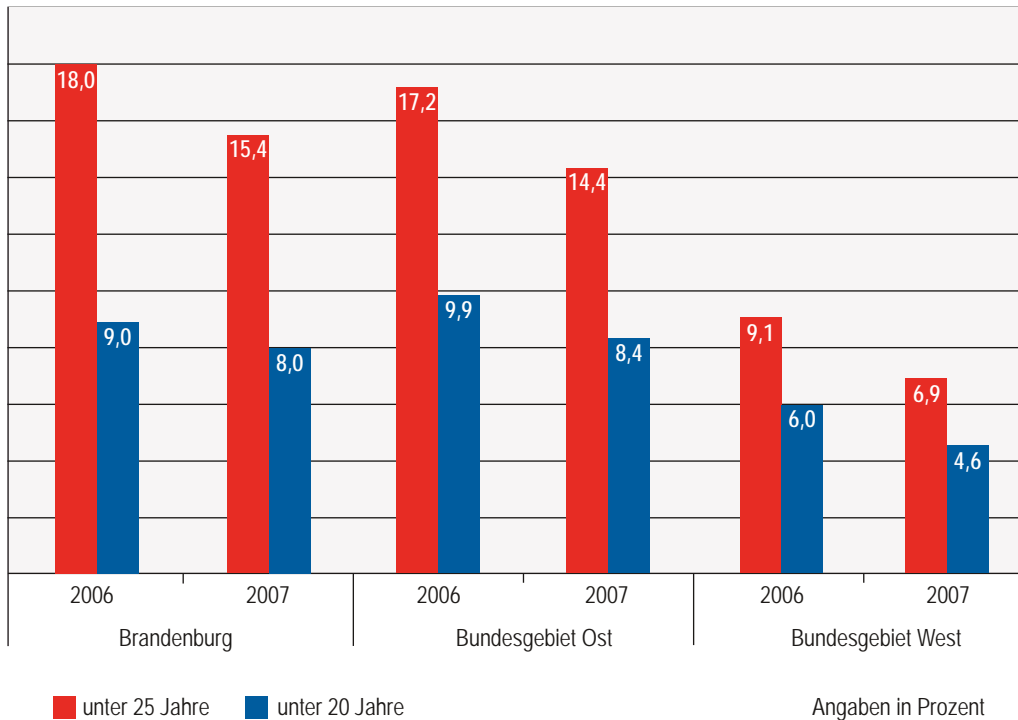
72 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Frauen und Männer, Januar.

73 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen – Arbeitslose nach Rechtskreisen –, Stand: Dezember 2007.

74 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Analytikreport der Statistik, Analyse des Arbeitsmarktes für Frauen und Männer, Januar.

**Grafik 9**

**Arbeitslosenquoten der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2006 und 2007 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Arbeitsmarkt in Zahlen – Jahreszahlen –, Arbeitslose nach Rechtskreisen  
Stand: Dezember 2007 sowie Sonderauswertung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (Statistik-Service Ost); eigene Darstellung

der Jugendlichen unter 25 Jahren lag 2007 bei 15,4 Prozent, 2,6 Prozentpunkte unter der Quote des Jahres 2006. Die Arbeitslosenquote der Jüngeren unter 25 ist somit niedriger als die gesamte Arbeitslosenquote in Brandenburg.<sup>75</sup>

Vor allem die nach wie vor schwierige Ausbildungsplatzsituation und die geringere Aufnahmefähigkeit der regionalen Wirtschaft führen – im Vergleich zu Westdeutschland – zur höheren Arbeitslosigkeit und zu höheren Arbeitslosenquoten von jungen Menschen im Land Brandenburg und in Ostdeutschland (vgl. Grafik 9). Die hohe Arbeitslosigkeit ist aber auch Ausdruck der gravierenden Probleme von Jugendlichen an der sogenannten 2. Schwelle, dem Übergang von der Ausbildung in eine Beschäftigung. So wurden im Jahr 2007 rund 44 Prozent der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung von ihren Ausbildungsbetrieben in ein Arbeitsverhältnis übernommen. In Ostdeutschland lag die Übernahmekquote bei 47 Prozent, in Westdeutschland bei 62 Prozent.<sup>76</sup>

<sup>75</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen – Arbeitslose nach Rechtskreisen –, Stand: Dezember 2007.

<sup>76</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 53 ff.

### **Ältere, schwerbehinderte und ausländische Arbeitslose**

Die Zahl der über 55-jährigen Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 2007 in Brandenburg 26.249, darunter 13.326 Frauen. Das sind insgesamt 5,8 Prozent weniger als 2006. Von 2005 bis 2006 war die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe noch um 4,3 Prozent gestiegen. In Ostdeutschland und in Westdeutschland ging die Zahl älterer Arbeitsloser im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 9,4 Prozent bzw. 19,5 Prozent zurück – also in größerem Umfang als in Brandenburg.

Der Anteil Älterer an allen Arbeitslosen liegt in Brandenburg bei 13,1 Prozent. Dieser Anteil erhöhte sich, da die Arbeitslosigkeit Älterer in geringerem Umfang zurückging als die gesamte Arbeitslosigkeit in Brandenburg. In Ostdeutschland und Westdeutschland liegt der entsprechende Anteil bei 12,8 Prozent und bei 12,5 Prozent.<sup>77</sup>

Die Zahl schwerbehinderter arbeitsloser Menschen ist 2007 im Vorjahresvergleich um 8,6 Prozent auf 6960<sup>78</sup> gestiegen. Zurückgegangen ist hingegen die Zahl ausländischer Arbeitsloser in Brandenburg. Sie lag mit 5.253 Betroffenen im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,2 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Allerdings ist die Arbeitslosenquote der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bezogen auf abhängige zivile Erwerbsspersonen mit 34,6 Prozent noch immer sehr hoch.<sup>79</sup>

### **Struktur der Arbeitslosen nach Schulabschluss<sup>80</sup>**

Im Jahr 2007 hatten in Brandenburg 15.207 Arbeitslose bzw. 9,9 Prozent keinen Schulabschluss. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte gestiegen. 62,8 Prozent der Arbeitslosen ohne Schulabschluss waren männlich. In Ostdeutschland ist der Anteil der Arbeitslosen ohne Schulabschluss mit 11,7 Prozent geringfügig höher, in Westdeutschland mit 18,6 Prozent deutlich höher als in Brandenburg. Die Gruppe der Arbeitslosen ohne Schulabschluss konzentriert sich in Brandenburg, Ost- und Westdeutschland mit Anteilen von jeweils über 80 Prozent insbesondere im Rechtskreis des SGB II.

Über einen Hauptschulabschluss verfügten in Brandenburg 42.166 Arbeitslose. Das waren 27,4 Prozent aller Arbeitslosen. In Ostdeutschland lag der Anteil der Arbeitslosen mit Hauptschulabschluss bei 29,9 Prozent und in Westdeutschland bei 47,1 Prozent. Der größte Teil der Arbeitslosen in Brandenburg und in Ostdeutschland besitzt die mittlere Reife. In Brandenburg waren dies 81.216 Arbeitslose oder 52,8 Prozent, in Ostdeutschland 47,2 Prozent aller Arbeitslosen. In Westdeutschland betrug dieser Anteil nur 19,5 Prozent. Diese Unterschiede dürften weitestgehend auf verschiedene Schulsysteme in Ost- und Westdeutschland zurückgehen. Über eine Fachhochschulreife bzw. Abitur/Hochschulreife verfügten in Brandenburg 14.159 Arbeitslose, das ent-

---

77 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Eckwerte des Arbeitsmarktes, Stand: Mai 2008.

78 Ohne zkt.

79 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Eckwerte des Arbeitsmarktes, Stand: Mai 2008.

80 Durch die Umstellung auf VerBIS liegen die Angaben zur Qualifikation/Berufsausbildung der Arbeitslosen nicht mehr vor. Ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen ist aus diesem Grund nicht mehr möglich.

spricht einem prozentualen Anteil von 9,2 Prozent. In Ost- und Westdeutschland ist der vergleichbare Anteil an allen Arbeitslosen mit 10,5 Prozent bzw. 13,3 Prozent höher als in Brandenburg.<sup>81</sup>

### **Struktur der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen**

Seit der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) wird die Arbeitslosigkeit in zwei Rechtskreisen ausgewiesen – dem Rechtskreis SGB III und dem Rechtskreis SGB II. Von den insgesamt 199.651 Arbeitslosen im Land Brandenburg waren im Jahr 2007 31,7 Prozent dem Rechtskreis SGB III und 68,3 Prozent dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen. Im Jahr 2006 lagen die Anteile noch bei 35 Prozent (SGB III) und 65 Prozent (SGB II). Zurückzuführen ist die anhaltende Zunahme des SGB II-Anteils auf den dynamischeren Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Rechtskreis SGB III.

Ein höherer Anteil der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II ist in fast allen spezifischen Personengruppen zu beobachten. Von den arbeitslosen Frauen befanden sich 64,6 Prozent, von den Männern 71,5 Prozent im Rechtskreis SGB II. Sowohl bei Frauen als auch bei den Männern hat der Anteil im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, wobei der Anstieg bei Frauen mit 2,9 Prozent geringer als der bei den Männern mit 3,9 Prozent ausfiel. Der SGB II-Anteil arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren ging auf 58,5 Prozent zurück, bei den Ausländern und Ausländerinnen stieg er auf 85,0 Prozent. In der Gruppe der Älteren über 55 Jahre betrug der Anteil im Rechtskreis SGB II 52,7 Prozent.<sup>82</sup> Detailliertere Analysen zur Struktur der Arbeitslosen nach Rechtskreisen (Geschlecht untergliedert nach Altersgruppen, Schwerbehinderung und Nationalität) sind nur ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger möglich (siehe dazu Tabelle A1 im Anhang). Im Jahresdurchschnitt 2007 waren im Rechtskreis SGB III 63.374 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Im Rechtskreis SGB II betrug der Bestand an Arbeitslosen 136.277. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III um 20,5 Prozent zurück, im Rechtskreis SGB II hingegen nur um 7,1 Prozent. Eine vergleichbare Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Rechtskreisen SGB III und SGB II vollzog sich in Ost- und Westdeutschland. Sowohl in Ost- als auch Westdeutschland ging die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 22,3 Prozent bzw. 25,7 Prozent und somit deutlicher zurück als im Rechtskreis SGB II (Ostdeutschland -7,9 Prozent, Westdeutschland -12,1 Prozent).<sup>83</sup>

### **Rechtskreis SGB III**

Innerhalb des Rechtskreises SGB III konnten im Jahr 2007 unterschiedliche Entwicklungen bei einzelnen Personengruppen beobachtet werden. So ging die Zahl der arbeitslos gemeldeten Männer gegenüber dem Vorjahr um 25,4 Prozent auf 28.859,

---

81 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Bestand an Arbeitslosen nach Geschlecht und der Schulbildung, Berichtsjahre 2006 und 2007, Sonderauswertung Statistik-Service Ost. Daten ohne zugelassene kommunale Träger.

82 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Stand: Dezember 2007.

83 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Stand: Dezember 2007.



die der arbeitslos gemeldeten Frauen um 16,0 Prozent auf 34.515 zurück. Der Bestand an Arbeitslosen unter 25 Jahren verringerte sich hingegen nur um 3,4 Prozent (Ostdeutschland -9,2 Prozent, Westdeutschland -21,1 Prozent). Auch die Älteren über 50 Jahre und über 55 Jahre profitierten vom anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2007 waren im Rechtskreis SGB III 19,3 Prozent weniger über 50-Jährige und 15,8 Prozent weniger über 55-Jährige von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Vergleich zu Ost- und Westdeutschland waren die Rückgänge im Land Brandenburg in beiden Altersgruppen wiederum geringer. Besonders groß ist der Unterschied in der Altersgruppe der über 55-Jährigen. In Westdeutschland ging hier die Zahl der Betroffenen um 26,9 Prozent zurück, in Ostdeutschland um 19,5 Prozent.<sup>84</sup>

### **Zu- und Abgänge im Jahr 2007**

Im Jahr 2007 standen 184.645 Zugängen 177.514 Abgänge gegenüber. Der weitaus größte Teil der Zugänge erfolgte aus Erwerbstätigkeit (53,3 Prozent), gefolgt von Ausbildung (22,3 Prozent) und vorheriger Nichterwerbstätigkeit (20,9 Prozent). 58,2 Prozent aller Zugänge in Arbeitslosigkeit entfielen auf Männer, 41,8 Prozent auf Frauen. Innerhalb des Zugangsgrundes Erwerbstätigkeit liegt der Männeranteil bei 59,6 Prozent. Frauen, die arbeitslos wurden, waren nur zu 44,6 Prozent zuvor erwerbstätig. Der überwiegende Teil der Abgänge insgesamt erfolgte in eine Erwerbstätigkeit (87.685 Personen oder 49,4 Prozent). 18,5 Prozent (32.885) der zuvor Arbeitslosen begannen eine Ausbildung. Darunter waren 1.927 betriebliche Ausbildungen, 6.196 Maßnahmen der Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW) und Deutschsprachlehrgänge sowie 21.236 sonstige Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Nichterwerbstätig waren nach der Arbeitslosigkeit 48.678 Personen bzw. 27,4 Prozent aller Abgänge. In 36.165 Fällen waren Arbeitsunfähigkeit und fehlende Verfügbarkeit/Mitwirkung Grund für die Nichterwerbstätigkeit. Geschlechtsspezifisch zeigt sich bei den Abgängen aus Arbeitslosigkeit eine größere Fluktuation der Männer. 56,7 Prozent aller Abgänge (100.642) entfielen auf Männer. Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen auch in den einzelnen Abgangsgründen. Während 55,0 Prozent der Männer (55.372) in eine Erwerbstätigkeit übergangen, betraf dies nur 42,0 Prozent der Frauen (32.313). Andererseits begannen mit 17.830 (17,7 Prozent aller männlichen Abgänge) absolut nur geringfügig mehr Männer als Frauen (15.055 oder 19,6 Prozent) eine Ausbildung. Deutlicher sind die Unterschiede hinsichtlich des Abgangsgrundes Nichterwerbstätigkeit. Dieser betrifft 33,5 Prozent der Frauen, aber nur 22,8 Prozent der Männer.<sup>85</sup>

### **Arbeitslose ohne Leistungsbezug**

Mit der Einführung des SGB II blieben nach Wegfall der Arbeitslosenhilfe in der Mehrzahl Frauen wegen fehlender Bedürftigkeit als Nichtleistungsbeziehende im Rechtskreis des SGB III.

---

84 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Stand: Dezember 2007.

85 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Zugang und Abgang an Arbeitslosen nach Geschlecht, Abgangsgründen und Trägerschaft im Jahr 2007, Sonderauswertung Statistik-Service Ost; eigene Berechnungen. Alle Daten ohne zugelassene kommunale Träger.

In Brandenburg waren im Jahresdurchschnitt 2007 im Rechtskreis SGB III 63.374 Personen arbeitslos gemeldet, davon 32.940 (51,5 Prozent) mit Leistungsbezug und 30.433 (48,5 Prozent) ohne Leistungsbezug. Die Zahl der Leistungsempfangenden ging im Zeitraum von 2006 bis 2007 um 29,5 Prozent zurück, die Zahl der Nichtleistungsempfangenden nur um 8,0 Prozent. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III um insgesamt 20,5 Prozent. Der Anteil Arbeitsloser ohne Leistungsbezug erhöhte sich im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozentpunkte. Unter den eben genannten 30.433 Arbeitslosen ohne Leistungsbezug sind 20.215 Frauen und 10.218 Männer. Das heißt, 66,4 Prozent aller Nichtleistungsempfangenden waren Frauen und 33,6 Prozent Männer. Es kann weiterhin festgestellt werden, dass sowohl bei Frauen (-7,0 Prozent) als auch bei Männern (-10,0 Prozent) die absolute Zahl der Nichtleistungsempfangenden im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr in geringerem Maße zurückging als die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Eine geschlechtsbezogene Gegenüberstellung von Arbeitslosigkeit und Nichtleistungsbezug zeigt, dass 58,7 Prozent aller 34.515 im Rechtskreis SGB III arbeitslos gemeldeten Frauen keine Leistungen beziehen. Von den 28.859 arbeitslosen Männern im SGB III sind hingegen nur 36,2 Prozent ohne Leistungsbezug.

Zum Stichtag 30. Juni 2007 waren im Land Brandenburg 51,2 Prozent aller Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III ohne Leistungsbezug. Der Anteil von Frauen an allen Nichtleistungsempfangenden lag bei 66,4 Prozent.<sup>86</sup> Diese Ergebnisse für Brandenburg sind zwar aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden nicht unmittelbar mit den nun folgenden Auswertungen für das gesamte Bundesgebiet, Ost- und Westdeutschland zu vergleichen. Sie zeigen aber, dass in Brandenburg der Anteil der Arbeitslosen ohne Leistungsbezug insgesamt niedriger als in Ostdeutschland ist.

Im Juni 2007 gab es im gesamten Bundesgebiet im Rechtskreis SGB III 546.147 Männer und Frauen ohne Leistungsbezug. Der Anteil der Nichtleistungsempfangenden lag damit bei 46,9 Prozent. Der Frauenanteil unter allen Nichtleistungsbeziehenden betrug 63,5 Prozent. Noch deutlicher werden die Unterschiede bei Gegenüberstellung der geschlechtsspezifischen Verteilung. Von den arbeitslosen Frauen im Rechtskreis SGB III bezogen 46,8 Prozent Arbeitslosengeld (Männer: 61,0 Prozent), 53,2 Prozent bekamen keine Leistungen (Männer: 39,0 Prozent). In Ostdeutschland sind mit insgesamt 55,4 Prozent mehr Frauen und Männer ohne Leistungsbezug als in Westdeutschland (43,1 Prozent). Die geschlechtsspezifische Gegenüberstellung aller Nichtleistungsempfangenden getrennt nach Ost- und Westdeutschland zeigt, dass der jeweilige Anteil von Frauen mit 67,2 Prozent in Ostdeutschland besonders hoch ist (Westdeutschland 61,3 Prozent).

Die Langzeitarbeitslosigkeit im gesamten Bundesgebiet ist bei den weiblichen Nichtleistungsempfangenden (53 Prozent) ebenfalls höher als bei den männlichen (33 Prozent). Von den insgesamt 249.216 langzeitarbeitslosen Nichtleistungsempfangenden waren 74 Prozent Frauen und nur 26 Prozent Männer.<sup>87</sup>

---

86 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitslosigkeit und Leistungen im Rechtskreis SGB III, Brandenburg, Sonderauswertung Statistik-Service Ost. Arbeitslose Nichtleistungsempfängerinnen und Nichtleistungsempfänger im Rechtskreis SGB III sind eine berechnete Näherungsgröße: Arbeitslose nach dem SGB III minus arbeitslose Leistungsempfänger/-innen von Arbeitslosengeld ohne Aufstocker.

87 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2007): Arbeitslose im Rechtskreis SGB III: Leistungs- und Nicht-



Die Bundesagentur für Arbeit hat auf den erhöhten Handlungsbedarf hinsichtlich der Nichtleistungsempfängenden reagiert und die Förderung ihrer beruflichen Integration als ein strategisches Geschäftsfeld festgelegt. Der Orientierungswert für ihren Anteil an allen Eintritten in Arbeitsfördermaßnahmen (Ermessensleistungen im Eingliederungstitel) wurde deshalb seit 2006 (10 Prozent) kontinuierlich angehoben (2007: 20 Prozent, 2008: 30 Prozent).

Im Land Brandenburg stehen für die Förderung von Nichtleistungsbeziehenden im Eingliederungstitel 2008 der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich 6,46 Millionen Euro zur Verfügung.

### **Rechtskreis SGB II**

Wie schon im Rechtskreis SGB III konnten auch im Rechtskreis SGB II unterschiedliche Entwicklungen bei einzelnen Personengruppen beobachtet werden. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Männer ging gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Prozent auf durchschnittlich 72.407, die der arbeitslos gemeldeten Frauen um 4,6 Prozent auf 63.086 zurück. Damit konnte die Zahl der arbeitslos gemeldeten Männer wiederum stärker verringert werden als die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen. Das Niveau des jeweiligen Rückgangs fiel deutlich geringer aus als im Rechtskreis SGB III. Der Bestand an Arbeitslosen unter 25 Jahren im SGB II verringerte sich um beachtliche 24,9 Prozent (Ostdeutschland -24,0 Prozent, Westdeutschland -27,4 Prozent). Hingegen konnten ältere Arbeitslose über 50 und über 55 Jahre im SGB II nicht vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Im Jahr 2007 waren 1,7 Prozent mehr über 50-Jährige und 5,5 Prozent mehr über 55-Jährige von Arbeitslosigkeit im SGB II betroffen. In Westdeutschland ging die Arbeitslosigkeit der Älteren in beiden Altersgruppen zurück. In Ostdeutschland nahm die Zahl der arbeitslosen über 50-Jährigen um 1,1 Prozent ab, die der über 55-Jährigen stieg um 2,2 Prozent.<sup>88</sup>

Nicht als arbeitslos zählt im SGB II die Gruppe der Frauen und Männer, die nach § 10 SGB II aufgrund der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren oder der Pflege von Angehörigen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (müssen). Eine entsprechende Statistik wird von der Bundesagentur für Arbeit nicht geführt, so dass hier keine Zahlenangaben vorliegen.

### **Zu- und Abgänge im Jahr 2007**

Neben einem stetigen Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II vor allem durch starke Zu- und Abgangsbewegungen der arbeitslosen Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger gekennzeichnet. Im Land Brandenburg standen im Jahr 2007 insgesamt 138.071 Zugängen 157.732 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit gegenüber. Dabei waren die Zugänge in etwa zu gleichen Teilen aus Erwerbstätigkeit (35,9 Prozent) und Nichterwerbstätigkeit (36,8 Prozent) zu verzeichnen. Der geringere Teil betraf Zugänge aus Ausbildung (19,3 Prozent). Erfreuli-

---

leistungsempfänger, November, Stand der Daten: Juni 2007. Die Ergebnisse dieser Sonderauswertung basieren auf einer integrierten Auswertung von Arbeitslosen- und Arbeitslosengeldempfänger-Statistik.

<sup>88</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Jahreszahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Stand: Dezember 2007.

cherweise mündete ein Großteil der Abgänge aus Arbeitslosigkeit mit 64.677 Personen in einer Erwerbstätigkeit (41,0 Prozent) bzw. bei 26.155 Personen in eine Ausbildung (16,6 Prozent). Weitere 30,7 Prozent der Abgänge erfolgten in Nichterwerbstätigkeit.<sup>89</sup>

### **Langzeitarbeitslosigkeit im SGB III und SGB II**

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den zwei Rechtskreisen SGB III und SGB II ist unterschiedlich hoch. Fast ein Drittel (31,4 Prozent, absolut 19.915) der 63.374 im Rechtskreis SGB III als arbeitslos registrierten Personen war im Jahr 2007 langzeitarbeitslos. Der entsprechende Anteil der Langzeit- an allen Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II lag bei 48,4 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren von den insgesamt 90.310 Arbeitslosen im SGB II 43.671 länger als ein Jahr arbeitslos. Diese Zahlen widerlegen das pauschalisierte Vorurteil, wonach im Rechtskreis des SGB II überwiegend oder sogar fast ausschließlich Langzeitarbeitslose zu finden sind.<sup>90</sup>

Gleichwohl gehören im SGB II mehr Personen zur Gruppe der Langzeitarbeitslosen als im Rechtskreis SGB III. So wurden 43.671 Personen oder 68,7 Prozent aller Langzeitarbeitslosen dem Rechtskreis SGB II zugeordnet, im Rechtskreis SGB III waren 19.915 bzw. 31,3 Prozent langzeitarbeitslos. Unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten ist Langzeitarbeitslosigkeit ebenfalls ungleichmäßig auf die Rechtskreise verteilt. 20.825 langzeitarbeitslose Frauen gehören zum Rechtskreis SGB II (58,8 Prozent), 14.569 zum SGB III (41,2 Prozent). Der entsprechende Anteil der Männer im SGB II liegt bei 81,0 Prozent. Unter den Langzeitarbeitslosen im SGB II waren 56,6 Prozent aller Betroffenen zwei Jahre und länger arbeitslos. Insgesamt lag hier der Anteil der weiblichen Langzeitarbeitslosen, die bereits länger als zwei Jahre arbeitslos sind, mit 57,2 Prozent nur geringfügig über dem Anteil der zwei Jahre und länger arbeitslosen Männer.<sup>91</sup>

## **2.4 Gemeldete Stellen<sup>92</sup>**

Im Jahr 2007 wurden im Land Brandenburg 98.037 offene Stellen als Zugang gemeldet. Das waren 10.460 oder 9,6 Prozent weniger als im Vorjahr. In Ostdeutschland ging die Zahl der gemeldeten Stellen um 4,7 Prozent zurück. Im Gegensatz zum Rückgang in Brandenburg und Ostdeutschland konnte in Westdeutschland ein geringer Anstieg um 0,1 Prozent verzeichnet werden.

Die Zahl der ungeförderten offenen Stellen ging im Land Brandenburg im gleichen Zeitraum (2006 bis 2007) um 9,5 Prozent zurück. In Ostdeutschland waren 5,1 Prozent

---

89 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Zugang und Abgang an Arbeitslosen nach Geschlecht, Abgangsgründen und Trägerschaft im Jahr 2007, Sonderauswertung Statistik-Service Ost; eigene Berechnungen. Alle Daten ohne zugelassene kommunale Träger.

90 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Bestand an Langzeitarbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen im Jahresdurchschnitt, Land Brandenburg, Berichtsjahr: 2007, Sonderauswertung Statistik-Service Ost, eigene Berechnungen. Daten zu Rechtskreis SGB II ohne zKT.

91 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Bestand an Langzeitarbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen im Jahresdurchschnitt, Land Brandenburg, Berichtsjahr: 2007, Sonderauswertung Statistik-Service Ost. Daten zu Rechtskreis SGB II ohne zKT.

92 Es handelt sich hier um die den Arbeitsagenturen von den Arbeitgebern gemeldeten und zur Vermittlung freigegebenen Stellen.

weniger, in Westdeutschland 5,6 Prozent weniger ungeförderete offene Stellen zu verzeichnen. Der Anteil ungeförderter an allen gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich in Brandenburg gegenüber dem Vorjahr von 51,9 Prozent geringfügig auf 52,0 Prozent. In Ostdeutschland sank er auf 50,2 Prozent. In Westdeutschland verringerte sich der Anteil der ungefördereten Stellen um 5,0 Prozentpunkte auf 81,5 Prozent, liegt damit aber wie im Vorjahr deutlich über dem Niveau in Brandenburg und Ostdeutschland.<sup>93</sup>

Bis Ende des ersten Halbjahres 2008 wurden den Agenturen für Arbeit 45.115 Stellen gemeldet, darunter 24.470 ungeförderete Stellen. Das entspricht einem Anteil von 54,2 Prozent.

Im Vorjahr wurden bis Ende des zweiten Quartals noch 49.415 gemeldete Stellen als Zugang registriert. Das bedeutet für die ersten sechs Monate des Jahres 2008 einen Rückgang um 8,7 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich. Die Zahl der ungefördereten Stellen ging im ersten Halbjahr 2008 gegenüber der Vorjahresperiode um 9,4 Prozentpunkte zurück.<sup>94</sup>

## 2.5 Der Ausbildungsmarkt im Land Brandenburg

### Ausbildungsplatzlücke

Wie in den Vorjahren wurde auch im Jahr 2007 die Ausbildungsplatzlücke in Brandenburg geschlossen. Durch das gemeinsame Engagement aller Partner im Brandenburger Ausbildungskonsens konnte jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot gemacht werden. Bereits 2003 – ein Jahr vor dem bundesweiten Ausbildungspakt – hatten Wirtschaft, Gewerkschaften, die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und die Landesregierung den Brandenburgischen Ausbildungskonsens vereinbart. Seitdem werben die Konsenspartner gemeinsam und abgestimmt für mehr Ausbildung. Der Ausbildungskonsens setzt darauf, dass die Betriebe freiwillig vermehrt in die Quantität und Qualität der Ausbildung investieren.

Im Jahr 2007 stellte der Bund im Rahmen des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung in Deutschland“ die Fortführung des Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramms Ost (APRO) mit bis zu 10.000 Plätzen sicher. Die Prognose des MASGF zum Ausbildungsstellenmarkt im Ausbildungsjahr 2007/2008 ging von 36.381 Nachfragern nach Ausbildung und 32.736 Einmündungen in Ausbildung oder berufliche Qualifizierung aus. Für Brandenburg wurden aus dem APRO im Jahre 2007 Fördermittel für 1.978 zusätzliche Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr 2007/2008 bereitgestellt. Aufgrund der Prognose des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) zum Ausbildungsstellenmarkt 2007 wurde dies im Rahmen eines landeseigenen Ergänzungsprogramms insgesamt auf 3.645 Ausbildungsplätze aufgestockt. Dadurch konnte ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung der nach wie vor schwierigen Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt geleistet und die Ausbildungsplatzlücke geschlossen werden.

---

<sup>93</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Datenzentrum, Arbeitsmarkt in Zahlen, Eckwerte des Arbeitsmarktes, Stand: Mai 2008.

<sup>94</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (2007, 2008): Presseinformation zum Arbeitsmarkt, Mai/Juni 2007/2008.

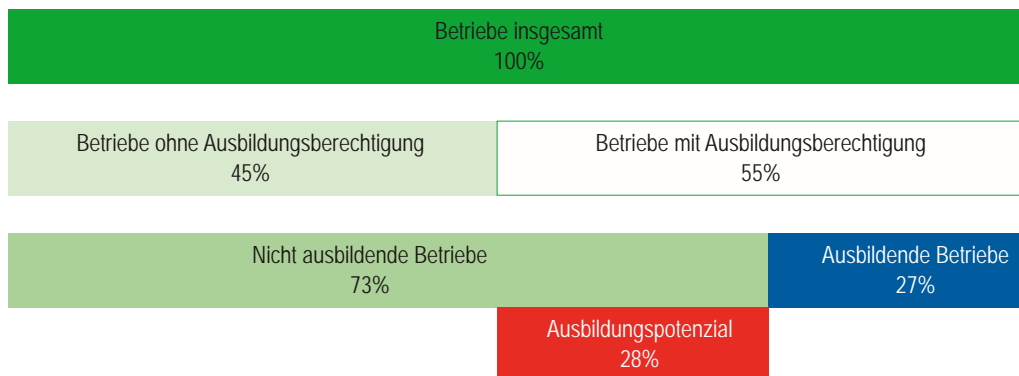
### Struktureller Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen

Mit einer Auszubildendenquote<sup>95</sup> von 6 Prozent liegt Brandenburg leicht über dem Durchschnitt aller ostdeutschen Bundesländer von 5 Prozent (zum Vergleich: Westdeutschland 4 Prozent).<sup>96</sup>

Trotzdem ist der Ausbildungsmarkt in Brandenburg durch einen strukturellen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen gekennzeichnet. Verursacht ist er durch den besonders hohen Anteil von kleinen Betrieben, die noch immer relativ geringe Anzahl von Ausbildungsbetrieben und die historisch gewachsene ungünstige Branchenstruktur. Kennzeichnend (nicht nur) für Brandenburg ist somit eine doppelte Strukturschwäche. Die Branchenstruktur weist einen unterdurchschnittlichen Anteil des für das Ausbildungsangebot wichtigen Verarbeitenden Gewerbes aus. Gleichzeitig ist die Anzahl der Betriebe ab 20 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg im Bundesvergleich sehr niedrig.

#### Grafik 10

#### Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe im Land Brandenburg 2007



Quelle: Betriebspanel Brandenburg, 12. Welle, MASGF (2008): S. 46

In Brandenburg waren 2007 nur 46 Prozent aller neuen Ausbildungsplätze betriebliche Ausbildungsplätze. Daneben gibt es 33 Prozent schulische und 21 Prozent außerbetriebliche Ausbildungsplätze.

Welchen Einfluss die Betriebsgröße auf die Ausbildung hat, zeigen die Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg. Mit zunehmender Betriebsgröße steigt auch der Anteil der ausbildenden Betriebe, von 9 Prozent in Kleinstbetrieben (1 bis 4

<sup>95</sup> Anteil der Auszubildenden (betrieblich und außerbetrieblich) an den Beschäftigten.

<sup>96</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 52.

Beschäftigte) auf 77 Prozent in mittleren Betrieben (50 bis 249 Beschäftigte) und sogar auf 85 Prozent in größeren Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten.<sup>97</sup>

Von den insgesamt 63.592 Brandenburger Betrieben<sup>98</sup> sind 55 Prozent zur Ausbildung berechtigt, davon bilden jedoch nur 49,1 Prozent auch aus. Das sind 27,0 Prozent aller Betriebe. Somit ist nur jeder vierte Betrieb in Brandenburg ein Ausbildungsbetrieb (vgl. Grafik 10).

Brandenburg liegt beim Vergleich des Anteils der ausbildungsberechtigten Betrieben 6,0 Prozent über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und 5,0 Prozent unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer.<sup>99</sup>

### **Berufsorientierung als Schlüsselthema**

Strukturwandel, Bildungsexpansion, veränderte Anforderungen an berufliche Qualifikationen und Kompetenzen sowie entsprechende Herausforderungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhöhen die Ansprüche an die Berufsorientierung.

Nicht nur in Brandenburg wird bislang ein tradiertes Berufswahlverhalten konstatiert, das sich an überholten Geschlechterrollenklischees orientiert. Jugendliche und junge Erwachsene konzentrieren sich in ihren beruflichen Entscheidungsprozessen und Wünschen größtenteils auf geschlechtstypische Berufe. Ca. 47 Prozent der Schülerinnen und 38 Prozent der Schüler wählen dabei aus dem geringen Spektrum von jeweils nur zehn Ausbildungsberufen. Hier besteht ein großer Bedarf, den Schülern und Schülerinnen die gesamte Palette von Ausbildungsberufen nahezubringen und damit auch ihre Ausbildungs- und Berufschancen zu verbessern.

### **Besonderheiten des Ausbildungsmarktes**

Der Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland weist Besonderheiten gegenüber Westdeutschland auf, die eine Versorgung der jungen Menschen mit ausreichenden Ausbildungsplätzen erheblich erschweren. Hier ist insbesondere die höhere Anzahl von „Altnachfragenden“<sup>100</sup> zu nennen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber stieg in den letzten Jahren und beträgt in Brandenburg im Jahr 2007 nunmehr 60,2 Prozent (Ostdeutschland: 55,7 Prozent, Westdeutschland: 51,3 Prozent). Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 4,3 Prozentpunkte.<sup>101</sup> Eine Bewerberbefragung des Bundesinstitutes für Berufsbildung (BIBB)<sup>102</sup> von 2006 untersuchte die wichtigsten Einflussfaktoren, von denen die Chancen der Altbewerberinnen und Altbewerber zur

---

97 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 46 f.

98 Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

99 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (Hrsg.) (2008): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der zwölften Welle des Betriebspanels Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 32, S. 47.

100 Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen, welche die Schule nicht im laufenden Berichtsjahr, sondern im Vorjahr oder in einem früheren Jahr verlassen haben und somit zusätzlich zum Nachfragepotenzial des aktuellen Schulentlassjahrganges eine Ausbildung aufnehmen wollen.

101 Bundesagentur für Arbeit (2007): Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Bundesland Brandenburg, September 2007 und Bewerber und Berufsausbildungsstellen im Berichtsjahr 2006/2007.

102 Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2007): Zur Situation der Altbewerber in Deutschland, BIBB REPORT vom Januar 2007.

Einmündung in eine Ausbildung abhängig sind. Während sich höhere Schulabschlüsse und die Absolvierung einer Einstiegsqualifizierung (EQJ) sehr positiv auf die Einmündung in eine Ausbildung auswirken, haben der Abbruch einer begonnenen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahme, die lange Zeitspanne zwischen dem Schulabgangsjahr und der aktuellen Bewerbungszeit und die regional schlechte Lage des Arbeitsmarktes sehr negative Auswirkungen auf die Einmündungsmöglichkeiten. Die Ausbildungsstellenbilanz<sup>103</sup> ist weder in Brandenburg noch in den anderen ostdeutschen Ländern ohne ausreichende staatliche Förderung insgesamt ausgeglichen.

### **Zuwachs bei den neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträgen**

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 12.695 neue betriebliche Ausbildungsverträge mit Jugendlichen abgeschlossen. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 7,9 Prozentpunkte (+925 Verträge). Die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge ist außer in den Ausbildungsbereichen Öffentlicher Dienst und Landwirtschaft in allen anderen Ausbildungsbereichen gestiegen (vgl. Tabelle 2).

**Tabelle 2**

#### **Neu abgeschlossene betriebliche Ausbildungsverträge in den einzelnen Ausbildungsbereichen 2007**

Ausbildungsbereich	Zahl der Auszubildenden per 31.12.2007	Veränderung gegenüber Vorjahr
Industrie und Handel	7.871	+762
Handwerk	3.183	+157
Öffentlicher Dienst	460	-45
Freie Berufe	623	+58
Landwirtschaft	558	-7
Insgesamt	12.695	+925

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Statistik der Berufsausbildung; Stand: 31.12.2007

### **Leichter Rückgang der Zahl der an die Agenturen für Arbeit gemeldeten<sup>104</sup> betrieblichen Ausbildungsstellen**

Die Zahl der den Agenturen für Arbeit und den ARGEn gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen ist Ende September 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 132 oder 1,5 Prozentpunkte auf 8.626 gesunken. Davon waren Ende September 2007 noch 290 (Vorjahr 211) unbesetzt. Das Gesamtangebot betrieblicher Ausbildungsstellen an die Berufsberatung wurde bis zum Ende des Berichtsjahres somit auch in diesem Jahr nahezu vollständig ausgeschöpft (96,6 Prozent).<sup>105</sup>

<sup>103</sup> Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsstellen.

<sup>104</sup> Die Meldung der offenen, zu besetzenden Ausbildungsstellen durch die Betriebe ist freiwillig und damit ist diese Zahl nur eine Teilmenge des Gesamtangebots des Ausbildungsmarktes.

<sup>105</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007): Bewerber und Berufsausbildungsstellen, Bundesland Brandenburg, September 2007.



## 2.6 Regionale Disparitäten im Land Brandenburg

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation ist im Flächenland Brandenburg durch regionale Disparitäten gekennzeichnet. Die Entwicklung in den Landkreisen und kreisfreien Städten im näheren Umkreis von Berlin verläuft günstiger als in den Randregionen des Landes. Diese regionalen Unterschiede spiegeln sich im Wirtschaftswachstum<sup>106</sup>, in der Beschäftigungsentwicklung, der Arbeitslosigkeit und der Situation auf dem Ausbildungsmarkt wider.

### Beschäftigungsentwicklung nach Kreisen

Eine Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung (Erwerbstätigkeit) im Jahr 2006 nach Stadt- und Landkreisen (Verwaltungsbezirken) verdeutlicht regionale Unterschiede. In mehr als der Hälfte aller Kreise und kreisfreien Städte erhöhte sich das Beschäftigungsniveau, im Vorjahr traf dies nur auf 3 Kreise zu. Vor allem die Kreise und kreisfreien Städte im näheren Umkreis von Berlin konnten Beschäftigungszuwächse verzeichnen. Die Spanne der Beschäftigungsentwicklung im gesamten Land Brandenburg reichte von +3,6 Prozent im Landkreis Teltow-Fläming bis zu -1,6 Prozent im Landkreis Elbe-Elster. Die Entwicklung in den kreisfreien Städten verlief ebenfalls sehr unterschiedlich. In Brandenburg an der Havel (+1,2 Prozent) und Potsdam (+0,9 Prozent) stieg die Zahl der Beschäftigten, in Frankfurt (Oder) (-1,0 Prozent) und in Cottbus (-1,4 Prozent) ging sie zurück.<sup>107</sup>

Erstmals für das Jahr 2006 wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Zahlen der marginal Beschäftigten in den kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes Brandenburg veröffentlicht. Der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Beschäftigten war im Jahr 2006 im Landkreis Havelland mit 16,8 Prozent am höchsten, gefolgt von Märkisch-Oderland (15,3 Prozent) sowie den Landkreisen Prignitz und Oberspreewald-Lausitz (jeweils 14,5 Prozent). Am niedrigsten waren die Anteile in den Landkreisen Teltow-Fläming (11,5 Prozent), Elbe-Elster (11,7 Prozent) und Spree-Neiße (11,8 Prozent).<sup>108</sup>

Ausschlaggebend für den im Jahr 2006 zu verzeichnenden Beschäftigungszuwachs im Land Brandenburg waren das Produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsbereiche. In den Dienstleistungsbereichen stieg die Zahl der Erwerbstätigen landesweit um 3.500 Personen, im Produzierenden Gewerbe um 1.100 Personen. Mehr Dienstleistungsarbeitsplätze gab es insbesondere in den Kreisen Dahme-Spreewald (+1.400 Personen), Oberhavel (+1.100 Personen) und in der Stadt Potsdam (+1.300). In acht Verwaltungsbezirken ging die Zahl der in Dienstleistungsbereichen Beschäftigten hingegen zurück. Im Landkreis Teltow-Fläming waren im Produzierenden Gewerbe 1.500 Personen mehr

---

106 Die Daten zur Wirtschaftsentwicklung nach Kreisen (BIP, BIP je Erwerbstätigen) im Jahr 2006 lagen bei Redaktionsschluss des Berichts über den Arbeitsmarkt des Landes Brandenburg 2007/2008 noch nicht vor.

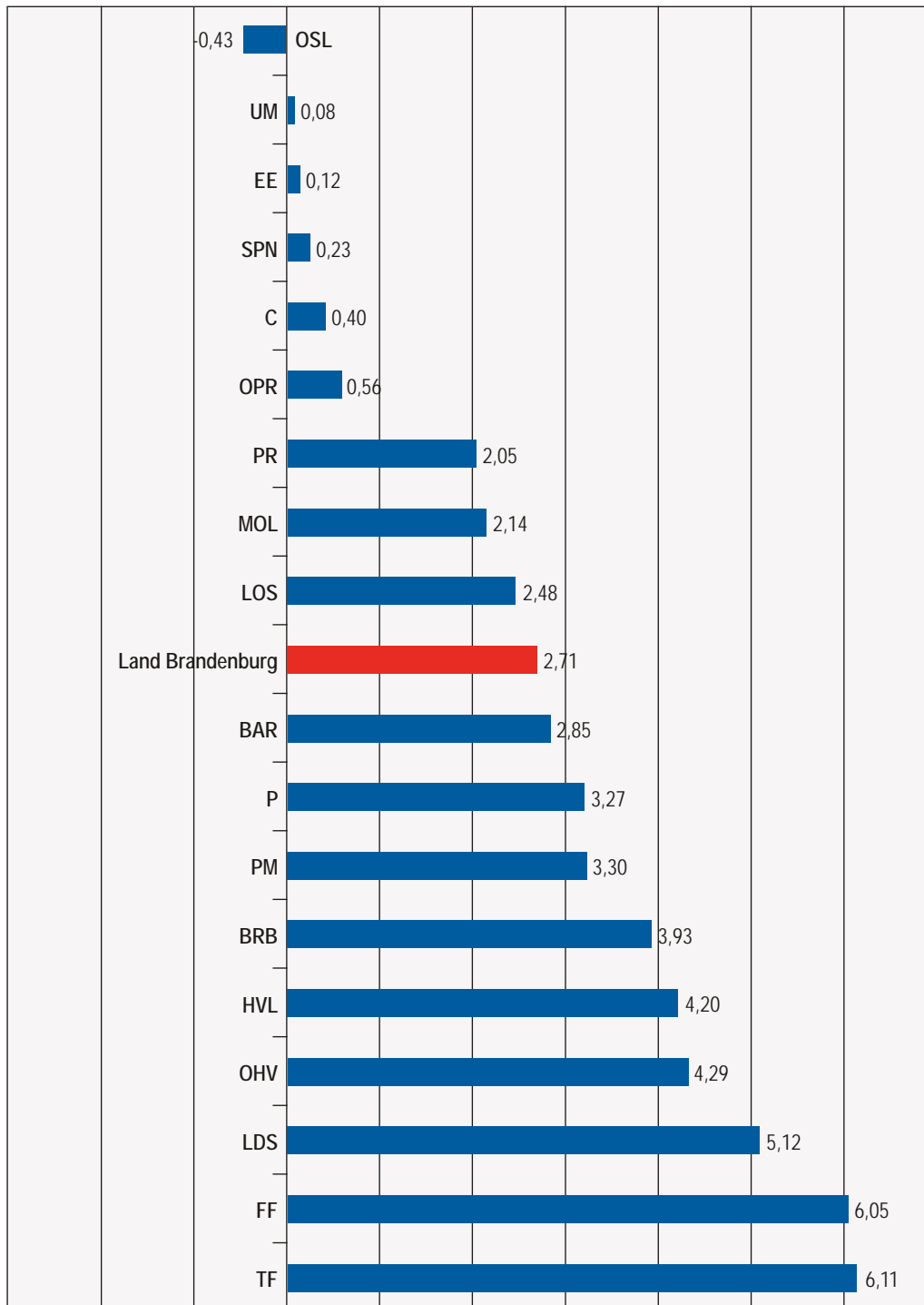
107 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Aufwärtsentwicklung der Beschäftigung 2006 im Land Brandenburg vor allem in Landkreisen spürbar, Pressemitteilung vom 08.05.2008 – Nr. 119.

108 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Aufwärtsentwicklung der Beschäftigung 2006 im Land Brandenburg vor allem in Landkreisen spürbar, Pressemitteilung vom 08.05.2008 – Nr. 119.



**Grafik 11**

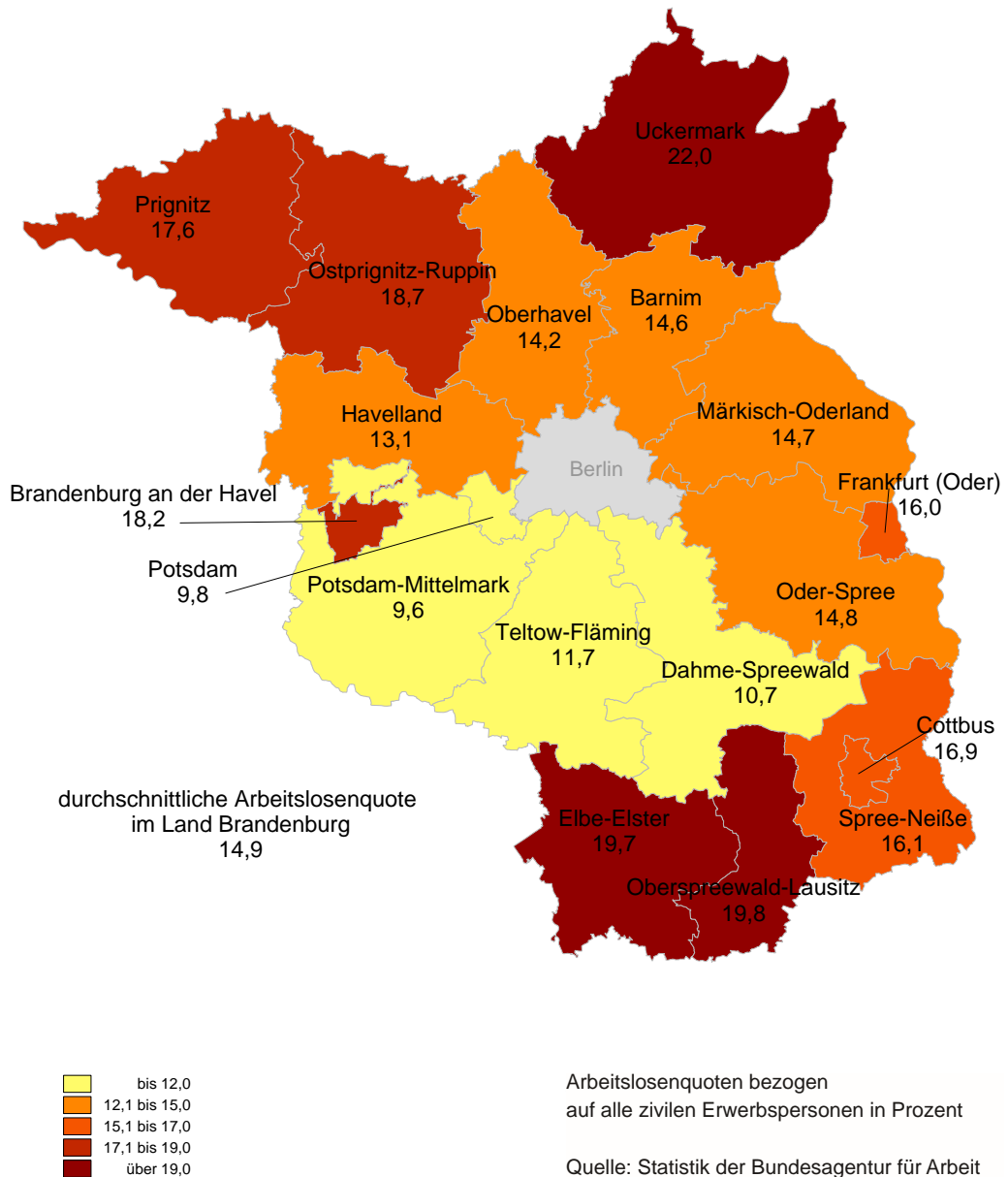
**Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung  
im Land Brandenburg nach kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen  
dem 30. Juni 2006 und dem 30. Juni 2007; Veränderungsraten in Prozent**



Quelle: für 2006; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Statistische Berichte A VI 5-vj2/06; Stand: Juni 2007  
Statistik der Bundesagentur für Arbeit  
für 2007: Internetangebot, Beschäftigtenstatistik, vorläufige Ergebnisse; eigene Darstellung

**Grafik 12**

**Arbeitslosenquoten im Land Brandenburg; Jahresdurchschnitt 2007**



erwerbstätig als noch im Vorjahr. In Cottbus und im Kreis Oberhavel waren hingegen jeweils 600 Personen weniger im Produzierenden Gewerbe erwerbstätig.<sup>109</sup>

Von Juni 2006 bis Juni 2007 entwickelte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kreisen und kreisfreien Städten ebenfalls unterschiedlich. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis auf den Landkreis Oberspreewald-Lausitz (-0,4 Prozent) in allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten zu. Dabei variieren die Zuwächse von rund 0,1 Prozent in den Kreisen Uckermark und Elbe-Elster bis zu rund 6,1 Prozent in Frankfurt (Oder) und im Landkreis Teltow-Fläming (vgl. Grafik 11). Zu den Gewinnern des Jahres 2007 gehört insbesondere Frankfurt (Oder). Dort war noch im Vorjahr ein Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 1,2 Prozent verzeichnet worden.

Im Zeitraum von 2000 bis 2007 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur in Potsdam (2,6 Prozent) und im Landkreis Teltow-Fläming (4,7 Prozent). Alle anderen Kreise und kreisfreien Städte weisen für diesen Zeitraum einen zum Teil drastischen Rückgang auf. Dieser bewegt sich zwischen 0,9 Prozent in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie 1,7 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald bis über 20 Prozent in den Landkreisen Uckermark (20,1 Prozent), Elbe-Elster (20,3 Prozent) und Spree-Neiße (20,7 Prozent). Im gesamten Land Brandenburg ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Zeitraum um 10,6 Prozent zurück.<sup>110</sup>

### **Arbeitslosenquoten nach Kreisen**

Die Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen weisen im Jahresdurchschnitt 2007 eine Spannweite von 9,6 Prozent im Landkreis Potsdam-Mittelmark, 9,8 Prozent in Potsdam bis 22,0 Prozent im Landkreis Uckermark auf. Die höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnen nach wie vor die Kreise im äußeren Verflechtungsraum (vgl. Grafik 12). Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr – hier ausgedrückt als Veränderung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – konnte in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz (-3,0 Prozent) und Havelland (-2,9 Prozent) erreicht werden. Die geringsten Veränderungen gab es im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (-0,7 Prozent), in Brandenburg an der Havel (-1,2 Prozent) sowie den Landkreisen Prignitz (-1,6 Prozent), Uckermark und Barnim (jeweils -1,7 Prozent) und in den kreisfreien Städten Cottbus (-1,7 Prozent) und Potsdam (-1,8 Prozent). In allen anderen Landkreisen und in Frankfurt (Oder) konnte die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich – bezogen auf den Rückgang um 2,1 Prozent im gesamten Land Brandenburg – gesenkt werden (vgl. Grafik 13).<sup>111</sup>

---

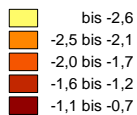
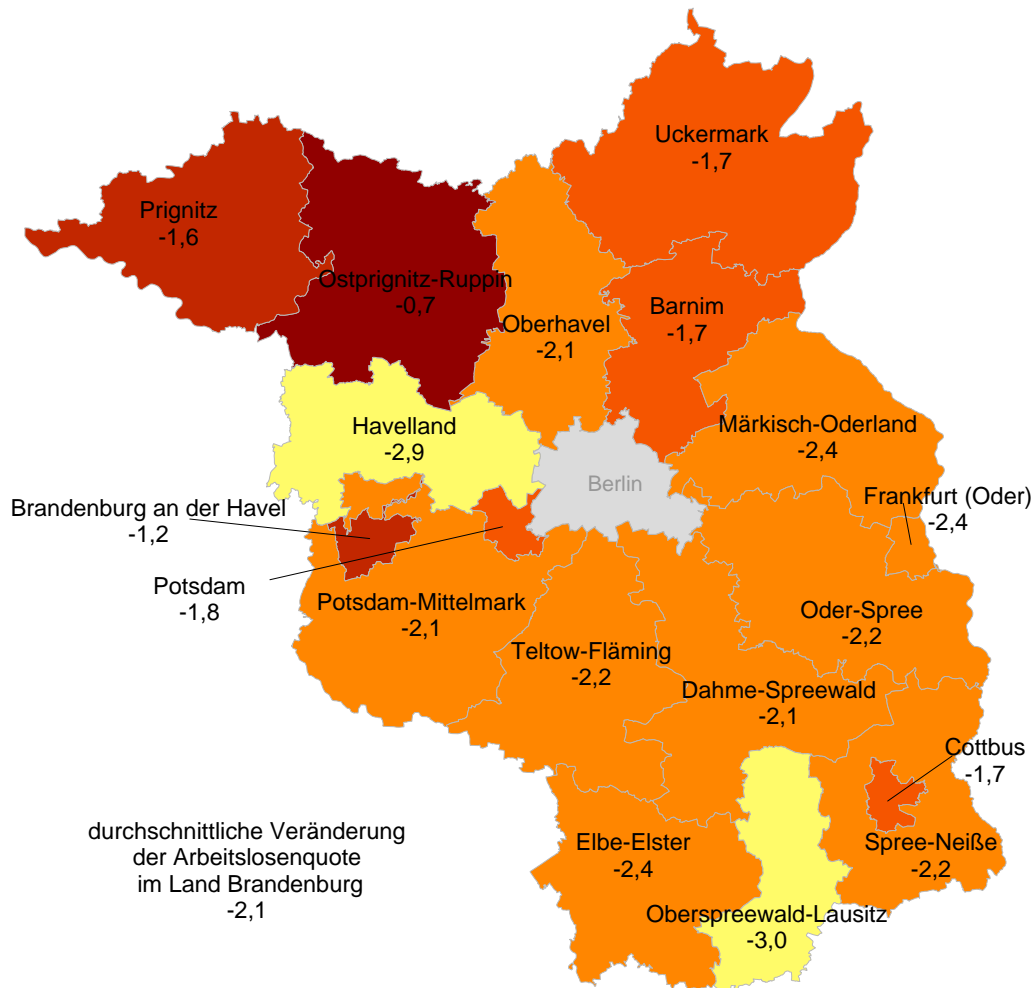
109 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2008): Impulse für mehr Beschäftigung 2006 in Brandenburgs Kreisen gingen vielerorts vom Produzierenden Gewerbe und den Dienstleistungsbereichen aus, Pressemitteilung vom 08.05.2008 – Nr. 120.

110 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Beschäftigungsstatistik, Beschäftigte – nach Gemeinden, Kreisen.

111 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Datenzentrum, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Gemeinden, Jahreszahlen, Stand: Februar 2008.

**Grafik 13**

**Veränderung der Arbeitslosenquoten 2007 im Vergleich zum Vorjahr im Land Brandenburg**



Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in Prozent

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

### **Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III nach Kreisen**

Im Land Brandenburg insgesamt waren im Jahr 2007 31,8 Prozent aller Arbeitslosen dem Rechtskreis SGB III zuzuordnen. Die Bandbreite des SGB III-Anteils in den Kreisen und kreisfreien Städten beginnt bei 21,2 Prozent und endet bei 39,0 Prozent. Die niedrigsten Anteile waren in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel (21,2 Prozent), Frankfurt (Oder) (23,9 Prozent) sowie den Landkreisen Uckermark und Ostprignitz-Ruppin mit jeweils 27,9 Prozent zu verzeichnen. Die höchsten Anteile waren in den Landkreisen Spree-Neiße mit 39,0 Prozent und Potsdam-Mittelmark mit 37,2 Prozent zu registrieren. Der SGB III-Anteil ging von 2006 bis 2007 in allen Kreisen und kreisfreien Städten zurück, besonders deutlich in Brandenburg an der Havel, Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald.

Die absolute Zahl der im SGB III registrierten Arbeitslosen nahm von 2006 zu 2007 in allen Kreisen und kreisfreien Städten ab, wobei der Rückgang regional sehr unterschiedlich ausfiel. Zu den Gewinnern zählen Potsdam und Brandenburg an der Havel mit einer um mehr als 27 Prozent niedrigeren Zahl der Arbeitslosen. Deutlich unter dem Brandenburger Durchschnitt des Rückgangs um 20,4 Prozent lagen die Landkreise Uckermark (-12,5 Prozent), Ostprignitz-Ruppin (-14,7 Prozent) und Elbe-Elster (-15,9 Prozent).<sup>112</sup>

### **Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II nach Kreisen**

Regionale Unterschiede gibt es im Land Brandenburg ebenfalls hinsichtlich des Anteils der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. Während landesweit 68,2 Prozent der Arbeitslosen dem Rechtskreis SGB II zuzuordnen sind, reicht der SGB II-Anteil in den kreisfreien Städten und Landkreisen von 61,0 Prozent bis 78,8 Prozent. Vergleichsweise niedrige Anteile – entsprechend des besonders hohen SGB III-Anteils an allen Arbeitslosen – verzeichnen die Landkreise Spree-Neiße (61,0 Prozent), Potsdam-Mittelmark (62,8 Prozent), und Dahme-Spreewald (63,6 Prozent). Besonders hoch waren die Anteile mit 78,8 Prozent in Brandenburg an der Havel, in Frankfurt (Oder) mit 76,1 Prozent und mit jeweils 72,1 Prozent in den Landkreisen Uckermark und Ostprignitz-Ruppin.

Verglichen mit einem Rückgang der absoluten Zahl der im Rechtskreis SGB II als arbeitslos registrierten Personen um insgesamt 7,2 Prozent im Land Brandenburg gibt es wiederum abweichende regionale Veränderungsdaten. Überdurchschnittlich ging die Zahl der Arbeitslosen im SGB II in den Landkreisen Havelland (-15,7 Prozent) und Oberspreewald-Lausitz (-10,9 Prozent) zurück. Weniger deutlich fiel der Rückgang in den Landkreisen Barnim (-1,0 Prozent) und Ostprignitz-Ruppin (-2,3 Prozent) aus. In Brandenburg an der Havel stieg die Zahl der Betroffenen sogar um 3,3 Prozent.<sup>113</sup>

### **Arbeitslosengeld II-Quote nach Kreisen**

Regionale Disparitäten lassen sich auch mittels der Arbeitslosengeld II-Quote verdeutlichen, welche das Verhältnis der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im SGB II zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren insgesamt angibt. Für das Land

---

112 Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg: Presseinformationen zum Arbeitsmarkt, jeweilige monatliche Ausgaben; eigene Berechnungen.

113 Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg: Presseinformationen zum Arbeitsmarkt, jeweilige monatliche Ausgaben; eigene Berechnungen.

Brandenburg ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2007 eine Arbeitslosengeld II-Quote von 15,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist im Jahresdurchschnitt ein Anstieg von 0,7 Prozent zu verzeichnen. Im Jahresverlauf, speziell zum Jahresende 2007, zeigte sich aber eine spürbare Absenkung der ALG II-Quote (Dezember 2007: 14,7 Prozent). Die Arbeitslosengeld II-Quote lag 2007 in Ostdeutschland bei 16,6 Prozent und in Westdeutschland bei 7,9 Prozent. Die Spanne der Arbeitslosengeld II-Quote im Land Brandenburg reichte im Jahr 2007 von 9,5 Prozent (Potsdam-Mittelmark) bis 22,0 Prozent (Uckermark) (vgl. Grafik 14). Im Landkreis Havelland ging die Arbeitslosengeld II-Quote um 0,4 Prozentpunkte zurück. In allen anderen kreisfreien Städten und Landkreisen stieg sie im Vorjahresvergleich an. Besonders in Potsdam (1,8 Prozentpunkte), Brandenburg an der Havel (1,5 Prozentpunkte) und im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (1,2 Prozentpunkte) fiel der Anstieg höher aus als im Landesdurchschnitt.<sup>114</sup>

### Regionale Disparitäten am Ausbildungsmarkt

Auch hinsichtlich der Ausbildungssituation gibt es regionale Unterschiede. Das in Tabelle 3 dargestellte Verhältnis der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen je Bewerber und auch die in Tabelle 4 dargestellten Zahlen zu den neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträgen nach Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern für die Jahre 2006 und 2007 verdeutlichen dies.

**Tabelle 3**  
**Gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen je Bewerber**  
**nach Agenturbezirken 2006 und 2007**

Agenturbezirk	2006	2007
Cottbus	0,23	0,21
Eberswalde	0,27	0,29
Frankfurt (Oder)	0,17	0,22
Neuruppin	0,27	0,34
Potsdam	0,32	0,34
Brandenburg insgesamt	0,25	0,27

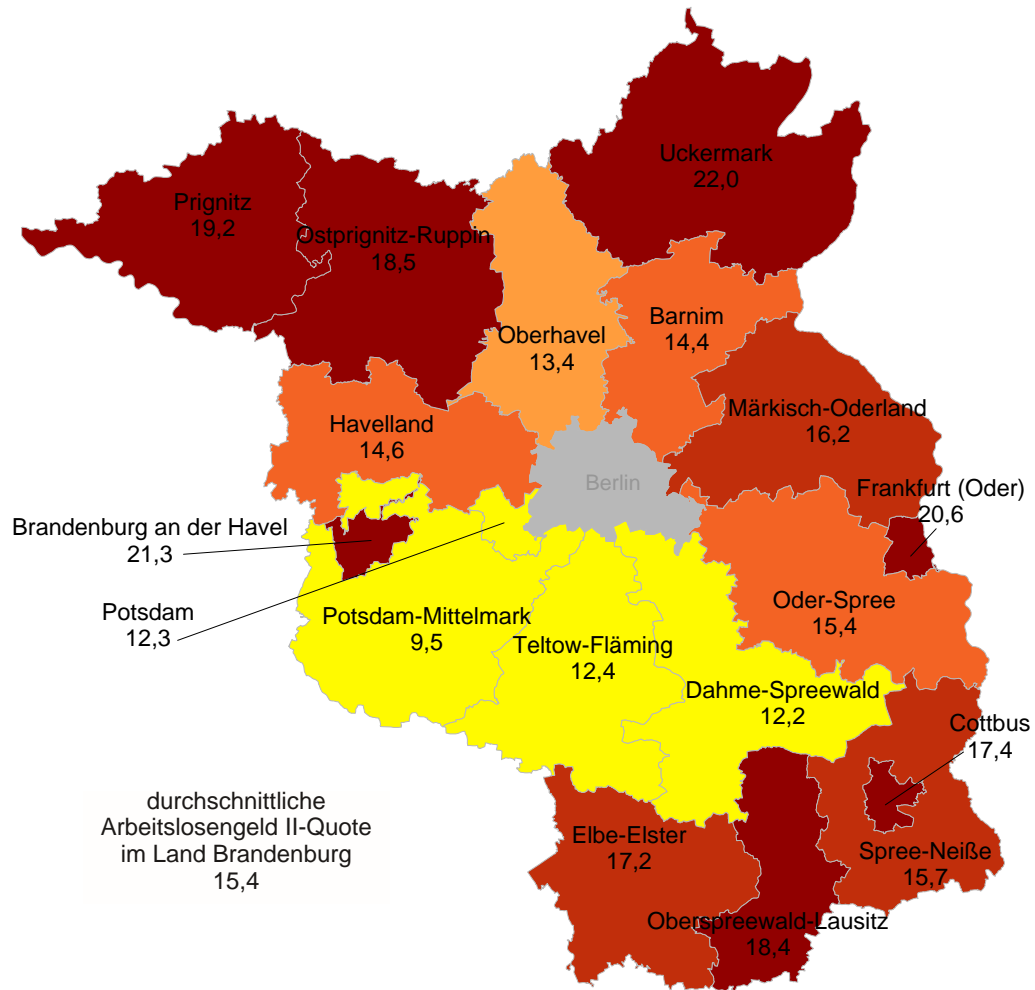
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik, Stand: jeweils 30.09. des Jahres

sich in 2007 gegenüber 2006 für Brandenburg insgesamt um 0,2 Prozentpunkte verbessert. Regional war nur bei der Agentur für Arbeit Cottbus eine Verschlechterung zu beobachten. Hauptgründe für die landesdurchschnittliche Verbesserung sind die gesunkene Zahl der Bewerberinnen und Bewerber und der Anstieg der Zahl der betrieblichen Ausbildungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr. Nur bei der Agentur für Arbeit Cottbus war eine Steigerung der Bewerberzahl im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen und dies führte hier zur Verschlechterung des Verhältnisses.

<sup>114</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2007, 2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, aktuelle Daten (Berichtsmonat/-jahr) sowie Eckwerte zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; eigene Berechnungen.

**Grafik 14**

**Arbeitslosengeld II-Quote im Land Brandenburg; Jahresdurchschnitt 2007**



- unter 12,5
- 12,5 bis 13,4
- 13,5 bis 15,4
- 15,5 bis 17,2
- über 17,2

Angaben in Prozent

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosengeld II-Quote: Verhältnis der ALG II-Empfängenden zu erwärbfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahren) bezogen auf die Bevölkerung im erwärbfähigen Alter am 31.12.2006



Die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge ist im Jahr 2007 gegenüber 2006 bei allen Kammerbezirken gestiegen. Die höchste Steigerungsrate erreichte der Kammerbezirk Cottbus mit 16,5 Prozentpunkten, gefolgt von Frankfurt (Oder) mit 9,0 und Potsdam mit 4,8 Prozentpunkten.

**Tabelle 4**  
**Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge**  
**nach Kammerbezirken 2006 und 2007**

Kammerbezirke		2006	2007
Industrie und Handel		7.109	7.871
davon:	Cottbus	1.963	2.295
	Frankfurt (Oder)	1.946	2.157
	Potsdam	3.200	3.419
Handwerk		3.026	3.183
davon:	Cottbus	725	836
	Frankfurt (Oder)	808	846
	Potsdam	1.493	1.501

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg „Eckdaten zur Berufsbildungsstatistik“, Stand: jeweils 31.12. des Jahres

## 2.7 Arbeitsmarktentlastung durch Pendeln

Der Arbeitsmarkt im Land Brandenburg wurde im Jahr 2007 – wie schon in den Vorjahren – erheblich durch Pendlerströme entlastet. Zum Stichtag 30. Juni 2007 gingen 238.127 Brandenburgerinnen und Brandenburger in einem anderen Bundesland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (Auspendler<sup>115</sup>), 10.960 (4,8 Prozent) mehr als am 30. Juni 2006. Dem gegenüber standen 104.424 in Brandenburg sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit einem Wohnsitz außerhalb des Landes (Einpendler<sup>116</sup>). Das sind 6.719 (oder 6,9 Prozent) mehr als im Vorjahr. Da die Zahl der Auspendler überwiegt, ist der Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler) negativ und betrug -133.703 (2006: -129.462). Der Anstieg des Pendlersaldos gegenüber dem Vorjahr fällt mit 3,3 Prozent niedriger aus als in der Vorperiode (+5,3 Prozent). Im längerfristigen Zeitraum von 2000 bis 2007 ist der Pendlersaldo um 29,3 Prozent gewachsen.<sup>117</sup>

### Pendlerverflechtung zwischen Brandenburg und Berlin

Innerhalb der Pendlerströme dominieren Auspendler nach Berlin und Einpendler aus Berlin. 62,4 Prozent (absolute Zahl 65.210) aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einpendler hatten ihren Wohnsitz in Berlin. Umgekehrt waren 70,6 Prozent

<sup>115</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht im Wohnortkreis arbeiten.

<sup>116</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht im Arbeitsortkreis wohnen bzw. gemeldet sind.

<sup>117</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Ländern, Stichtag 30.06.2006 und Stichtag 30.06.2007, vorläufige Daten.

**Tabelle 5****Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler, Auspendler und Pendlersaldo im Land Brandenburg**

Stand: Juni 2007

Bundesland/Gebiet	Einpendler aus		Auspender nach		Pendlersaldo (Einpendler minus Auspender)
	insgesamt	Anteil an insgesamt Prozent	insgesamt	Anteil an insgesamt Prozent	
insgesamt	104.424	100	238.127	100	-133.703
Berlin	65.210	62,45	168.082	70,59	-102.872
Sachsen	14.760	14,13	15.111	6,35	-351
Sachsen-Anhalt	7.756	7,43	7.776	3,27	-20
Mecklenburg- Vorpommern	6.803	6,51	6.584	2,76	219
Thüringen	1.628	1,56	2.154	0,90	-526
Bundesgebiet West	7.651	7,33	38.420	16,13	-30.862

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Beschäftigte – Pendler nach Ländern  
Stand: Januar 2008; vorläufige Ergebnisse

(168.082) der auspendelnden Brandenburgerinnen und Brandenburger in Berlin sozialversicherungspflichtig beschäftigt (vgl. Tabelle 5). Die Pendlerbewegungen zwischen den Bundesländern Brandenburg und Berlin nahmen von Juni 2006 bis Juni 2007 zu. So stieg die Zahl der Auspendler von Brandenburg nach Berlin um 5,2 Prozent. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Pendler von Berlin nach Brandenburg um 6,3 Prozent.<sup>118</sup>

**Auspender ins Bundesgebiet West**

Im Juni 2007 pendelten 38.420 Einwohner des Landes Brandenburg in das Bundesgebiet West, um einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen, 1.845 (5,0 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil an allen Auspendlern lag nahezu unverändert bei 16,1 Prozent (Vorjahr 16,0 Prozent).

Die Zahl der Einpendler aus dem Bundesgebiet West stieg um 14,1 Prozent auf 7.651 Personen. Somit erreicht das Einpendlervolumen aus dem Bundesgebiet West nahezu die Zahl der Einpendler aus Sachsen-Anhalt. Der Anteil an allen Einpendlern nach Brandenburg erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte und lag im Juni 2007 bei 7,3 Prozent.

**Pendlerbewegungen in kreisfreien Städten und Landkreisen**

Die o. g. Pendlerbewegungen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohn- oder Arbeitsort innerhalb oder außerhalb des Landes Brandenburg sind auf der Ebene der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise sehr unterschiedlich ausgeprägt. So lag

118 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Ländern, Stichtag 30.06.2006 und Stichtag 30.06.2007, vorläufige Daten. Detaillierte Analysen zur Pendlerverflechtung zwischen Berlin und Brandenburg siehe: Bogai, D., H. Seibert, D. Wiethölter (2007): Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2006, Arbeitskräftemobilität in den gemeinsamen Branchenkompetenzfeldern Berlin-Brandenburgs, IAB Berlin-Brandenburg, IAB regional Nr. 02/2007.

der Anteil aller Einpendler an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der einzelnen kreisfreien Städte bzw. Landkreise im Juni des Jahres 2006 zwischen 10 und fast 60 Prozent. Der Durchschnitt für das gesamte Land Brandenburg betrug 35,9 Prozent. Das heißt, mehr als ein Drittel aller im Land sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten außerhalb ihres Wohnortkreises. Besonders hoch ist dieser Anteil in den kreisfreien Städten Potsdam mit 59,9 Prozent, gefolgt von Cottbus (50,6 Prozent) und Frankfurt (Oder) mit 47,7 Prozent. Die Landkreise mit den höchsten Einpendleranteilen sind Potsdam-Mittelmark (45,3 Prozent) und Dahme-Spreewald (42,8 Prozent). Mit 11,1 Prozent bzw. 15,6 Prozent ist der Einpendleranteil in den Landkreisen Uckermark und Elbe-Elster am geringsten (vgl. Grafik 15).<sup>119</sup>

Der Anteil der Auspendler ist regional wiederum sehr unterschiedlich und liegt zwischen 24 und über 60 Prozent. Den höchsten Auspendleranteil mit 61,1 Prozent wies der Landkreis Potsdam-Mittelmark auf. In den Landkreisen Märkisch-Oderland (56,3 Prozent), Oberhavel (54,8 Prozent), Havelland (53,8 Prozent) Barnim (53,7 Prozent) und Dahme-Spreewald (52,2 Prozent) arbeiteten mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten außerhalb des Wohnortkreises. Wiederum den niedrigsten Anteil verzeichnete mit 24,0 Prozent der Landkreis Uckermark. Auch im Landkreis Prignitz (27,0 Prozent) und in Frankfurt (Oder) mit 29,2 Prozent liegt der Auspendleranteil deutlich unter dem brandenburgischen Durchschnittswert von 45,8 Prozent.

Der Saldo aus Einpendlern und Auspendlern mit Wohn- oder Arbeitsort innerhalb oder außerhalb des Landes Brandenburg ist nur in den kreisfreien Städten positiv. Insgesamt ergibt sich für alle kreisfreien Städte und Kreise des Landes Brandenburg zusammen ein Pendlersaldo von -129.462 für das Jahr 2006.<sup>120</sup>

### **Binnenpendler**

Darüber hinaus ist auch die innerbrandenburgische Mobilität zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Brandenburg beachtlich. Am 30. Juni 2006 arbeiteten und wohnten insgesamt 608.058 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Land Brandenburg. Davon waren nur drei Viertel (452.411) auch innerhalb des Landkreises oder der kreisfreien Stadt beschäftigt, in dem sie ihren Wohnsitz hatten. 155.647 Brandenburgerinnen und Brandenburger (etwa ein Viertel) sind folglich in einem vom Wohnort abweichenden Kreis sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die kreisbezogene Binnenauspendlerquote lag im Land Brandenburg im Jahr 2006 bei 25,6 Prozent. Die Auspendlerquote variiert dabei von 11,3 Prozent im Landkreis Prignitz, 11,7 Prozent im Landkreis Uckermark bis zu 41,2 Prozent bzw. 46,0 Prozent in den Landkreisen Spree-Neiße bzw. Potsdam-Mittelmark. Allein diese Werte sind einerseits Beleg für die teilweise ausgeprägte Bereitschaft der Brandenburgerinnen und Brandenburger, auch innerhalb des Landes weitere Wege zum Arbeitsort in Kauf zu nehmen. Andererseits

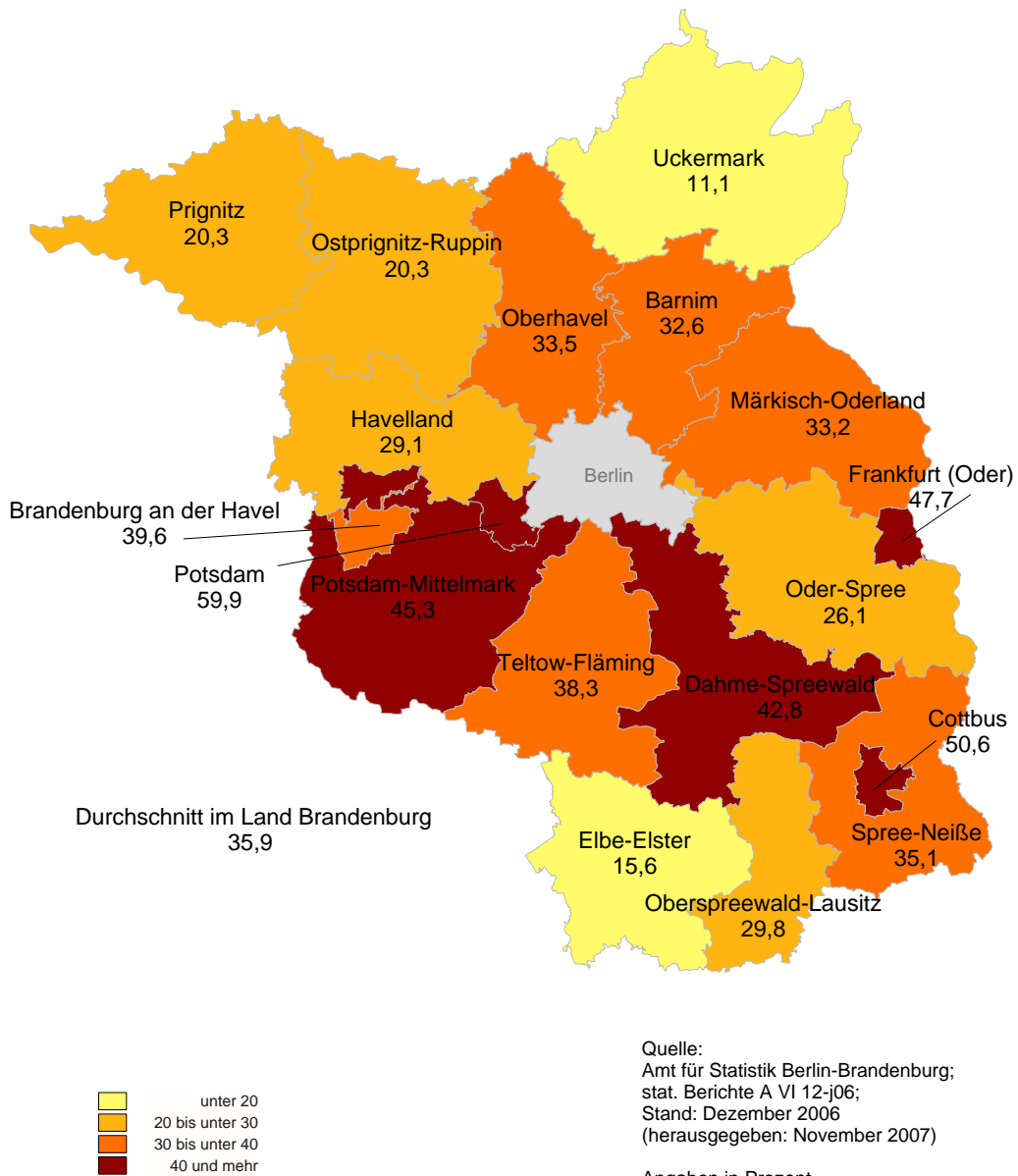
---

119 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deren Pendlerverhalten im Land Brandenburg, 30.06.2006, vorläufiges Ergebnis (Stand: Dezember 2006), Statistischer Bericht A VI 12 – j 06.

120 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deren Pendlerverhalten im Land Brandenburg, 30.06.2006, vorläufiges Ergebnis (Stand: Dezember 2006), Statistischer Bericht A VI 12 – j 06.

**Grafik 15**

**Anteil der einpendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der kreisfreien Städte bzw. Landkreise im Land Brandenburg am 30.06.2006**



spiegeln die nicht unerheblichen Pendlerbewegungen zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten die Disparitäten des regionalen Arbeitsplatzangebotes wider.<sup>121</sup>

Positive Pendlersalden – bezogen ausschließlich auf die Mobilität innerhalb des Landes – sind zum 30.06.2006 in allen kreisfreien Städten zu verzeichnen. Insbesondere in Potsdam und Cottbus liegt die Zahl der Einpendler aus anderen Landkreisen oder kreisfreien Städten des Landes deutlich über der Zahl der Auspendler (Pendlersaldo Potsdam: 16.993; Pendlersaldo Cottbus: 13.129). Nahezu ausgeglichen ist der Pendlersaldo in den Landkreisen Barnim, Dahme-Spreewald und Prignitz. Die Landkreise Potsdam-Mittelmark (-8.821), Spree-Neiße (-8.590), Märkisch-Oderland (-5.403) und Oder-Spree (-5.236) haben besonders stark negative Pendlersalden.<sup>122</sup> Für Potsdam-Mittelmark dürfte dabei vor allem die gute Erreichbarkeit der Stadt Potsdam ausschlaggebend sein.

---

121 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und deren Pendlerverhalten im Land Brandenburg, 30.06.2006, vorläufiges Ergebnis (Stand: Dezember 2006), Statistischer Bericht A VI 12 – j 06; eigene Berechnungen.

122 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2007): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort und deren Pendlerverhalten nach Gemeinden im Land Brandenburg, 30.06.2006, vorläufiges Ergebnis (Stand: Dezember 2006), Statistischer Bericht A VI 14 – j 06; eigene Berechnungen.

Für die Verbesserung der Arbeitsmarktlage, insbesondere für die Verbesserung der Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen, werden durch die Bundesagentur für Arbeit und durch die kommunalen Grundsicherungsträger Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung bereitgestellt. Gesetzliche Grundlage für die aktive Arbeitsförderung sind in Anhängigkeit von dem zu betreuenden Personenkreis das Sozialgesetzbuch III und das Sozialgesetzbuch II. Im folgenden Kapitel wird die aktive Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit im Rechtskreis SGB III und durch die Grundsicherungsträger im Rechtskreis SGB II im Land Brandenburg beschrieben. Im Mittelpunkt steht dabei neben dem aufgewendeten Mittelvolumen vor allem der Einsatz der Instrumente der Arbeitsförderung.

## 3.1 Veränderungen im Mitteleinsatz

Der Mitteleinsatz für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfolgt in den Rechtskreisen SGB III und SGB II aus unterschiedlichen Quellen. Im Rechtskreis SGB III werden die Aufwendungen für die aktive Arbeitsförderung aus dem Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit und damit aus Beitragsmitteln finanziert. Im Rechtskreis SGB II werden die Eingliederungsleistungen aus Steuermitteln aufgebracht.

### Mitteleinsatz im Rechtskreis SGB III

Die Bundesagentur für Arbeit setzte im Jahr 2007 in Brandenburg insgesamt 515,8 Mio. Euro für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung ein. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Mitteleinsatz um 77,3 Mio. Euro bzw. 13,0 Prozent verringert. Dieser auf den ersten Blick deutliche Rückgang wird relativiert durch die positive Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III in diesem Zeitraum. So ging im Jahresdurchschnitt 2007 die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III um 20,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr – und somit stärker als der Mitteleinsatz der Bundesagentur für Arbeit – zurück. Rein rechnerisch setzte die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2007 je Arbeitslosen rund 702 Euro mehr für Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung ein.<sup>123</sup> Die Bundesagentur für Arbeit verstärkte dementsprechend trotz verbesserter Arbeitsmarktsituation ihre Anstrengungen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Unterteilt nach Maßnahmetypen wurden 15,9 Prozent des gesamten Mittelvolumens der aktiven Arbeitsförderung, das sind 82,0 Mio. Euro, für die Förderung der beruflichen Selbständigkeit ausgegeben. Für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung standen 29,2 Mio. Euro (5,7 Prozent aller Mittel) zur Verfügung. Weiterhin wurden 5,1 Mio. Euro (1,0 Prozent) für Eignungsfeststellungen/Trainingsmaßnahmen aufgewandt, 21,5 Mio. Euro (4,2 Prozent) für Eingliederungszuschüsse, 2,6 Mio. Euro (0,5 Prozent) für Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen und 14,5 Mio. Euro (2,8 Prozent) für Mobilitätshilfen. Auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entfielen mit 12,3 Mio. Euro 2,4 Prozent aller eingesetzten Mittel. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich

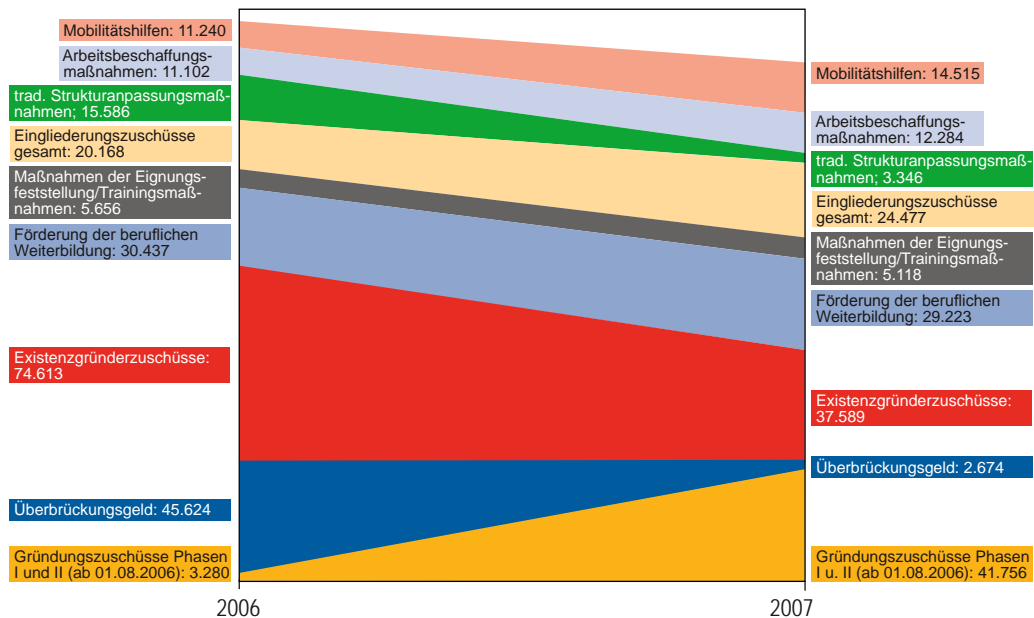
---

123 Im Jahr 2006 wurden für 79.754 Arbeitslose im Rechtskreis SGB III 593,1 Mio. Euro zur Finanzierung aktiver Arbeitsförderung ausgegeben. Das entspricht rund 7.437 Euro je Arbeitslosen. Im Jahr 2007 standen für 63.374 Arbeitslose Mittel in Höhe von 515,8 Mio. Euro zur Verfügung, 8.139 je Arbeitslosen.

der absolute Mitteleinsatz für Eingliederungszuschüsse, Mobilitätshilfen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (vgl. Grafik 16 und Tabelle A2 im Anhang).

Die Aufwendungen der Bundesagentur für Arbeit für passive Lohnersatzleistungen betrugen im Jahr 2007 ca. 679,2 Mio. Euro, darunter 663,6 Mio. Euro für Arbeitslosengeld. Hier musste die Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zum Vorjahr 259,4 Mio. Euro weniger aufwenden, das entspricht einem Rückgang um 28,1 Prozent.<sup>124</sup>

**Grafik 16**  
**Mitteleinsatz der Bundesagentur für Arbeit im Land Brandenburg im Rechtskreis SGB III (in Tausend Euro)**



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Abrechnungsergebnisse der Bundesagentur für Arbeit nach den Bezirken der Regionaldirektionen und nach Bundesländern, Stand: Dezember 2006 und Dezember 2007

### Mitteleinsatz im Rechtskreis SGB II

Im Rechtskreis SGB II wurden im Jahr 2007 in Brandenburg rund 1,25 Mrd. Euro eingesetzt, darunter 989,9 Mio. Euro für passive Leistungen und rund 186 Mio. Euro für Eingliederungsleistungen.<sup>125</sup> Im Vergleich zum Vorjahr wurden rund 6,3 Mio. Euro (3,3 Prozent) weniger für Eingliederungsleistungen ausgegeben. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der im Rechtskreis des SGB II registrierten Arbeitslosen um 7,2 Prozent zurück, so dass auch im Rechtskreis des SGB II rein rechnerisch die Ausgaben zur Eingliederung je Arbeitslosen stiegen. Der zur Verfügung stehende Eingliederungstitel mit einer Höhe von 203,8 Mio. Euro wurde, wie im Vorjahr, zu 91,2 Prozent in Anspruch genom-

<sup>124</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Abrechnungsergebnisse der BA nach den Bezirken der Regionaldirektionen und nach Bundesländern, Stand: Dezember 2007.

<sup>125</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Abrechnungsergebnisse der BA nach den Bezirken der Regionaldirektionen und nach Bundesländern, Stand: Dezember 2007. Alle Angaben ohne zKT.



**Tabelle 6**

**Ausgewählte SGB II-Leistungen zur Eingliederung in Arbeit  
im Land Brandenburg im Jahr 2007 (ohne zugelassene kommunale Träger);  
Mittleinsatz in Tausend Euro**

Brandenburg 2007	Zuteilung, dar. Planung einzelner Zweckbestimmungen	Ausgaben*)		
		absolut	in Prozent (von Spalte 1)	Anteil an Ausgaben (in Prozent von Spalte 2)
	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
Eingliederungstitel	203.840	185.981	91,2	
darunter				
Förderung der beruflichen Weiterbildung	19.327	18.411	95,3	9,9
Eignungsfeststel- lungs- und Trainingsmaßnahmen	7.509	6.834	91,0	3,7
Eingliederungs- zuschüsse	19.843	18.287	92,2	9,8
Arbeitsgelegenheiten	52.182	47.526	91,1	25,6
Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen	31.152	29.822	95,7	16,0
Einstiegsgeld	2.510	2.194	87,4	1,2
weitere Leistungen	21.418	19.111	89,2	10,3

\*) ohne sozialintegrative Leistungen, Bundesprogramm „30.000 Zusatzjobs für Ältere ab 58 Jahren“, Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“ und Deutscher Förderpreis Jugend in Arbeit

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bewirtschaftungsübersicht Eingliederungsleistungen, Stand 31.12.07; eigene Darstellung

men. Damit gelang es wiederum, die zur Förderung von arbeitslosen ALG II-Empfängern und -empfängerinnen bereitstehenden Mittel fast vollständig einzusetzen. Die Ausgabenstruktur des Eingliederungstitels veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr zum Teil deutlich. Der größte prozentuale Anteil der Eingliederungsmittel (25,6 Prozent) wurde nach wie vor für Arbeitsgelegenheiten aufgewendet (vgl. Tabelle 6). Das ist allerdings ein Rückgang um 5,3 Prozentpunkte. Auf die Förderung der beruflichen Weiterbildung entfielen 9,9 Prozent, auf Eingliederungszuschüsse 9,8 Prozent der eingesetzten Mittel. Bei beiden Instrumenten stiegen die prozentualen Anteile an den Gesamtausgaben, bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung um 1,7 Prozentpunkte und bei den Eingliederungszuschüssen um 1,9 Prozentpunkte. 16,0 Prozent aller Ausgaben wurden für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzt. Der Anteil ging hier um 5,1 Prozentpunkte zurück.<sup>126</sup>

<sup>126</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007, 2008): Bewirtschaftungsübersicht Eingliederungsleistungen, Stand 31.12.2006 und 31.12.2007.

### 3.2 Struktur und Entwicklung der aktiven Arbeitsförderung in Brandenburg

Im Jahresdurchschnitt 2007 nahmen im Land Brandenburg 79.938 Frauen und Männer an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung teil, die den Arbeitsmarkt entlasteten. Ohne diese Entlastungswirkung wäre die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg (ohne Berücksichtigung der bei den zugelassenen kommunalen Trägern registrierten Arbeitslosen) im Jahr 2007 um 52,0 Prozent höher ausgefallen. Insgesamt nahm der Teilnehmerbestand in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Brandenburg im Jahre 2007 um 12,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ab. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Arbeitslosen im Land Brandenburg um 13,1 Prozent – also in größerem Umfang – zurück. In Ostdeutschland verringerte sich die Zahl der Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Prozent, in Westdeutschland nahmen in diesem Zeitraum 1,4 Prozent mehr Frauen und Männer an Maßnahmen teil.<sup>127</sup>

Die einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung waren in unterschiedlichem Umfang vom insgesamt zu konstatierenden Rückgang der Teilnehmerzahl – bezogen auf den jahresdurchschnittlichen Bestand – betroffen. Während 3,6 Prozent weniger Frauen und Männer an Trainingsmaßnahmen und 11,2 Prozent weniger an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilnahmen als noch im Vorjahr, gingen die Bestandszahlen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 17,4 Prozent und bei Arbeitsgelegenheiten um 19,1 Prozent zurück. Steigende Teilnehmerzahlen verzeichneten Eingliederungszuschüsse (einschließlich EGZ für Jüngere nach § 421p SGB III) mit einem Zuwachs von 26,7 Prozent.

Von den insgesamt 79.938 im Jahresdurchschnitt 2007 an Maßnahmen teilnehmenden Frauen und Männern entfiel mit 24.743 der zahlenmäßig größte Teil auf die Förderung der Berufsausbildung. Mit beschäftigungsbegleitenden Leistungen wurden 21.647 Personen gefördert, an beschäftigungsschaffenden Maßnahmen nahmen 17.034 und an Qualifizierungsmaßnahmen 7.225 Brandenburgerinnen und Brandenburger teil.<sup>128</sup>

Ebenso wie bei der Analyse der Arbeitslosigkeit vermitteln Bestandszahlen im Jahresdurchschnitt nur ein eingeschränktes Bild der Dynamik der Beteiligung von Brandenburgerinnen und Brandenburgern an arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. In diesem Zusammenhang muss hervorgehoben werden, dass kurzfristige Trainingsmaßnahmen bezogen auf die Zugänge/Eintritte das am meisten genutzte arbeitsmarktpolitische Instrument sind. Im Jahr 2007 wurden allein für diese Maßnahme 47.561 Zugänge registriert. Gegenüber 2006 ist das eine Steigerung um 5,0 Prozent. 2007 wurden weiterhin 11.762 Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung bewilligt. Das ist gleichbedeutend mit einer sehr zu begrüßenden Ausweitung der Eintritte in dieses Instrument um 42,9 Prozent.<sup>129</sup>

---

127 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Förderstatistik. Einsatz ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente, Jahreszahlen 2007, ohne Förderinformationen der zKT, Stand: Juli 2008.

128 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Förderstatistik. Einsatz ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente, Jahreszahlen 2007, ohne Förderinformationen der zKT, Stand: Juli 2008; eigene Berechnungen.

129 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Förderstatistik. Einsatz ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente, Jahreszahlen 2007, ohne Förderinformationen der zKT, Stand: Juli 2008.

### **Aktive Arbeitsförderung nach Rechtskreisen**

Nach Rechtskreisen unterteilt werden zum Teil erhebliche Unterschiede in der Struktur der Arbeitsförderung deutlich (vgl. Tabelle A3 im Anhang). Im Rechtskreis SGB III war im Jahr 2007 die Förderung der beruflichen Selbständigkeit erneut einer der Schwerpunkte, im Rechtskreis SGB II gab es trotz eines deutlichen Rückgangs um 19,1 Prozent auch 2007 ein Übergewicht der Arbeitsgelegenheiten mit 43,4 Prozent aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Jahresdurchschnitt waren 13.643 Brandenburgerinnen und Brandenburger in einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt. Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung stieg gegenüber dem Vorjahr um 38,0 Prozent. Der Anteil dieser Maßnahme stieg auf 5,4 Prozent. In beiden Rechtskreisen konnte ein Zuwachs der geförderten Personen hinsichtlich des Eingliederungszuschusses realisiert werden. Im Rechtskreis SGB III wurden im Jahresdurchschnitt 25,9 Prozent mehr Personen gefördert, im Rechtskreis SGB II 27,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Positiv ist ebenfalls die Ausweitung der Berufsausbildung Benachteiligter im Rechtskreis SGB II. Hier stieg der Teilnehmerebestand um 56,5 Prozent. Hingegen ging die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 25,4 Prozent zurück.<sup>130</sup>

### **Beteiligung von Frauen an arbeitsmarktpolitischen Instrumenten**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird in den §§ 1 der Gesetze SGB II und SGB III als Querschnittsaufgabe definiert. So sind Leistungen der Grundsicherung ausdrücklich darauf auszurichten, dass „geschlechtsspezifischen Nachteilen von Hilfebedürftigen entgegengewirkt wird“ (§ 1 Absatz 1 (3) SGB II). „Zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen ist durch die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung auf die Beseitigung bestehender Nachteile sowie auf die Überwindung des geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes hinzuwirken“ (§ 8 Absatz 1 SGB III). Zugleich ist hier gesetzlich verankert, Frauen „mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit“ zu fördern (§ 8 Absatz 2 SGB III). Der Anteil von Frauen an allen Arbeitslosen betrug im Jahr 2006 47,4 Prozent und stieg im Jahr 2007 auf 48,9 Prozent. Die Partizipation von Frauen an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung fiel je nach Instrument unterschiedlich aus und lag zum Teil unter ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 7). Das trifft insbesondere auf einen Frauenanteil von 39 Prozent an allen Eingliederungszuschüssen zu. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren 46 Prozent aller Teilnehmenden Frauen, in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (FbW) waren Frauen mit 48 Prozent vertreten. Über dem prozentualen Anteil von Frauen an der Gesamtarbeitslosigkeit lag der Frauenanteil beim Gründungszuschuss (49 Prozent) und bei Trainingsmaßnahmen (51 Prozent). Positiv hervorzuheben ist der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Frauenanteil an den Gründungszuschüssen. Im Jahr 2006 lag dieser noch bei 38 Prozent und stieg im Jahr 2007 auf 49 Prozent.<sup>131</sup>

<sup>130</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Förderstatistik. Einsatz ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente, Jahreszahlen, ohne Förderinformationen der zKT, Stand: Juli 2008; eigene Berechnungen.

<sup>131</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Zeitreihen, Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente für Frauen in der Region Berlin-Brandenburg, Heft 1007.1 / 07 / 12.

**Tabelle 7**  
**Teilnahme von Frauen an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2006 und 2007 im Land Brandenburg**

Instrumente	Teilnehmerbestand im Jahresdurchschnitt		Veränderung 2006/2007 in Prozent	Anteil der Frauen an allen Teilnehmenden	
	2006	2007		2005	2007
				in Prozent	
<b>Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt</b>					
berufliche Weiterbildung	2.479	2.174	-13,4	49	48
Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen	1.243	1.235	-0,6	50	51
<b>Beschäftigungsbegleitende Maßnahmen</b>					
Eingliederungszuschüsse	1.655	2.206	33,3	37	39
Einstellungszuschüsse bei Neugründung	206	207	0,5	39	49
Einstellungszuschüsse bei Vertretung	28	20	-28,6	53	54
Überbrückungsgeld für Selbständige	672	51	-92,4	31	41
Existenzgründerzuschuss (ICH-AG)	6.581	4.093	-37,8	42	43
Gründungszuschuß (ab 01.08.2006)	265	1.726	551,3	38	49
<b>Beschäftigungsschaffende Maßnahmen</b>					
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1.659	1.395	-15,9	45	46
trad. Struktur Anpassungsmaßnahmen	339	106	-68,7	19	42
nachrichtlich					
arbeitslose Frauen	107.197	97.601			
Anteil arbeitsloser Frauen an allen Arbeitslosen	47,4	48,9			

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Zeitreihen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente für Frauen in der Region Berlin-Brandenburg (Heft 1007.1) Stand: März 2007

Diese allgemeine und ausschließlich auf Anteilen von Frauen an allen Maßnahmeteilnehmenden beruhende Betrachtung der Beteiligung von Frauen an arbeitspolitischen Instrumenten wird der unterschiedlichen Betroffenheit von Frauen und Männern durch Arbeitslosigkeit nicht vollständig gerecht, weil die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern nicht einbezogen wird. Um dem gesetzlichen Auftrag einer Förderung nach relativer Betroffenheit durch die Agenturen für Arbeit umfassend zu entsprechen, muss die rechtskreisspezifische Arbeitslosenquote von Frauen und Männern in der Berechnung berücksichtigt werden. Als Ergebnis dieser Berücksichtigung der Erwerbsbeteiligung werden die gesetzlichen Vorgaben der Frauenförderung entsprechend der relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit trotz aller Fortschritte noch nicht erfüllt.<sup>132</sup>

<sup>132</sup> Detaillierte Informationen zur Berechnungsformel des gesetzlich geforderten Förderanteils von Frauen und Männern entsprechend ihres Anteils an allen Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit siehe: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2007): Glossar für die Daten zur Eingliederungsbilanz 2006 nach § 11 SGB III, Stand November 2007.

### **Förderanteil von arbeitslosen Frauen im SGB III**

Detaillierte Statistiken zur Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, besonders förderungsbedürftigen Personengruppen und einzelnen Altersgruppen liegen für das Jahr 2007 noch nicht vor. Die folgenden Analysen beziehen sich aus diesem Grund auf die Eingliederungsbilanz des Jahres 2006.

In Brandenburg sind Frauen im Verhältnis der absoluten Zahl der Arbeitslosen zur Beteiligung an den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten schlechter gestellt als Männer. Im Jahr 2006 standen 41.093 arbeitslosen Frauen (Bestand) 15.003 geförderte Arbeitnehmerinnen gegenüber, das entspricht 36,5 Prozent. Das Verhältnis arbeitsloser Männer (38.663) zu geförderten Arbeitnehmern (23.169) ist im gleichen Zeitraum wesentlich günstiger. Rein rechnerisch wurden 59,9 Prozent der arbeitslosen Männer gefördert. Dieses Missverhältnis dürfte u. a. auf den hohen Anteil von Frauen an den Arbeitslosen ohne Leistungsbezug zurückzuführen sein.

Darüber hinaus zeigt die Eingliederungsbilanz für den Rechtskreis SGB III, dass der Anteil besonders förderungsbedürftiger Personengruppen an allen arbeitslosen Frauen zum Teil deutlich über dem entsprechenden Anteil geförderter Frauen dieser Zielgruppen an der Gesamtzahl der Förderungen liegt. So zählten im Jahr 2006 im durchschnittlichen Bestand 16.145 Frauen zur Personengruppe der Langzeitarbeitslosen. Dem standen im Jahresdurchschnitt 2.745 geförderte langzeitarbeitslose Frauen gegenüber. Das heißt, nur 17,0 Prozent der langzeitarbeitslosen Frauen im Bestand nahmen an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teil. Ähnlich ungünstig ist das Verhältnis in der besonders förderungsbedürftigen Personengruppe der Älteren (50 Jahre und älter). Hier standen 16.534 älteren arbeitslosen Frauen im Bestand lediglich 2.465 Förderfälle gegenüber, der Förderanteil lag bei 14,9 Prozent. Die Wahrscheinlichkeit der Förderung von Berufsrückkehrerinnen ist andererseits höher. 2.750 Frauen zählten im Jahr 2006 zu dieser Personengruppe, die Beteiligung an Maßnahmen lag bei 1.094 Fällen. Der Anteil geförderter Berufsrückkehrerinnen betrug 39,8 Prozent.<sup>133</sup>

### **Förderanteil von arbeitslosen Frauen im SGB II**

Im Rechtskreis SGB II wurden Frauen im Land Brandenburg im Jahr 2006 entsprechend der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung der rechtskreisspezifischen Arbeitslosenquote gefördert.<sup>134</sup>

Im Vergleich der Förderung in Bezug auf die jeweilige geschlechterspezifische absolute Zahl der Arbeitslosen zeigt sich in Brandenburg mit einem Anteil von 34,5 Prozent im Rechtskreis SGB II eine höhere Teilnahme der arbeitslosen Frauen (Männer 33,9 Prozent) an den Fördermaßnahmen. In absoluten Bestandszahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass einer Gesamtzahl von 43.174 arbeitslosen Frauen 14.892 Förderfälle gegenüberstanden (Förderanteil 34,5 Prozent). Den insgesamt 54.001 arbeitslosen Männern im Rechtskreis des SGB II standen 18.322 geförderte Männer gegenüber, 33,9 Prozent

---

Der gesetzlich festgelegte Förderanteil von Frauen wird von der Bundesagentur für Arbeit als internes Steuerungs- und Controllinginstrument eingesetzt.

133 Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg.

134 Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 54 SGB II, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg. Ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

der arbeitslosen Männer wurden gefördert. Im Rechtskreis SGB II ist der Frauenförderanteil höher als der Anteil geförderter Männer. Im Gegensatz dazu war im Rechtskreis SGB III der Männerförderanteil fast doppelt so hoch wie der entsprechende Frauenanteil. Der Anteil besonders förderungsbedürftiger Personengruppen an allen arbeitslosen Frauen lag in Brandenburg hingegen auch im Rechtskreis des SGB II – zumindest hinsichtlich des Merkmals Langzeitarbeitslosigkeit – deutlich über dem entsprechenden Anteil geförderter Frauen dieser Zielgruppen an der Gesamtzahl der Förderungen. So gehörten fast 50 Prozent aller arbeitslosen Frauen zur Personengruppe der Langzeitarbeitslosen, der Anteil geförderter langzeitarbeitsloser Frauen an allen Förderungen lag hingegen bei rund 33 Prozent. Bei Älteren und Berufsrückkehrerinnen liegt der Anteil Geförderter nur geringfügig unter dem entsprechenden Anteil an allen arbeitslosen Frauen.<sup>135</sup>

### **Förderung der Berufsausbildung**

Die Brandenburger Agenturen für Arbeit, die ARGEn und zugelassenen kommunalen Träger haben mit erheblichem Mittelaufwand zur Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation für bestimmte Zielgruppen beigetragen.

In eine Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) nach § 240 ff SGB III für benachteiligte Jugendliche traten im Verlauf des Jahres 2007 in der Summe 3.383 Teilnehmer und Teilnehmerinnen ein. Im Vergleich zum Vorjahr (2.574) sind das 809 oder 31,4 Prozent mehr Jugendliche. Im Jahr 2007 wurden von den Brandenburger Agenturen für Arbeit und ARGEn insgesamt 73,4 Mio. Euro (dar. 1,96 Mio. Euro im Rahmen des Sonderprogramms für Jugendliche) für die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen ausgezahlt.

Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung für behinderte Jugendliche wurden von Januar bis Dezember 2007 durch die Arbeitsagenturen 700 Maßnahmeeintritte in Berufsbildungswerken gefördert. Das entspricht einem Rückgang von 48 Maßnahmeeintritten im Vergleich zum Vorjahr (2006: 748 Maßnahmeeintritte). Es wurden 2007 insgesamt 85,7 Mio. Euro Teilnahmekosten an die Träger und Einrichtungen überwiesen; darunter waren 32,6 Mio. Euro ausschließlich für Teilnahmekosten in Berufsbildungswerken.

In berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen waren Ende Dezember 2007 im Bestand 4.474 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verzeichnen, dies waren 447 oder 9,1 Prozent (Ende Dezember 2006: 4.921) weniger als im Dezember des Vorjahres. Für die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen wurden 2007 von den Arbeitsagenturen in Brandenburg 15,8 Mio. Euro eingesetzt

Seit dem 1. Oktober 2007 werden Einstiegsqualifizierungen (EQ) durch die Agenturen für Arbeit und Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende als gesetzliche Regelleistung (Ermessensleistung) gefördert (nach § 235b SGB III). Von Oktober bis Dezember 2007 begannen 549 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einer Einstiegsqualifizierung. Hierfür wurden von den Brandenburger Arbeitsagenturen aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) 2,8 Mio. Euro eingesetzt.<sup>136</sup>

<sup>135</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 54 SGB II, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg; eigene Berechnungen. Ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

<sup>136</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2008): Förderstatistik, Eckwerte zur Förderung der Berufsausbildung, Monats- und Jahreszahlen, Berichtszeitraum: 2006/2007; Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (2008): Sonderauswertung zum Mitteleinsatz. Alle Angaben ohne Daten der zKT.



### 3.3 Verbleib nach der Förderung – Ergebnisse der Eingliederungsbilanz

#### SGB III

Die Eingliederungsquote ist ein wichtiger Indikator für die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Sie gibt den Anteil der Absolventen und Absolventinnen von Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung an, die 6 Monate nach Maßnahmeende sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (einschließlich geförderte Beschäftigung). Die Gesamteingliederungsquote für alle Instrumente liegt für recherchierte Austritte geförderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zeitraum Juli 2005 bis Juni 2006 vor. Danach waren von allen Teilnehmenden, die in diesem Zeitraum eine Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung beendet hatten (ohne Maßnahmen, die selbständige und damit nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zum Ziel haben, also Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschüsse), 53,9 Prozent nach einem halben Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Der Vorjahreswert fiel mit 35,8 Prozent noch um 18,1 Prozentpunkte niedriger aus. In Ostdeutschland war die Eingliederungsquote mit 51,1 Prozent (Vorjahr 35,8 Prozent) niedriger als in Brandenburg, aber gleichzeitig höher als in Westdeutschland mit 50,3 Prozent (Vorjahr 37,9 Prozent). Damit sind die Eingliederungsquoten in der gesamten Bundesrepublik insgesamt höher ausgefallen, wobei der Anstieg im Land Brandenburg größer war als in Ost- und Westdeutschland.<sup>137</sup>

Auch bei den Eingliederungsquoten einzelner Instrumentengruppen (vgl. Tabelle 8) fallen im Vergleich die Werte für Brandenburg und Ostdeutschland zum Teil besser aus als die für Westdeutschland. So liegt zum Beispiel die Eingliederungsquote in der Zielrubrik „Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern“ in Brandenburg bei 53,1 Prozent, in Ostdeutschland bei 50,9 Prozent und in Westdeutschland bei 47,1 Prozent. Umgekehrt ist es bei Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung. Hier liegt die Eingliederungsquote in Westdeutschland mit 65,6 Prozent deutlich über den Quoten in Brandenburg (40,7 Prozent) und Ostdeutschland (36,2 Prozent).

Die Gesamteingliederungsquote für Frauen beträgt in Brandenburg 52,6 Prozent, in Ostdeutschland 49,0 Prozent und in Westdeutschland 45,5 Prozent und liegt damit überall unter der Eingliederungsquote der Männer. In Brandenburg beträgt der Abstand zwischen den Eingliederungsquoten der Frauen und denen der Männer 2,2 Prozentpunkte, in Ostdeutschland 3,5 Prozentpunkte und in Westdeutschland 8,5 Prozentpunkte.<sup>138</sup> Insgesamt (für Frauen und Männer) überdurchschnittlich hoch waren in Brandenburg im Jahr 2006 die Eingliederungsquoten der beruflichen Weiterbildung (55,0 Prozent), der ausbildungsbegleitenden Hilfen (67,9 Prozent) und der Eingliederungszuschüsse (80,1 Prozent).

Die Gesamteingliederungsquoten besonders förderungsbedürftiger Personengruppen lagen in Brandenburg im Jahr 2006 unter der o. g. Gesamteingliederungsquote von 53,9 Prozent. Die Eingliederungsquote langzeitarbeitsloser Frauen und Männer lag bei

---

137 Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland; Bundesagentur für Arbeit (2006): Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III, Berichtsjahr 2005, Region: Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland.

138 Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland.



**Tabelle 8**

**Eingliederungsquoten nach Austritt aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Förderung nach Rechtskreis SGB III, untersucht 6 Monate nach Austritt im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**

	Brandenburg	Bundes- gebiet Ost	Bundes- gebiet West	Brandenburg	Bundes- gebiet Ost	Bundes- gebiet West
	insgesamt			darunter: Frauen		
	in Prozent			in Prozent		
A. Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	53,1	50,9	47,1	49,7	46,9	42,3
B. Beschäftigungs- begleitende Leistungen	43,4	44,0	36,3	48,7	49,9	40,4
C. Beschäftigungs- schaffende Maßnahmen	31,5	26,9	39,9	28,0	25,3	41,7
D. Förderung der Berufsausbildung	40,7	36,2	65,6	41,0	35,4	62,8
E. Freie Förderung - § 10 SGB III	48,4	46,3	36,8	46,5	45,2	34,0
<b>Summe</b>	<b>47,4</b>	<b>45,8</b>	<b>44,8</b>	<b>47,6</b>	<b>45,4</b>	<b>42,5</b>
Summe ohne Überbrückungs- geld, Existenzgrün- dungszuschüsse und Gründungs- zuschüsse	53,9	51,1	50,3	52,6	49,0	45,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III ,  
Tabelle 8 b-Eingliederungsquote im Zeitverlauf; Berichtsjahr: 2006

46,1 Prozent, die der Schwerbehinderten bei 45,5 Prozent und die der Älteren (50 Jahre und älter) sowie der Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer bei jeweils 45,4 Prozent.<sup>139</sup>

Am aktuellen Rand (Stand Juni 2008) liegen einzelne Eingliederungsquoten von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zeitraum November 2006 bis Dezember 2007 vor. Die Eingliederungsquote der Instrumentengruppe „Chancen auf 1. Arbeitsmarkt verbessern“ lag in Brandenburg für recherchierte Austritte im eben genannten Zeitraum bei insgesamt 57,7 Prozent. Das ist der höchste Wert aller Bundesländer und gleichbedeutend mit einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,0 Prozentpunkte. Die Eingliederungsquote für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung liegt

<sup>139</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 11 SGB III, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg.

mit Stand Juni 2008 bei 62,9 Prozent. Auch hier ist die Quote in Brandenburg eine der höchsten im Vergleich aller Bundesländer. In der Instrumentengruppe „Beschäftigungsbegleitende Maßnahmen“ liegt die Gesamteingliederungsquote bei 48,6 Prozent. Der bundesweite Gesamtdurchschnitt beträgt 50,3 Prozent. Bei „Beschäftigungschaffenden Maßnahmen“ ist die Eingliederungsquote in Brandenburg mit 41,9 Prozent die höchste aller ostdeutschen Flächenländer und liegt über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 41,0 Prozent. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weisen in Brandenburg eine Quote von 37,2 Prozent auf. Auch dies ist wieder die höchste Quote aller ostdeutschen Flächenländer.<sup>140</sup>

## **SGB II**

Gemäß § 6b Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 54 SGB II sind die Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger bzw. bei getrennter Aufgabenwahrnehmung die Agenturen für Arbeit für die Erstellung von Eingliederungsbilanzen zuständig. Für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit werden hierfür sowohl die in den Geschäftsprozessen anfallenden Daten, als auch die nach § 51 b SGB II von den zugelassenen kommunalen Trägern übermittelten Daten aufbereitet. Die SGB II -Eingliederungsbilanz bildet bisher jedoch nur die Arbeitsmarktdaten sowie Daten zum Einsatz der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik ohne Daten für die zugelassenen kommunalen Träger ab. Zum aktuellen Berichtszeitpunkt kann auf die SGB II -Eingliederungsbilanz für das Jahr 2006 zurückgegriffen werden.

Nach den Eingliederungsbilanzen der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2006 ergibt sich für das Land Brandenburg eine Eingliederungsquote von insgesamt 23,6 Prozent (ohne Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit), für Ostdeutschland und für Westdeutschland eine Quote von 22,0 Prozent bzw. 24,0 Prozent. Im Vergleich der Eingliederungsquoten einzelner Instrumentengruppen fallen – wie schon im SGB III – die Werte für Brandenburg und Ostdeutschland zum Teil besser aus als die für Westdeutschland. Bei beschäftigungsbegleitenden Leistungen kam Brandenburg auf eine Eingliederungsquote von 63,3 Prozent, in Ostdeutschland wurde eine Quote von 60,0 Prozent und in Westdeutschland eine Quote von 57,4 Prozent realisiert. Allerdings ist auch im Rechtskreis SGB II die Eingliederungsquote bei der Förderung der Berufsausbildung in Westdeutschland mit 29,8 Prozent höher als in Brandenburg (23,2 Prozent) und in Ostdeutschland (21,2 Prozent). Die Unterschiede der Werte der Eingliederungsquoten fallen im Vergleich von Brandenburg, Ostdeutschland und Westdeutschland im Rechtskreis SGB II geringer aus als im Rechtskreis SGB III (vgl. Tabelle 9). Und wie schon für den Rechtskreis SGB III muss für den Rechtskreis SGB II konstatiert werden, dass die Eingliederungsquote von Frauen sowohl in Brandenburg als auch in Ost- und Westdeutschland niedriger ist als die der Männer.<sup>141</sup>

Unterteilt nach einzelnen Maßnahmen wirkten sich im Land Brandenburg die beschäftigungsbegleitenden Leistungen, wie Eingliederungszuschüsse nach § 218 Absatz 1

---

140 Bundesagentur für Arbeit (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen, Förderstatistik, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach Austritt von Teilnehmern/Teilnehmerinnen an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, Ausgabe: Juni 2008.

141 Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 54 SGB II, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg, Ostdeutschland, Westdeutschland. Ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

SGB III mit einer Eingliederungsquote von 72,2 Prozent besonders positiv aus. Darüber hinaus erhöht vor allem die Förderung beruflicher Weiterbildungen (Eingliederungsquote 39,7 Prozent), auch beispielsweise bei Langzeitarbeitslosen (37,5 Prozent), die Chancen auf eine Integration in Erwerbstätigkeit.<sup>142</sup>

**Tabelle 9**  
**Eingliederungsquoten nach Austritt aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Förderung nach Rechtskreis SGB II, untersucht 6 Monate nach Austritt im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West**

	Brandenburg	Bundes- gebiet Ost	Bundes- gebiet West	Brandenburg	Bundes- gebiet Ost	Bundes- gebiet West
	insgesamt			darunter: Frauen		
	in Prozent			in Prozent		
A. Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	28,0	24,5	24,4	25,0	22,3	20,5
B. Beschäftigungsbegleitende Leistungen	63,3	60,0	57,4	66,7	65,4	59,6
C. Beschäftigungsschaffende Maßnahmen	16,5	15,5	18,0	15,2	14,7	17,2
D. Förderung der Berufsausbildung	23,2	21,2	29,8	21,3	21,5	30,3
E. Freie Förderung - § 10 SGB III	29,4	26,1	23,5	26,6	23,0	19,8
<b>Summe</b>	<b>23,5</b>	<b>21,9</b>	<b>23,9</b>	<b>21,4</b>	<b>20,4</b>	<b>21,0</b>
Summe ohne Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschüsse und Gründungszuschüsse	23,6	22,0	24,0	21,4	20,5	21,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Eingliederungsbilanz nach § 54 SGB II, Tabelle 6a-Eingliederungsquote; Berichtsjahr: 2006; Daten ohne zkt

### 3.4 Typisierung der Agenturbezirke und Grundsicherungsträger

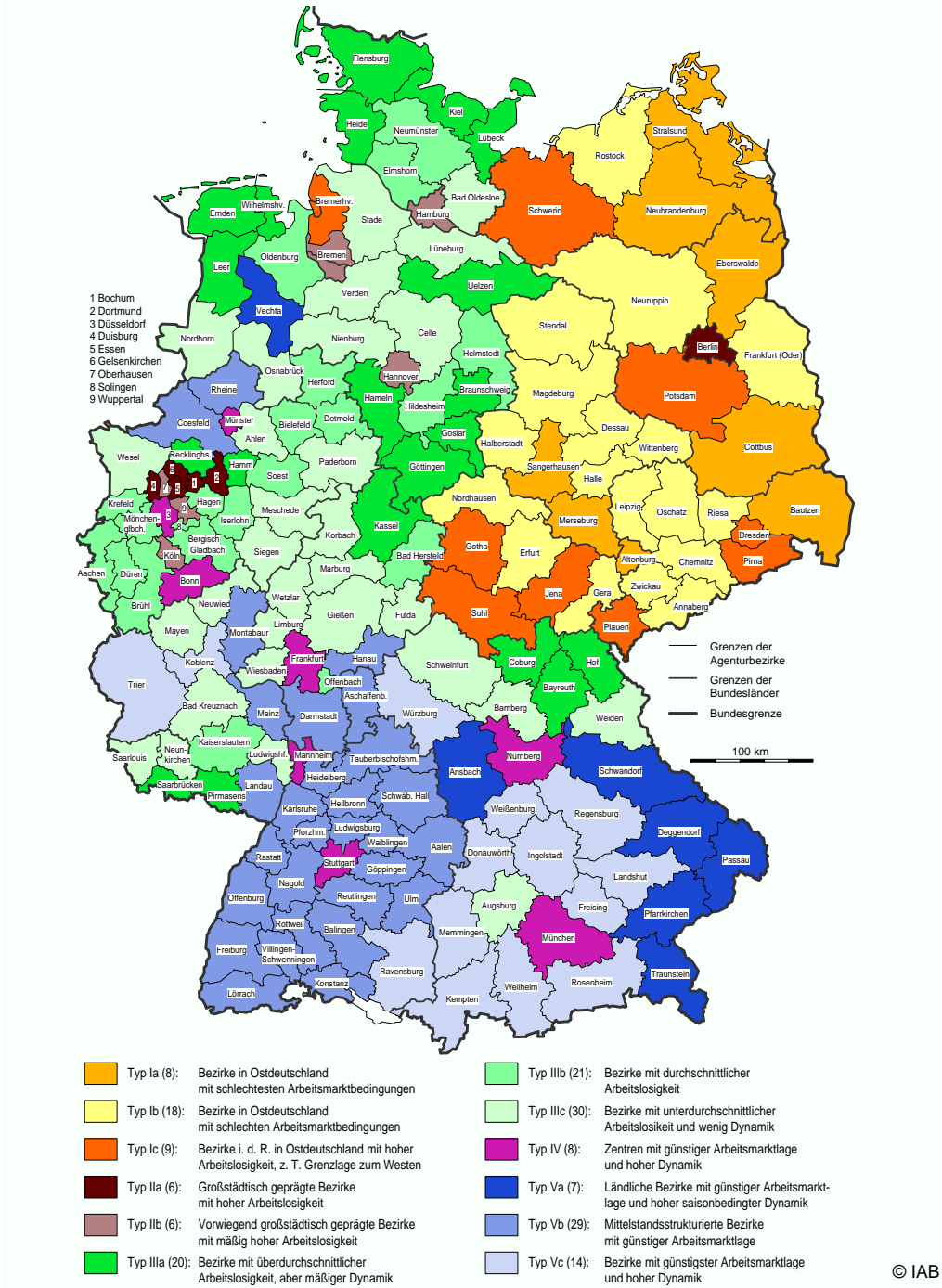
In der Bundesrepublik Deutschland und im Land Brandenburg (siehe Kapitel 2.6) bestehen große regionale Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt. Diese haben unmittelbaren Einfluss auf den regionalen Erfolg von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Um diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen bei Leistungsvergleichen zwischen einzelnen

<sup>142</sup> Bundesagentur für Arbeit (2007): Eingliederungsbilanz nach § 54 SGB II, Berichtsjahr 2006, Region: Brandenburg. Ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger.

## Grafik 17

### Vergleichstypen der Arbeitsagenturen 2005 (SGB III-Typisierung)

Typisierung der Agenturbezirke nach der Unterbeschäftigungsquote, der Bevölkerungsdichte, der Saisonspanne, der Einstellungsquote, der Quote der Sozialhilfeempfänger, dem Tertiärisierungsgrad und der Quote der offenen Stellen



Agenturbezirken und Grundsicherungsstellen berücksichtigen zu können, wurde durch die Bundesagentur für Arbeit anhand unterschiedlicher Merkmale der Arbeitsmarktsituation eine Typisierung der Regionen eingeführt.

### **SGB III-Typisierung im Land Brandenburg**

Bereits im Jahr 2003 hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Agenturbezirke in 12 Vergleichs- und 5 Strategietypen eingeteilt (vgl. Tabelle A4 im Anhang). Zur Typisierung werden u. a. die Unterbeschäftigungsquote, die Bevölkerungsdichte, die Einstellungsquote, der Tertiarisierungsgrad und die Quote der offenen Stellen herangezogen.<sup>143</sup>

Im Land Brandenburg sind die Agenturbezirke drei verschiedenen Typen zugeordnet. Der Agenturbezirk Potsdam gehört zum Typ I c. Dieser Typ ist durch eine hohe Unterbeschäftigung und mäßige Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Die Agenturbezirke Neuruppin und Frankfurt (Oder) wurden dem Vergleichstyp I b zugeordnet. Charakteristisch für diesen Typ sind eine sehr hohe Unterbeschäftigung und geringe Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Agenturbezirke Cottbus und Eberswalde gehören zum Typ I a. Wesentliche Merkmale dieses Vergleichstyps sind höchste Unterbeschäftigung, geringste Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt und eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte.<sup>144</sup>

Grafik 17 zeigt die Zuordnung aller Agenturbezirke in der Bundesrepublik Deutschland und verdeutlicht, dass Ostdeutschland noch immer durch ein dominierendes Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet ist. Gleichzeitig ist ersichtlich, dass auch in Westdeutschland eine Vielzahl von Agenturbezirken von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit betroffen ist. Letztendlich zeigt die Gesamtübersicht ein deutliches Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation.

Eine grundlegende Überprüfung und Überarbeitung der Typisierung ist aufgrund der anhaltend positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes – mit wiederum deutlichen regionalen Unterschieden – und der Weiterentwicklung des geschäftspolitischen Zielsystems der Bundesagentur für Arbeit notwendig. Diese Überarbeitung der Typisierung erfolgt im Jahr 2008. Die neue SGB III-Typisierung soll ab 1. Januar 2009 die seit 2005 geltende Typisierung ersetzen.

### **SGB II-Typisierung im Land Brandenburg**

Um aussagekräftigere Ergebnisse beim Vergleich der Grundsicherungsstellen zu erhalten, wird neben der Unterscheidung nach der Form der Aufgabenwahrnehmung in Arbeitsgemeinschaften (ARGE) oder durch zugelassene kommunale Träger (zKT) auch nach unterschiedlichen Arbeitsmarkttypen (wie nachfolgend beschrieben) unterschieden.

Da die einzelnen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit sehr unterschiedlichen regionsspezifischen Ausgangsbedingungen am Arbeitsmarkt konfrontiert sind, ist für einen angemessenen Vergleich der SGB II-Träger immer die objektive Arbeitsmarkt-

---

143 IAB (2005): Regionale Arbeitsmärkte. Welche Arbeitsagenturen sind vergleichbar?, IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr. 18/2005.

144 IAB (2005): Regionale Arbeitsmärkte. Welche Arbeitsagenturen sind vergleichbar?, IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr. 18/2005.

situation mit zu berücksichtigen. Ist die Arbeitslosigkeit relativ hoch, wird es einem Träger schwerer fallen, seine erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Beschäftigung zu integrieren. Bei einem prosperierenden Arbeitsmarkt wird sich der Träger entsprechend besser darstellen. Um einen angemessenen Vergleich zwischen den SGB II-Trägern herzustellen, bei dem die objektive Arbeitsmarktsituation Berücksichtigung findet, hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) bereits Ende 2005 ein Instrumentarium für den SGB II-Bereich eingeführt, das eine Vergleichsmöglichkeit der Ergebnisse von SGB II-Trägern im Sinne eines Benchmarking schafft. Dabei wurden jeweils Träger mit ähnlichen Arbeitsmarktbedingungen zu SGB II-Typen zusammengefasst (Erläuterungen zu den einzelnen Typen siehe Tabelle A5 im Anhang).<sup>145</sup> Ziel der Typisierung ist die Unterstützung von Steuerung und Controlling im SGB II-Bereich, wobei durch die Verdichtung der Vielfalt der Arbeitsmarktlagen auf überschaubare Typen ein Überblick verschafft werden soll. Die Typeneinteilung ermöglicht – auch wenn innerhalb der SGB II-Typen noch Unterschiede in den Rahmenbedingungen verbleiben – einen Vergleich zwischen den Mitgliedern des jeweiligen SGB II-Typs bzw. eine Analyse auftretender Abweichungen innerhalb eines SGB II-Typs.

Die Grundsicherungsträger im Land Brandenburg wurden fünf unterschiedlichen SGB II-Typen zugeordnet. Die ARGE Potsdam mit einer durchschnittlichen Arbeitsmarktlage und einem hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen gehört zum Typ 5. Charakteristisch für den Typ 4 sind eine schlechte Arbeitsmarktlage und ein sehr hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen. Die ARGE Frankfurt (Oder) und Cottbus zählen zu diesem Vergleichstyp. Grafik 18 zeigt, dass insbesondere die Grundsicherungsträger in den äußersten Randregionen des Landes Brandenburg in einer sehr schlechten Arbeitsmarktumgebung agieren müssen und deshalb zum Typ 12 gehören.

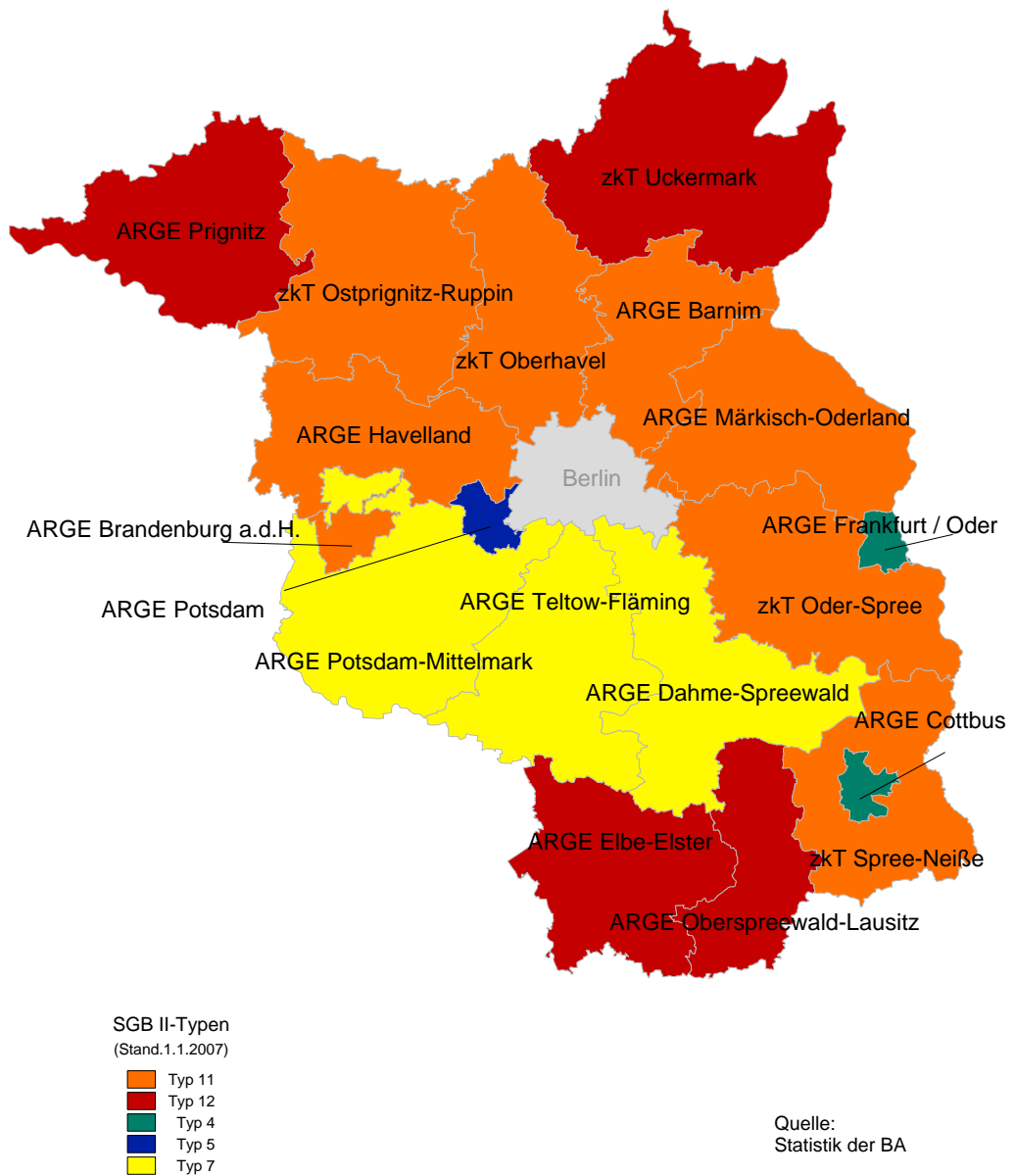
Ein sehr anschauliches Beispiel für den Vergleich von Grundsicherungsträgern und somit die praktische Anwendung der SGB II-Vergleichstypen ist die Beantwortung der Frage, wie es den einzelnen Grundsicherungsträgern gelingt, Arbeitslosengeld II-Bezieher in eine Beschäftigung zu bringen. Dazu wurden die insgesamt 12 Vergleichstypen in drei Obergruppen mit überdurchschnittlichen (in Brandenburg nicht vertreten), durchschnittlichen (ARGE Potsdam) und unterdurchschnittlichen Arbeitsmarktbedingungen (alle anderen Grundsicherungsträger in Brandenburg) zusammengefasst. Im Bundesdurchschnitt lag die Übergangsrate von arbeitslosen Leistungsempfängern/-empfängerinnen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im ersten Halbjahr 2007 bei 4,0 Prozent. Die Spanne reicht dabei von 8,6 Prozent im Landkreis Unterallgäu bis 2,4 Prozent in Uecker-Randow.

In der Obergruppe der Landkreise und kreisfreien Städte mit schlechter Arbeitsmarktlage zählen die Grundsicherungsträger der Landkreise Dahme-Spreewald und Märkisch-Oderland mit einer Übergangsrate von 5,0 Prozent zu den zehn erfolgreichsten in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Mit diesem Ergebnis liegen sie – trotz der schlechten Arbeitsmarktsituation – über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.<sup>146</sup> Das zeigt, dass auch in Regionen mit schlechter Ausgangslage durchaus gute Ergebnisse erzielt werden können.

145 Einzelheiten zur Methodik und den SGB II-Regionaltypen siehe: Rüb, F., D. Werner (2007): Typisierung von SGB II-Trägern, IAB-Forschungsbericht 1/2007.

146 Bundesagentur für Arbeit (2008): Grundsicherung in Deutschland, Übergänge aus der Grundsicherung in Beschäftigung.

**Grafik 18**  
**SGB II-Typisierung im Land Brandenburg**





Im Jahr 2007 hat das Land Brandenburg, einhergehend mit der Formulierung des politischen Strategieansatzes der Arbeitspolitik, sein bisheriges Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ durch das neue Arbeitspolitische Programm Brandenburgs ersetzt. Unter dem Titel „In Menschen investieren – Regionen stärken“ verfolgt Brandenburg das Ziel, den aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Mit dem Konzept der Arbeitspolitik werden die neuen Risiken am Arbeitsmarkt in den Blick genommen und Strategien favorisiert, die den Akteuren (Individuen, Betrieben, Regionen) mehr Handlungs- bzw. Gestaltungsspielräume ermöglichen. Arbeitspolitik meint die Gesamtheit aller Maßnahmen und Aktivitäten seitens des Landes, die dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu verbessern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu sichern und die Beschäftigungschancen von Arbeitssuchenden zu erhöhen.

Mit dem Arbeitspolitischen Programm, das im Folgenden näher vorgestellt wird (vgl. Kapitel 4.3), werden klar formulierte Gestaltungsziele in ein programmatisches Gewand gebracht. Daran anschließend wird über die Umsetzung des Programms im Jahr 2007 berichtet, es wird ausführlich über das Fördergeschehen in materieller und finanzieller Hinsicht Auskunft gegeben (vgl. Kapitel 4.4). Zunächst werden jedoch die Leitlinien des Landes zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Brandenburg sowie die entsprechenden thematischen Schwerpunkte der Brandenburger Arbeitspolitik und das hierbei Erreichte in 2007/2008 skizziert (vgl. Kapitel 4.1 und 4.2).

## 4.1 Leitlinien der Brandenburger Arbeitspolitik

In seiner Landesverfassung hat Brandenburg im Artikel 48 das Recht auf Arbeit als ein Grundrecht festgeschrieben. Auch in der aktuellen Koalitionsvereinbarung<sup>147</sup> hat sich Brandenburg verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit beizutragen. Besonderes Anliegen der Landespolitik ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der Erwerbschancen für alle Menschen. Obgleich die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg seit 2006 allmählich zurückgeht und gleichzeitig ein Beschäftigungsaufbau stattfindet – der Trend hat sich auch in 2007 fortgesetzt – bleibt das Problem, dass nicht alle Menschen in Brandenburg gleichermaßen an dieser positiven Dynamik teilhaben können.

Bereits im Jahr 2006 hat Brandenburg in Vorbereitung der neuen ESF-Förderperiode 2007–2013 und der damit verbundenen generellen Zielsetzung der „Konvergenz“ seinen bisherigen politischen Ansatz zu Gunsten eines neuen Konzepts modifiziert. Der Begriff der Arbeitspolitik wurde als strategische Konzeption eingeführt und löste den bisherigen Begriff Arbeitsmarktpolitik ab. Arbeitspolitik zielt auf die Erweiterung und Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Menschen in Brandenburg, indem die Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt – und damit verbunden die Bildungspartizipation – sowie die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen verbessert werden. Voraussetzung für erfolgreiche Arbeitspolitik ist ein konstruktiver Umgang mit den ver-

---

<sup>147</sup> Vgl. Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 4. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2004 bis 2009, Potsdam.

schiedenen Veränderungsprozessen im Wirtschafts- und Arbeitsleben. Dabei sollen sowohl Individuen als auch Unternehmen und Regionen Gestaltungsperspektiven eröffnet werden. Erforderlich ist die verstärkte Entwicklung von politikübergreifend abgestimmten Lösungsansätzen unter Einbeziehung der regionalen und lokalen Entscheidungsträger, der Sozialpartner sowie anderer maßgeblicher zivilgesellschaftlicher Akteure.

Arbeitspolitik ist zur Lösung von Beschäftigungsproblemen unverzichtbar und trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass sowohl Arbeitsplätze dauerhaft erhalten und geschaffen werden als auch die individuelle Beschäftigungsfähigkeit gestärkt wird, beispielsweise durch berufliche Bildungsaktivitäten. Dies kann jedoch nur im Zusammenwirken mit anderen Politikfeldern, wie z.B. der Wirtschafts-, Finanz-, Struktur- und Regionalpolitik erreicht werden. Arbeitspolitik wirkt hier flankierend zu den anderen Politikfeldern. Der Erfolg arbeitspolitischer Interventionen hängt vor allem davon ab, wie es gelingt, die verschiedenen Politikbereiche miteinander zu verknüpfen und hierbei koordiniert vorzugehen. Ein Beispiel dafür stellt der Ansatz der „Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln“ dar. Die Förderstrategie des Landes gibt konkrete Branchen als Branchenkompetenzfelder und bestimmte Regionen als Regionale Wachstumskerne vor, auf die die knapper werdenden Fördermittel konzentriert werden sollen. Auf sie konzentrieren sich auch die Förderaktivitäten der Arbeitspolitik.

Für die Arbeitspolitik des Landes Brandenburg sind aber nicht nur die genannten rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen (Landesverfassung, Koalitionsvereinbarung, Förderstrategie des Landes) relevant, sondern auch die europäischen und bundespolitischen. Zentrale Orientierungsgrößen bei der arbeitspolitischen Ausrichtung des Landes sind sowohl die Europäische Beschäftigungsstrategie als auch die bundespolitischen Arbeitsmarktreformen.

Die Landes-Arbeitspolitik wird größtenteils durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) realisiert. In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen für arbeitspolitische Interventionen insgesamt mehr als 620 Millionen Euro zur Verfügung, die durch Landes- und Drittmittel kofinanziert werden. Beim Einsatz des ESF orientiert sich das Land an der Strukturfonds-Verordnung und an den strategischen Leitlinien der EU im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie (hierzu ausführlicher Kapitel 1.1).

Das Land hat arbeitspolitische Schwerpunkte definiert, die deutliche Akzente für mehr Wachstum und Beschäftigung setzen sollen. Darüber hinaus gilt es auf dringende gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. Die zentralen Aufgabenfelder der Arbeitspolitik des Landes lassen sich wie folgt darstellen:

### **Ausbildung**

Die berufliche Erstausbildung nimmt einen hohen Stellenwert ein, denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist die beste Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Erwerbsleben. Für junge Menschen bietet die Absolvierung einer Ausbildung zudem soziale Integration und Zukunftsorientierung. Im Artikel 29 der Landesverfassung ist das Recht auf Bildung verankert. Das Land verpflichtet sich, öffentliche Bildungseinrichtungen zu schaffen und berufliche Ausbildungssysteme zu fördern. Indem jedem und jeder ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot unterbreitet wird, entspricht das Land Brandenburg auch seiner Verfassungsprogrammatische. Durch Förderung von Ausbildungsverbänden und der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk werden zusätzliche Ausbildungsplätze erschlossen.

Im Rahmen der Bund-Länder-Ausbildungsprogramme Ost werden zudem betriebsnahe Plätze und Plätze im Kooperativen Modell gefördert, die sich am Bedarf der Betriebe und am Arbeitsmarkt orientieren.

### **Berufliche Weiterbildung**

Die Verbesserung der beruflichen und betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten im Land ist ein wichtiges Aufgabenfeld der Arbeitspolitik des Landes. Der strukturelle Wandel der modernen Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft, in der Wissen und Informationen immer stärker zu unmittelbaren Produktionsfaktoren werden, erfordert einen anderen Umgang mit dem Wissenserwerb und -zugang. Das Leitbild Lebenslanges Lernen zielt hierbei auf die Förderung der Aneignung von Wissen und Qualifikationen, jedoch nicht nur von Fachwissen im engeren Sinne, sondern auch von Handlungskompetenzen. Zudem kommt es darauf an, Lernprozesse lebensbegleitend zu gestalten, d. h. Lernen in allen Phasen des Berufslebens zu ermöglichen. Die Förderung der kontinuierlichen Beteiligung am Lernen umfasst dabei auch die Qualifizierung von Arbeitslosen. Neben dem Erhalt bzw. der Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit zielen Bildungsaktivitäten dabei auf die Integration in den Arbeitsmarkt und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Die wirtschaftsnahe Qualifizierungsförderung fokussiert jedoch nicht nur auf eine bessere Anpassungsfähigkeit der Beschäftigten, sondern verbessert gleichzeitig die Entwicklungspotenziale der hauptsächlich kleinen und mittleren Unternehmen. Insbesondere die Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung stärkt deren Wettbewerbsfähigkeit.

### **Strategien zur Bekämpfung von Fachkräfteengpässen**

Die demografische Entwicklung des Landes zeigt ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des Landes auf. Gefasst unter dem Schlagwort „demografischer Wandel“ sind Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und -struktur zu verzeichnen, die erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen mit sich bringen. Der sukzessive Rückgang der Bevölkerungszahl wie auch ihre Alterung und die anhaltende Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen wirken sich auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften aus. Bislang sind Fachkräfteengpässe nur in einzelnen Wirtschaftszweigen und Betrieben zu verzeichnen. Aktuelle Projektionen zum Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten Jahren gehen davon aus, dass die Zahl der arbeitsfähigen Menschen in Brandenburg zurückgehen wird. Inwieweit dies jedoch durch Zuwanderung, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie durch passgenaue Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen kompensiert werden kann, ist unklar. Schon heute gilt es, Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage besser in Übereinstimmung zu bringen, um das Problem der Gleichzeitigkeit von Fachkräftebedarf und Arbeitslosigkeit zu mindern. Unterstützend wirkt hier insbesondere die Förderung einer bedarfsgerechten beruflichen Aus- und Weiterbildung unter Einbeziehung aller Gruppen des Arbeitsmarktes, wie bspw. Älterer, Arbeitsloser und Geringqualifizierter.

### **Aktivitäten für Zielgruppen des Arbeitsmarktes**

Das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein bzw. länger in Arbeitslosigkeit verharren zu müssen, ist im Erwerbssystem ungleich verteilt. So besitzen bestimmte Perso-

nengruppen schlechtere Integrationschancen in den Arbeitsmarkt als andere Personen. Dazu zählen unter anderem ältere Arbeitslose, arbeitslose Jugendliche, Arbeitslose ohne Berufsabschluss, Alleinerziehende, Berufsrückkehrerinnen und Personen mit Migrationshintergrund. Notwendig ist deshalb eine zielgruppenorientierte Arbeitspolitik, die dazu beiträgt, dass sich die Beschäftigungschancen von Problemgruppen erhöhen und ihre soziale Ausgrenzung vermieden wird. Die Förderung von Zielgruppen erstreckt sich von der Bereitstellung passgenauer Qualifizierungs- und Beratungsangebote bis hin zu direkten Angeboten von Arbeitsplätzen.

### **Begleitung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes im Land**

Die Brandenburgische Arbeitspolitik hat für sich die Aufgabe definiert, die arbeitsmarktpolitischen Ansätze des Bundes zu flankieren und zu ihrem Erfolg beizutragen. Gefordert ist ein sinnvolles Zusammenspiel zwischen den Förderinstrumenten der Bundesagentur für Arbeit und den landespolitischen Aktivitäten in der Arbeitspolitik sowohl im Bereich des SGB III als auch des SGB II. Zur Erreichung dieses Ziels hat die Landesregierung mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der BA eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit geschlossen<sup>148</sup>. Im Zuge der arbeitsmarktpolitischen Reformen des Bundes zeigt sich eine stärkere Dezentralisierung der Zuständigkeit bei der Leistungserbringung, in deren Folge die regionale Verantwortung zugenommen hat. Die Unterstützung der kommunalen Beschäftigungspolitik wird durch das MASGF z. B. im Rahmen der Zielsetzung „Regionalisierung in der Arbeitspolitik“ verfolgt (Erläuterung zur konkreten Umsetzung siehe Kap. 4.2).

Neben den hier aufgeführten zentralen Schwerpunkten lassen sich weitere Handlungsfelder nennen, die für die Ausgestaltung der Brandenburger Arbeitspolitik eine hohe Relevanz haben: Zum einen die Beachtung des **Gender Mainstreaming** in allen Förderansätzen des Landes als eine Querschnittsaufgabe, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt nachhaltig zu fördern. Zum anderen die **Weiterentwicklung der Arbeitsförderung** durch die gezielte Initiierung innovativer Ansätze zur Lösung von arbeitsmarktspezifischen Problemlagen sowie durch den Einsatz eines effektiven Qualitätssicherungssystems.

Eine erfolgreiche Arbeitspolitik ist nur dann möglich, wenn sie seitens aller Akteure des Arbeitsmarktes auf hohe Akzeptanz stößt. Aus diesem Grund hat das Land alle relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteure in die Gestaltung und Weiterentwicklung der Arbeitspolitik im Rahmen eines **kontinuierlichen partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses** eingebunden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die brandenburgische Arbeitspolitik zwar durch die Rahmenbedingungen auf den verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Land) beeinflusst wird, gleichwohl aber eine eigenständige Rolle hat und wichtige Akzente setzen kann. Mit dem Arbeitspolitischen Programm „In Menschen investieren – Regionen stärken“ hat sich Brandenburg sozusagen ein ‚Pflichtenheft‘ auferlegt, dass, unterstützt durch den Europäischen Sozialfonds, in den nächsten Jahren ergebnisorientiert umgesetzt werden soll.

---

148 Die Vereinbarung fußt auf § 367 Abs. 3 SGB III.

## **4.2 Zentrale Themenfelder und Leistungen der Arbeitspolitik in 2007/2008**

Die im Teil 4.1 vorgestellten Leitlinien des Landes Brandenburg, die eine Art Handlungsrahmen bilden, werden sowohl im Arbeitspolitischen Programm als auch in Form von Landesinitiativen konkretisiert und durch entsprechende Aktivitäten und Maßnahmen umgesetzt. Hierbei wird Arbeitspolitik mit anderen Politikfeldern, wie z.B. Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts-, Struktur- und Finanzpolitik, sinnvoll verknüpft.

Im Operationellen Programm zur Umsetzung des ESF in Brandenburg werden eigene, auf das Land Brandenburg zugeschnittene Schwerpunktthemen formuliert. Für den Berichtszeitraum 2007/2008 sind drei klare Orientierungspunkte zu benennen, neben der „Sicherung der Fachkräftebasis“ und der „Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ setzt das Land auf die „Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik“. Das in diesen Themenfeldern verortete Leistungsspektrum (Aktivitäten und Maßnahmen) und die erreichten Ergebnisse sind ein Indikator dafür, dass sich der konzeptionelle Ansatz der Brandenburger Arbeitspolitik bislang bewährt hat und erste Erfolge erkennbar sind.

### **4.2.1 Sicherung der Fachkräftebasis in Brandenburg**

Ins Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit rückt zunehmend die Frage nach der hinreichenden Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Während bereits in der Vergangenheit bestimmte Branchen, wie etwa die hochmoderne Software- und Multimediaindustrie in bestimmten Regionen ihren Bedarf an Fachkräften zeitweise nicht decken konnten, verstärken sich nunmehr die Anzeichen eines größeren Fachkräfteproblems in Ost- und Westdeutschland. Angesichts eines schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzials wird der Fundus an guten Fachkräften in den nächsten Jahren abnehmen. Für Brandenburg zeigt sich bislang kein Fachkräfte-Notstand (vgl. IAB-Betriebspanel Brandenburg, 12. Welle). Nur in einzelnen Wirtschaftsbereichen und Regionen gelingt es einigen Brandenburger Betrieben nicht, ihren Bedarf an Fachkräften problemlos und zeitnah zu befriedigen.

Die Landesregierung hat diese Entwicklung frühzeitig in den Blick genommen und unter dem Stichwort „Humanressourcenentwicklung“ ein Bündel von Maßnahmen geschnürt, die dazu beizutragen, dass in Brandenburg weiterhin eine solide Fachkräftebasis vorhanden ist. Berichtet wird im Folgenden über die Kernpunkte der Fachkräftepolitik des Landes, insbesondere über die Bestrebungen zur Ausbildungssicherung, über die Kompetenzentwicklung von Beschäftigten und Betrieben sowie über die Bereitstellung von umfangreichen Informationen zur Entwicklung von Teilarbeitsmärkten (Fachkräfteinformationssystem) und zur Entwicklung von Arbeitsverhältnissen (Tarifregister Berlin-Brandenburg).

### **Berufsbildung in Brandenburg setzt auf Qualität**

Das Thema der beruflichen Bildung nimmt im Arbeitspolitischen Programm des Landes Brandenburg breiten Raum ein. Prioritäten der Ausbildungspolitik des Landes liegen in der Berufsorientierung, dem Übergang Schule-Beruf, neuer Lernortkooperationen zur Verbreiterung der betrieblichen Ausbildungsbasis, Benachteiligtenförderung zur Ausschöpfung von Begabungsreserven für den Fachkräftebedarf, der Verbesserung der Qualität der Ausbildung und Ausbildungsbegleitung sowie enger Akteurskooperation. Hierzu wurden und werden im Zeitraum 2007/2008 zahlreiche Aktivitäten durch das

MASGF durchgeführt. Die Berufsbildung in Brandenburg weist eine hohe Vitalität auf und trägt dazu bei, dass mehr Betriebe in Brandenburg ausbilden und wieder mehr Jugendliche nach ihrer Ausbildung unmittelbar von den Ausbildungsbetrieben übernommen werden (vgl. IAB-Betriebspanel, 12. Welle). Für Jugendliche, die nicht in betriebliche Ausbildung vermittelt werden konnten, stehen Angebote zur Ausbildung und Qualifizierung im Rahmen des Ausbildungskonsens zu Verfügung. Unterstützend wirkt hier auch die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung mit einer Reihe von individuellen Förderungen für Benachteiligte und für Altbewerber/-innen.

Über das Spektrum an Förderansätzen im Ausbildungsbereich sowie deren Umsetzung in 2007 wird im Teil 4.4 detaillierter berichtet. Im Folgenden werden einige Schlaglichter der Ausbildungspolitik aufgezeigt. Sie verdeutlichen, dass Brandenburg im Berufsbildungsbereich auf Qualität und ein optimales Übergangssystem setzt:

### **Systematische Berufsorientierung gewinnt an Bedeutung**

Die Fachkräftestudie des MASGF löste im Jahr 2005 eine Diskussion im Land aus. Neben dem deutlichen Warnsignal zukünftiger Fachkräftengpässe wies die Studie auch darauf hin, dass der demografische Wandel als Chance begriffen werden kann und sich zunehmend gute berufliche Perspektiven für junge Menschen eröffnen. Voraussetzung ist, dass sowohl Bildungswege als auch Berufsbilder und die damit verbundenen Möglichkeiten und Anforderungsprofile bei jungen Menschen hinreichend bekannt sind. Daher fokussiert die Landesregierung im Bildungsbereich stärker auf Berufsorientierung sowie auf Erhöhung der Studierneigung. Das Werben für Ausbildung in häufig unbekanntem oder eher geschlechtsspezifisch geprägten Berufen trägt dazu bei, dass der Fachkräftebedarf längerfristig gedeckt werden kann. Denn es entstehen teilweise schon jetzt Fachkräftengpässe für Berufsbilder, die vielen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern weniger geläufig sind. Ebenso kann ein vorausschauender Orientierungsprozess hinsichtlich eines geeigneten Berufes einen Rückgang der Ausbildungs- oder Studienabbrüche bewirken.

Das MASGF initiierte 2007 mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) eine INNOPUNKT-Kampagne zur systematischen Berufswahlorientierung. Dabei wurde eng mit der Bundesagentur für Arbeit bei der effektiven Nutzung der Möglichkeiten der vertieften Berufsorientierung des SGB III § 33 kooperiert. Die Ergebnisse dieser Kooperation werden nun in dem ESF-kofinanzierten Programm „Initiative Oberschule“ des MBS genutzt. Systematische Studienorientierung wurde durch ein Modellprojekt der Fachhochschule Brandenburg erprobt. Der Ansatz wird in der neuen ESF-kofinanzierten Richtlinie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) zur Studienorientierung fortgeführt.

2007 führte das MASGF erneut den landesweiten Zukunftstag zur Berufsorientierung für Jungen und Mädchen durch. 548 Brandenburger Unternehmen stellten über 11.000 Schnupperangebote für Schülerinnen und Schüler bereit und vermittelten Eindrücke von Berufsbildern. Darüber hinaus förderte das MASGF 2007 die Durchführung regionaler Ausbildungsmessen.



### **Weiterentwicklung der Ausbildungsstrukturen auf Grundlage der Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG)**

Das novellierte Berufsbildungsgesetz (BBiG) bietet Ansätze, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Hierzu gehört unter anderem die Möglichkeit, die Ausbildung stärker zu internationalisieren, z. B. zukünftig auch längere Ausbildungsabschnitte im Ausland zu absolvieren. Das MASGF hat daher diesen Punkt in seine Förderung der Verbundausbildung aufgenommen. Darüber hinaus fördern die Länder Brandenburg und Berlin das Projekt „Transnationale Qualitätspartnerschaften“ als Modellprojekt der beruflichen Bildung, das international handelnde Bildungseinrichtungen unterstützt. Ziele sind die Stärkung der sozialen und interkulturellen Kompetenz von Ausbildern und Auszubildenden, die Vorbereitung auf interkulturelle Teams, der Austausch von Know-how und die Einbeziehung regionaler Partner.

### **Ausweitung der betrieblichen Basis durch neue Lernortkooperationen**

Die weitere Verbreiterung der betrieblichen Ausbildungsbasis bleibt ein wichtiges Ziel und wird durch Maßnahmen des Ausbildungskonsens wie den Ausbildungspreis Brandenburg, des externen Ausbildungsmanagements und die Verbundausbildung unterstützt. Auch Modelle zur Lernortkooperation, gefördert im Rahmen einer INNOPUNKT-Kampagne, helfen, zusätzliche Betriebe für Ausbildung zu gewinnen. Das erfolgreich erprobte Instrument des externen Ausbildungsmanagements wurde 2007 systematisiert und flächendeckend eingeführt. Damit eng verknüpft erhielt in den Ausbildungsrichtlinien die Qualität der Ausbildung einen höheren Stellenwert.

Gegenwärtig wird ein weiterer Ansatz, Unternehmen in die Ausbildung einzubinden, erprobt und von Wirtschaft und Bund mitfinanziert. Durch gestufte Ausbildungen und durch Lernortkooperationen sollen Betriebe für die Ausbildung aufgeschlossen werden. So wird zum Beispiel im sogenannten „Brandenburger Modell zur Fachkräftesicherung“ (BAFF) das erste vollzeitschulische Ausbildungsjahr mit dem Übergang in betriebliche Ausbildung im zweiten und dritten Ausbildungsjahr verbunden. Nicht nur in diesem Fall werden Bundes- und Landesprogramme zur beruflichen Bildung systematisch verknüpft. In innovativen Verbundmodellen der INNOPUNKT-Kampagnen des MASGF und dem Bundesprogramm „Jobstarter“ werden neue Wege zur Lernortkooperation (Schule/Betrieb) und zu mehr Qualität in der Ausbildung gegangen. Erfolgreich erprobt wurde ebenfalls ein Modell der Stufenausbildung in Gesundheitstourismusberufen mit zunächst zweijähriger schulischer Ausbildung und einem dritten Jahr zusätzlicher höherwertiger betrieblicher Ausbildung.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern führte das MASGF die INNOPUNKT-Kampagne „Mehr Ausbildungsplätze durch mehr Ausbildungsbetriebe – die Fachkraft von morgen kann aus dem eigenen Unternehmen kommen!“ durch, die zu den Themen Qualität der Ausbildung und neue Formen der Lernortkooperation viele Anregungen lieferte. Zum Beispiel hat das Modell eines Ausbildungscoaches im Betrieb die Ausbildungsqualität erhöht und die Abbruchrate gesenkt. Die Umsteuerung des Ausbildungsplatzprogramms Ost auf überwiegend betriebsnahe Förderung mit Übernahmeverpflichtung der Betriebe hat ebenfalls zu einer deutlichen Steigerung betrieblicher Ausbildung und Übernahmequoten geführt. Maßgeblich für eine erfolgreiche Ausbildungspolitik ist die enge Zusammenarbeit aller arbeitspolitischen Akteure. Berufsbildungspolitik ist vertikal zwischen den Ebenen des Bundes, des Landes und der Kommunen und horizontal zwischen den Akteuren aus Staat,



Unternehmerverbänden und Gewerkschaften verflochten. Aus diesen Verflechtungen ergeben sich unterschiedliche gesetzliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die förderpolitischen Interventionen in diesem Politikfeld. Die Berufsbildungspolitik in Brandenburg verfolgt daher das Ziel einer engen Akteurskooperation. So gehören z. B. zu den Konsenspartnern die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten und den Ministerien für Arbeit, Wirtschaft, Bildung und ländliche Entwicklung, die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg, der Handwerkskammertag Land Brandenburg, die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V., der Landesbezirk Berlin-Brandenburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit.

Ein wichtiges Gremium zur Beratung der Landesregierung durch die Sozialpartner und Akteure der Berufsbildung stellt der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) dar. Zu seinen Themen gehörten in 2007 die Berufsorientierung, die Ausweitung der betrieblichen Basis der Ausbildung, der Umgang mit dem hohen Anteil von Altbewerberinnen und Altbewerbern an allen sich für einen Ausbildungsplatz Bewerbenden und die Chancen für mehr Durchlässigkeit im Berufsbildungssystem durch die Europäische Berufsbildungspolitik. Dabei wurde das MASGF durch ein Planungsgutachten „Strategien und Handlungsempfehlungen zur Finanzierung der Programme zur Berufsausbildung in Brandenburg 2007–2013“ des Progress-Instituts für Wirtschaftsförderung (PIW) unterstützt. Wesentliche Aufgabe des Planungsgutachtens war es, die landespolitischen Interventionen bei der Berufsausbildungsförderung für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 zu konturieren und den partnerschaftlichen Dialog mit den berufsbildungspolitisch relevanten Akteuren begleitend zu gestalten.

### **Strategien zur Qualifizierung von Fachkräften**

Um den Herausforderungen der Fachkräfteproblematik in Brandenburg gewachsen zu sein, bedarf es nicht nur einer modernen Ausbildungspolitik, sondern auch einer umfassenden inner- und außerbetrieblichen Qualifizierung von Fachkräften, um Wissensentwicklung zu bewältigen und Innovationsfähigkeit zu erhalten. Bestandteil einer klugen Fachkräftesicherungspolitik ist auch das Wissen über benötigte Qualifikationen in Regionen und Branchen. Das kann helfen, durch frühzeitiges Agieren massive zukünftige Fachkräfteprobleme in Brandenburg zu verhindern. Denn die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit ausreichend gute Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Allerdings ist und bleibt betriebliche Fachkräftesicherung originär eine Aufgabe der Wirtschaft und jedes einzelnen Unternehmens. Der Staat ist verantwortlich, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. In der Übersicht 1 werden die bisherigen Etappen der politischen Rahmung des Themas Fachkräftesicherung durch das Land Brandenburg dargestellt. Eine vernünftige Fachkräftepolitik muss vor Ort in den Regionen und bei den Unternehmen stattfinden. Daher hat das MASGF bereits 2006 die sogenannten Regionalbüros für Fachkräftesicherung eingerichtet. Diese wurden als wichtige Vor-Ort-Struktur an sechs Standorten geschaffen: Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Neuruppin, Potsdam und Schönefeld. Aufgabe der Regionalmanagerinnen und Regionalmanager ist die Sicherstellung einer qualifizierten Erstberatung für kleine und mittelständische Unternehmen sowie die Bündelung und Aktivierung von regionalen und branchenorientierten Kompetenzen zur Fachkräftesicherung.

## Übersicht 1: Längerfristige Strategien des MASGF zur Fachkräftesicherung

2004	Koalitionsvereinbarung sieht die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Unternehmen vor
2005	Brandenburger Fachkräftestudie wird veröffentlicht und eine breite Sensibilisierungskampagne beginnt
	Interministerielle Arbeitsgruppe Fachkräftesicherung (IMAG Fachkräftesicherung) nimmt ihre Arbeit auf
2006	Landesarbeitskreis Fachkräftesicherung (LAK Fachkräftesicherung) mit einem breiten Spektrum an Partnern wird eingerichtet
	Regionalbüros für Fachkräftesicherung werden als wichtige Vor-Ort-Struktur geschaffen
2007	Maßnahmeplan zur Fachkräftesicherung mit derzeit über 100 Maßnahmen wird vereinbart und umgesetzt
2008	Brandenburger Fachkräfteinformationssystem wird gestartet

### Maßnahmeplan zielt auf Qualifizierung von Fachkräften

Der Landesarbeitskreis Fachkräftesicherung, in den alle relevanten arbeitspolitischen Akteure des Landes eingebunden sind, sieht seine wesentlichen Aufgaben in der partnerschaftlichen Abstimmung eines gemeinsamen und konzentrierten Vorgehens und in der Erzeugung von Synergien durch Kooperation und Unterstützung der Wirtschaft, Schulen, Hochschulen, Verbände und der Landesregierung.

Zu Beginn des Jahres 2007 hat der Landesarbeitskreis einen Maßnahmeplan zur Fachkräftesicherung in Brandenburg beschlossen, in dem die konkreten Beiträge der einzelnen Partner aufgeführt sind. Der Maßnahmeplan wird fortgeschrieben und im Bedarfsfall aktualisiert. Er umfasst derzeit über 100 Maßnahmen und Aktionen und sieht einen Mitteleinsatz der Partner im Landesarbeitskreis Fachkräftesicherung bis zum Jahr 2013 in Höhe von ca. 180 Millionen Euro aus ESF-, Landes- und/oder Bundesmitteln vor. Insgesamt sollen – so die geplante Zielgröße – rund 120.000 (potenzielle) Fachkräfte und 3.500 Unternehmen erreicht werden.

Der Schwerpunkt des Maßnahmeplanes für Fachkräftesicherung liegt auf verschiedenen Qualifizierungsaktivitäten. Er ist nach folgenden sechs Handlungsfeldern strukturiert:

- Berufsorientierung und Anschlussfähigkeit für nachfolgendes Lernen verbessern
- Erstausbildung quantitativ und qualitativ ausbauen
- Kompetenzentwicklung in den Betrieben und Qualifizierung der Beschäftigten fördern
- mit bedarfsgerechter Qualifizierung die Chancen Arbeitsloser verbessern
- Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft verbessern
- Existenzgründungen fördern durch gutes Beratungs- und Qualifizierungsangebot

Hinzu kommen Maßnahmen zur Entwicklung von Instrumenten und Strukturen zur Unterstützung der Fachkräftesicherung.

Die unterschiedlichen Maßnahmen fügen sich zu einem landesstrategischen Gesamtpaket für die Fachkräftesicherung im Land Brandenburg zusammen. Brandenburg hat mit seinen Aktivitäten und der breiten Einbindung der Akteure ein Alleinstellungsmerk-

mal, da – soweit bekannt – in keinem anderen Bundesland ein so umfassendes Bündnis für Fachkräftesicherung mit der Orientierung an handlungsrelevanten Maßnahmen gelebt wird. Das Besondere daran ist auch, dass es eine Verknüpfung der Strategien der Akteure auf Landesebene mit den lokalen und regionalen Strategien in Gemeinden, Kreisen, Regionalen Wachstumskernen und Branchenkompetenzfeldern gibt. Wichtig ist, dass die jungen Menschen über die Trendwende von früherem Ausbildungs- und Arbeitsplatzmangel hin zu einem steigenden Fachkräftebedarf und beruflichen Entwicklungsperspektiven in den Heimatregionen frühzeitig und umfangreich informiert werden und ihre Chancen auf Ausbildung und Arbeit erkennen und nutzen können. Die Anziehungskraft regionaler Arbeitsmärkte wächst auch durch attraktive Arbeitsplätze, sei es aufgrund der Qualifikationsanforderungen oder auch Familienfreundlichkeit.

### **Bereitstellung eines Informationssystems zum Fachkräftebedarf**

Den Prozess der Fachkräftesicherung begleitend stellt das Land Brandenburg ein internetbasiertes Fachkräfteinformationssystem zur Verfügung. Hintergrund ist die unzureichende Datenlage zur Fachkräftesituation. Mit der Generierung und Bereitstellung von regionalen, branchenbezogenen Informationen über den derzeitigen und künftigen Qualifikationsbedarf steht nunmehr eine konkrete Entscheidungshilfe für individuelle und betriebliche Bildungsinvestitionen zu Verfügung. Das heißt, sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte, Arbeitslose und insbesondere Absolventen und Absolventinnen von Schulen, Ausbildungsgängen und Hochschulen können sich aktuell über Arbeitskräftenachfrage und -angebot in der Region und in bestimmten Branchen informieren. Diese Informationen können bei den Unternehmen in deren personalstrategische Entscheidungen einfließen. Beschäftigte bzw. Arbeitssuchende können Bildungsentscheidungen in Abhängigkeit davon treffen, welche beruflichen Chancen sich in bestimmten Regionen und Branchen zeigen.

Die Besonderheit beim Brandenburger Fachkräfteinformationssystem liegt darin, dass hier Prognosen und regionale Analysen zusammengeführt werden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es bislang kein vergleichbares System, das eine nutzerfreundliche Datenverknüpfung, die Zusammenstellung bestehender Prognosen und eigene Berechnungen zur regionalen Entwicklung und zur Entwicklung der Humanressourcen im Komplex anbietet.

Das MASGF hat das Projekt in 2007 auf den Weg gebracht. Zu Beginn des Jahres 2008 konnte dieses Informationssystem auf den Internetseiten der LASA Brandenburg GmbH ([www.fachkraefte-brandenburg.de](http://www.fachkraefte-brandenburg.de)) gestartet werden. Die Informationen erstrecken sich nicht nur auf das gesamte Land, sondern auch auf die Landkreise und kreisfreien Städte sowie auf einzelne Branchen. Durch eine möglichst bedarfsgerechte Bündelung und Aufbereitung der Daten wird ein höheres Maß an Transparenz erreicht. Bislang haben mehr als 43.000 Zugriffe auf dieses System stattgefunden, ein Indiz dafür, dass das Interesse an einem solchen Informationssystem groß ist.

Die Einführung und Verbreitung eines Fachkräfteinformationssystems hat für die Brandenburger Arbeitspolitik eine große Bedeutung. Dieses gilt umso mehr im Hinblick auf die paradoxe Situation einer hohen Arbeitslosigkeit auf der einen und nur schwer bzw. gar nicht zu besetzender offener Stellen auf der anderen Seite. Eine erfolgreiche Politik gegen den qualifikatorischen Mismatch von Arbeitsangebot und -nachfrage und damit zur Vermeidung potenzieller Fachkräfteengpässe ist nur möglich, wenn frühzeitig be-

kannt ist, in welchen Regionen, Branchen und Berufen sich mittelfristige Personalbedarfe abzeichnen werden (bzw. bereits akut sind) und welches Arbeitnehmerpotenzial zur Verfügung steht, um diese Bedarfe zu decken.

Das Brandenburger Fachkräfteinformationssystem richtet sich an verschiedene Zielgruppen:

- Betriebe, die Informationen über potenzielle Fachkräfteengpässe als Basis einer gestaltenden Personalpolitik benötigen.
- Aus- und Weiterbildungsträger, die eine Analyse sich wandelnder Anforderungsprofile an Arbeit als Basis bedarfsgerechter Aus- und Weiterbildungsangebote nutzen.
- Beschäftigte und Arbeitsuchende, denen Karrierewege und Beschäftigungsmöglichkeiten in Branchen und insbesondere Zukunftsbranchen aufgezeigt werden.
- Schüler/Schülerinnen und Studierende, denen Orientierungshilfe bei der Berufswahl gegeben wird.
- Fachhochschulen und Universitäten, die eine Trendanalyse zukünftiger Akademikerbedarfe als Planungsgrundlage für universitäre Ausbildung (Studienstrukturen und -inhalte) benötigen.
- Wirtschaftsfördergesellschaften, für die verfügbare Fachkräfte eine Strukturbedingung für ökonomische Entwicklungsprozesse darstellen.
- Arbeitsagenturen und Grundsicherungsstellen, die über Informationen als Basis für eine gestaltende Arbeitsmarktpolitik verfügen müssen.
- Politik, die weiterhin Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels gestalten und passgenaue Förderprogramme auflegen will.

Das Brandenburger Fachkräfteinformationssystem wird ständig weiterentwickelt und regelmäßig um quantitative sowie qualitative Angaben ergänzt, um Trends und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig erkennen zu können und die Benutzerfreundlichkeit für die unterschiedlichen Zielgruppen des Fachkräfteinformationssystems weiter zu verbessern.

### **Tarifregister klärt auf über Entwicklung bei Löhnen und Gehältern in der Region**

Die Debatte um Fachkräftesicherung kann nicht losgelöst von der Frage nach der Entwicklung von Arbeitsbedingungen geführt werden. Die Entwicklungstendenzen von Arbeit (Entgeltbedingungen, Arbeitszeitregelungen, Arbeitsvertragsbedingungen u. a.) in Branchen und Betrieben spielen eine entscheidende Rolle bei der längerfristigen Bindung von Fachkräften an Unternehmen. Mobilitätsentscheidungen von Fachkräften basieren nicht zuletzt auf Einkommensentscheidungen. Kollektivvertragliche Vereinbarungen, wie Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen, gewährleisten sowohl für Arbeitskräfte als auch für Unternehmen bestimmte Mindeststandards bei den Vertragsbedingungen. Die Funktion von Tarifverträgen hat sich in den letzten Jahrzehnten bewährt. Jedoch erhält das Thema eine spezifische Aktualität, da der Trend einer sogenannten „Tarifflucht“ in Ost- und Westdeutschland – und somit auch in Brandenburg – anhält und die Sicherung bestimmter Entgeltstandards damit schwieriger wird.

Das Gemeinsame Tarifregister Berlin und Brandenburg ist eine seit 1992 bestehende Einrichtung beider Länder, in der alle Tarifverträge, die in diesen beiden Bundesländern gelten, registriert, ausgewertet und zur Informationserteilung für alle Interessierten be-

reitgehalten werden. So werden neben Auskünften an Bürgerinnen und Bürger beispielsweise Auskünfte an verschiedene Sozialversicherungsträger (z. B. Deutsche Rentenversicherung, Unfallkassen, Berufsgenossenschaften) im Wege der Amtshilfe erteilt, um Berechnungsgrundlagen für die Gewährung von Sozialleistungen zu schaffen. Darüber hinaus werden Tarifverträge an das Landesarbeitsgericht Berlin und Brandenburg und das Landessozialgericht Berlin und Brandenburg versandt, wo sie Richterinnen und Richtern sowie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten unmittelbar zur Verfügung stehen.

Nach § 7 des Tarifvertragsgesetzes sind alle Tarifvertragsparteien verpflichtet, den obersten Arbeitsbehörden der Länder, auf deren Gebiet sich ihre Tarifverträge erstrecken, entsprechende Tarifvertragstexte zu übersenden. Dies sind für Brandenburg das MASGF und für Berlin die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS).

Mit Stand Januar 2008 waren im Gemeinsamen Tarifregister rd. 70.000 Tarifverträge mit Geltung in Berlin und/oder Brandenburg eingetragen und archiviert, davon sind aktuell rund 20.000 noch gültig. Etwa 5.900 dieser Tarifverträge sind von den Tarifvertragsparteien (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden) für bestimmte Branchen/Wirtschaftszweige in ihrer Gesamtheit – und nicht für bestimmte Berufsgruppen! – abgeschlossen worden (Flächen- oder Branchentarifverträge). Diese Tarifverträge stehen im Gemeinsamen Tarifregister Berlin und Brandenburg geordnet nach derzeit 137 Branchen – von Abbruch- und Abwrackgewerbe bis Zuckerindustrie – zur Informationserteilung zur Verfügung.

Zunehmend schließen die Gewerkschaften aber auch mit einzelnen Arbeitgebern/Unternehmen separate Tarifverträge. Rund 22.760 solcher Firmen- oder Haustarifverträge für derzeit 2.600 Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Berlin und/oder Brandenburg sind ebenfalls im Gemeinsamen Tarifregister Berlin und Brandenburg vorhanden. Davon sind aktuell ca. 14.470 gültig.

Der Informationsbestand des Gemeinsamen Tarifregisters Berlin und Brandenburg kann außer zur Erfüllung der oben beschriebenen Aufgaben auf vielfältige Weise genutzt werden, so zum Beispiel, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Einstellungsverhandlungen Anhaltspunkte für die tariflich übliche Vergütungshöhe in einem bestimmten Wirtschaftszweig suchen oder sich Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber – ob tarifgebunden oder nicht – für eine beabsichtigte Einstellung einen Überblick über die tariflich geregelten Arbeitsbedingungen in einer Branche verschaffen wollen. Auch Arbeitsagenturen, Gewerkschaften, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie weitere Interessierte finden hier wichtige Informationen. Um die Suche nach Informationen zu erleichtern, wurden auf der Internetseite des Gemeinsamen Tarifregisters<sup>149</sup> verschiedene Downloadangebote unterbreitet:

- Für den unteren Einkommensbereich steht mit dem Tarifspiegel „Niedrigentgelte“ in der Region Berlin und Brandenburg eine entsprechende Orientierungshilfe zur Verfügung.
- Einige Tarifverträge haben die Tarifvertragsparteien auch selbst in das Internet eingestellt. Die Internetadressen sind in einer Übersicht über „Tarifinformationen anderer Anbieter“ enthalten.

---

149 Der Pfad [www.masgf.brandenburg.de](http://www.masgf.brandenburg.de) --> Arbeit --> Tarifregister Berlin und Brandenburg führt zur Berliner Internetseite [www.berlin.de/sen/arbeit/tarifregister/index.html](http://www.berlin.de/sen/arbeit/tarifregister/index.html)

- Wesentliche Tarifvertragsinhalte aus jeweils rund 40 Branchen in Berlin und Brandenburg wurden in „Kurzübersichten“ zusammengestellt.
- Ausbildungsvergütungen aus ca. 120 Branchentarifverträgen werden in einer weiteren Übersicht aufgeführt.
- Für einzelne Berufe (Bürokaufleute, Kraftfahrer, Call Center Agents, Pflegepersonal) wurden die Entgelte aus verschiedenen Branchen- bzw. Haustarifverträgen in entsprechenden Listen erfasst.

Auskünfte zu Tarifverträgen sind inzwischen auf mehreren Wegen zu erhalten: persönlich, telefonisch, schriftlich, durch die Übersichten im Internet und per Email. Im Jahr 2007 wurden mehr als 2.500 telefonische Auskünfte erteilt. Es wurden über 600 schriftliche Anfragen beantwortet. Darüber hinaus wurden insgesamt rund 35.000 Zugriffe auf die Internet-Seiten des Tarifregisters registriert, davon rund 3.000 auf das Online-Formular für eine Tarifrfrage, mit dem die Fragestellerinnen und Fragesteller auf verschiedene Internetangebote des Tarifregisters hingewiesen werden, durch die sie sich ihre Fragen zum Teil selbst beantworten können.

Durch Auswertungen der im Tarifregister vorliegenden vielfältigen Informationen ist es auch möglich, einen Beitrag zur Politikgestaltung des Landes Brandenburg, gerade auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, zu leisten. So bleiben beispielsweise die Themen „Mindestlohn“ und „Niedriglöhne“ weiterhin im Gespräch. Die tariflichen Entwicklungen werden beobachtet und Wege zur Vermeidung einer Abwärtsspirale bei den Löhnen und Gehältern, beispielsweise über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, geprüft.

#### **4.2.2 Chancengleichheit am Arbeitsmarkt bleibt wichtige Aufgabe von Arbeitspolitik**

Erwarteter Fachkräftemangel führt nicht automatisch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das Paradox eines Fachkräftengpasses bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit basiert vor allem auf der Nachfragespezifik nach bestimmten Qualifikationen. Menschen mit geringen Qualifikationen bzw. mit bestimmten Hemmnissen – wie Mobilitäts einschränkung oder gesundheitliche Beeinträchtigungen – sind nicht ohne Weiteres auf offene Stellen zu vermitteln. Eine zentrale Aufgabe der Landesarbeitspolitik besteht deshalb darin, die Chancen auch derjenigen Menschen am Arbeitsmarkt zu verbessern, für die aufgrund bestimmter Einschränkungen oder bestehender Vorurteile seitens der Arbeitgeber (z. B. Einstellungsvorbehalte gegenüber Älteren) die Teilhabe an Erwerbsarbeit schwieriger ist. Denn die Beteiligung am Erwerbsleben ist, bezogen auf soziale Strukturmerkmale wie u. a. Alter, Geschlecht, soziale Herkunft oder Qualifikationsniveau, sehr unterschiedlich verteilt. Aber auch die Entwicklungschancen im Beschäftigungssystem selbst werden durch diese Merkmale beeinflusst. Um den (Wieder-)Einstieg in Erwerbsarbeit und die Weiterbeschäftigung für alle Menschen zu ermöglichen, hat das MASGF verschiedene Programme aufgelegt und zahlreiche Aktivitäten in 2007/2008 gestartet. Folgende Personengruppen des Arbeitsmarktes stehen dabei im besonderen förderpolitischen Interesse: arbeitslose Frauen – insbesondere Nichtleistungsbezieherinnen – sowie ältere Arbeitslose, ferner die Gruppe der Geringqualifizierten, die unter den Langzeitarbeitslosen einen gewichtigen Anteil einnehmen. Menschen mit fehlenden oder sehr niedrigen Qualifikationen haben besonders schlechte Aussichten eine



Beschäftigung zu finden. Für die Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind Integrationsmaßnahmen überwiegend im Bereich Ausbildungspolitik verankert (vgl. Teil 4.2.1.1).

### **Bessere Erwerbschancen für Frauen und Nichtleistungsbeziehende**

Die Erwerbsorientierung von Frauen in Ostdeutschland, insbesondere in Brandenburg, ist ungebrochen hoch. Ihre Beteiligung an Erwerbsarbeit bleibt jedoch hinter den formulierten Erwerbsinteressen zurück. Trotz gut schulischer und beruflicher Ausbildung sind die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen am Arbeitsmarkt gegenüber denen der Männer nach wie vor schwieriger. Dazu trägt auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bei. Die familienbedingte Unterbrechung der Erwerbstätigkeit hemmt Frauen – so vorliegende Forschungsbefunde – deutlich in ihrer beruflichen Entwicklung. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, hier gilt es sowohl seitens des Staates als auch der Unternehmen Unterstützungsangebote und entsprechende arbeits- und sozialrechtliche Grundlagen zu schaffen.

Die Landesregierung hat bereits 2004 in ihrem Regierungsprogramm beschlossen, sich für einen weiteren Abbau der strukturellen Benachteiligung von Frauen in Brandenburg einzusetzen. Das Regierungsprogramm sieht weiter vor, Gender-Mainstreaming als Prinzip und Strategie von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Landesregierung zur Anwendung zu bringen sowie den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen weiter umzusetzen. So hat auf Initiative und unter Vorsitz des Landes Brandenburg die 17. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) verschiedene Aktionsschwerpunkte beschlossen. Danach ist die Gleichstellungs- und Frauenpolitik in den Ländern auf folgende Bereiche zu konzentrieren:

- gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer,
- Vereinbarkeit von Beruf, Familien- und Privatleben,
- Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen und
- Beseitigung aller Formen geschlechterbezogener Gewalt.

Mit Umsetzung dieser Aktionsschwerpunkte werden die gleichstellungsrelevanten Handlungsbedarfe in Brandenburg aufgegriffen. Dabei geht es in den verschiedenen Lebensbereichen auch um den weiteren Abbau von Geschlechterstereotypen.

Im Rahmen seiner arbeitspolitischen Fördermöglichkeiten hat das Land Brandenburg Programme und Maßnahmen mit dem Ziel einer konsequenten Gleichstellungspolitik aufgelegt. So ist beispielsweise eine besondere Zielgruppe bei der Förderung von Berufsausbildung die der jungen alleinerziehenden Mütter, denn diese stehen vor besonderen Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Berufsausbildung und Familienpflichten. Das MASGF hat für diese Zielgruppe zwei Modellprojekte gefördert, in denen maßgeschneidert Teilzeitausbildung und Elternzeit verbunden sowie Unterstützung bei der Übernahme in Beschäftigungsverhältnisse gegeben wurde (Ausbildungsmodellprojekt „Kaufrfrau für Bürokommunikation“). Der Erfolg dieser Projekte hat dazu geführt, dass einzelne Arbeitsagenturen in verschiedenen Regionen des Landes vergleichbare Projekte gestartet haben.



In einem anderen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtigen Bereich – der Schaffung und Gestaltung von familiengerechten Arbeitsbedingungen – ist von einem deutlichen Handlungsbedarf auszugehen. Zwar engagieren sich zunehmend mehr Brandenburger Unternehmen für eine familienbewusste Personalpolitik, jedoch bewegen sich die Anteile angesichts der großen Zahl an kleinen und Kleinstunternehmen noch im Promillebereich. Viele der von der Landesregierung unterstützten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie setzen deshalb auf der betrieblichen Ebene an. So fördert das MASGF derzeit die Unterstützung von Brandenburger Unternehmen bei der Implementierung familienbewusster Personalpolitik mit Hilfe des audit berufundfamilie® der gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Die spezifische Qualifizierung von Management und Beschäftigten u. a. im Themenfeld „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ wird in der ESF-Förderperiode 2007–2013 im Rahmen der neuen Kompetenzrichtlinie des MASGF gefördert.

Die Landesregierung sieht außerdem Handlungsbedarf bei der Rückkehr und beruflichen Wiedereingliederung nach Mutterschutz und Elternzeit. Deshalb hat die GFMK auf Initiative Brandenburgs die Bundesregierung aufgefordert, diese Problematik repräsentativ untersuchen zu lassen. Das Land Brandenburg hat bereits gehandelt, es fördert eine landesweit tätige „Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit“, die im Juni 2008 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Mit dieser Stelle werden spezifische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote gleichermaßen für Schwangere, junge Mütter und Väter, Alleinerziehende und Arbeitgeber geschaffen. So werden für berufstätige Eltern umfassende Informationen zu den Themen Mutterschutz, Elternzeit und Berufsrückkehr bereitgestellt. Dabei geht es zum Beispiel um rechtliche Ansprüche, gesundheitliche Aspekte und finanzielle Folgen, die für Mütter und junge Eltern zu beachten sind. Vor allem soll das umfangreiche Beratungsangebot beim Wiedereinstieg in den Beruf bzw. bei der gleichzeitigen Bewältigung von familiären und beruflichen Anforderungen helfen. Arbeitgebern bietet die Servicestelle in Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit auch Unterstützung bei einer Vertretungsregelung zur personellen Überbrückung von Ausfallzeiten während des Mutterschutzes und Elternzeit an. Das Beratungsspektrum der Servicestelle ist sehr breit, neben Informationsmaterialien und einem Newsletter stehen die Mitarbeiterinnen der Servicestelle auch für persönliche Gespräche zur Verfügung und moderieren in Konflikten, die im Zusammenhang mit Mutterschutz und Elternzeit im Betrieb entstehen können (mehr Informationen unter [www.arbeitswelt-elternzeit.de](http://www.arbeitswelt-elternzeit.de)).

Auch für arbeitslose Frauen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren bzw. als Nichtleistungsbeziehende gelten, bietet das Land verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten. Beispielhaft zu nennen ist hier der Förderansatz „Aktiv für Arbeit“, der sowohl langzeitarbeitslosen Frauen wie auch Nichtleistungsbeziehenden, aber auch langzeitarbeitslosen Männern offensteht. Das Programm des MASGF zielt auf den Erhalt und die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, die Erhöhung der Chancen auf Integration in reguläre Beschäftigung oder andere Wege aus der Erwerbslosigkeit. Durch die Förderung soll

- die psychische und physische Verfassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verbessert werden,
- spezifische qualifizierende Kenntnisse vermittelt werden,
- die Bewerbungsaktivitäten unterstützt werden und
- Arbeitsplätze akquiriert werden.

Das ESF-kofinanzierte Programm ist aufgrund seiner erfolgreichen Ergebnisse seit seinem Start Mitte 2005 über 2007 hinaus bis Ende 2008 verlängert worden. Bislang nahmen mehr als 10.000 Personen an der Förderung teil, davon fast 60 Prozent Frauen. Jede dritte teilnehmende Person gehört zur Gruppe der Nichtleistungsbeziehenden. Die Evaluation der Förderung in 2007 hat ergeben, dass es mit diesem Ansatz gelungen ist, die psychische und physische Verfassung der teilnehmenden Personen zu verbessern, sie für ihre berufliche Zukunft fitter zu machen und so ihre Beschäftigungs- und Vermittlungsfähigkeit zu steigern. So haben von den teilgenommenen Personen rund 30 Prozent in den ersten sechs Monaten nach Beendigung ihrer Teilnahme ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis (Mini-/Midijob, Teilzeitbeschäftigung, befristete und unbefristete Vollzeitbeschäftigung, Ausbildung) aufgenommen oder sich selbständig gemacht. Konkret heißt das, dass bislang über das Programm ‚Aktiv für Arbeit‘ gut 1.400 Arbeitslose wieder reguläre Arbeit fanden. Weitere etwa 1.000 Frauen und Männer bekamen berufliche Perspektiven, indem sie sich selbständig machten, eine weiterführende Qualifizierung oder eine öffentlich geförderte Beschäftigung aufnahmen.

### **Neue Zugänge für Ältere und Geringqualifizierte werden erprobt**

Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt seit einigen Jahren wieder deutlich zu. Vor allem aufgrund veränderter gesetzlicher Regelungen (u. a. Altersteilzeit) steigt das Erwerbsinteresse in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen. Das ist angesichts der demografischen Entwicklung und einer zunehmend alternden Belegschaft in den Brandenburger Betrieben auch dringend geboten. Das Land wirkt bei Unternehmen und Verbänden darauf hin, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschäftigen, sie weiterzubilden und ihnen durch eine altersgerechte Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung die Beschäftigung bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu ermöglichen. Dies soll dazu beitragen, dem zu erwartenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, die gesellschaftliche Teilhabe Älterer zu stärken sowie Altersarmut zu verhindern.

Im Rahmen seiner Fördermöglichkeiten unterstützt das MASGF die Erhaltung der Kompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit älterer Beschäftigter sowie die Reintegration älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt. Diesbezüglich werden im Rahmen des Arbeitspolitischen Programms verschiedene Aktivitäten und Maßnahmen durchgeführt, die dazu beitragen können, dass in Politik und Wirtschaft ein Paradigmenwechsel stattfindet. Zu diesem Paradigmenwechsel gehört auch, Führungskräfte noch stärker für die Leistungspotenziale Älterer zu sensibilisieren, Unternehmen ebenso wie die älteren Beschäftigten selbst sich stärker für die Teilnahme Älterer an Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu öffnen und Betriebe stärker zur Einführung altersgerechter und altersgerechter Arbeitsorganisation und gesundheitsfördernder Maßnahmen zu motivieren.

Zur Beantwortung der Frage, wie dies am besten gelingt, und zur Erprobung guter Wege zur Integration und Weiterbeschäftigung älterer Menschen steht mit dem Programm INNOPUNKT ein geeignetes Instrument zur Verfügung. Denn gerade Modellvorhaben können hier als Wegweiser fungieren und aufzeigen, wie Ältere sinnvoll betrieblich eingesetzt und qualifiziert werden können. Dass es funktioniert, bestätigen die Ergebnisse und Erfahrungen der bereits im Zeitraum 2004 bis 2006 durchgeführten INNOPUNKT-Kampagne „Mehr Chancen für ältere Fachkräfte“: Eingebunden waren hier insgesamt

mehr als 70 Unternehmen und 340 ältere Beschäftigte konnten qualifiziert werden. In Anknüpfung an diese Kampagne wird seit 2007 ein Projekt „Gesunde Arbeitswelten im demographischen Wandel – Schaffung von Kompetenzzentren im Land Brandenburg“ in der Region Cottbus mit Prozessbegleitung durch die Bertelsmann-Stiftung und die Hans-Böckler-Stiftung und unter Mitwirkung der Träger der INNOPUNKT-Kampagne durchgeführt. Die Steuerung hat das MASGF in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Arbeitsschutz.

Daran anknüpfend wird das Thema auch in einem neuen INNOPUNKT-Ideenwettbewerb verfolgt, der im Juli 2008 an den Start ging. Hier wird das Thema „Einbindung Älterer in berufliche Lernprozesse“ aufgegriffen, um die Beschäftigungschancen älterer Menschen nachhaltig zu verbessern. Der Erwerb von Kompetenzen und Qualifikationen sowie die berufliche Entwicklung dürfen keine Frage des Lebensalters sein. Daher sucht der Ideenwettbewerb nach innovativen und alternativen Lösungen, um Lernprozesse so zu gestalten, dass ältere Erwerbslose einerseits ihr Leistungspotenzial und ihre Leistungsbereitschaft zeigen können und andererseits ältere Beschäftigte betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, die Beschäftigungsstabilität ermöglichen und hohe Motivationskraft entfalten können.

Auch für die bessere und nachhaltige Integration von geringqualifizierten Menschen wird das Programm INNOPUNKT genutzt. Mit dem technischen Fortschritt, verbunden mit höherer Wissensintensität, sowie mit organisatorischen Reorganisationsprozessen in den Unternehmen sind die Chancen für Menschen mit fehlenden formalen Qualifikationen deutlich gesunken. Einfacharbeitsplätze sind, wenn auch in rückläufiger Zahl, zwar weiterhin vorhanden, jedoch – dies belegen einschlägige Studien – weisen auch einfache Tätigkeitsfelder bestimmte qualifikatorische Anforderungen auf. Häufig wird auf diesen Arbeitsplätzen ein Mix aus sozialen und einfachen fachlichen Kenntnissen benötigt. Zudem konkurrieren Menschen mit niedrigen Qualifikationen im Bereich Einfacharbeit häufig mit gut qualifizierten Arbeitskräften. Um die Integrationsmöglichkeiten von geringqualifizierten Arbeitslosen deutlich zu verbessern, müssen Lernprozesse organisiert werden, die mindestens den Erwerb von Teilqualifikationen sichern. Ohne Qualifikationen lassen sich die Erwerbsaussichten dieser Gruppe langfristig nicht verbessern.

Mit dem in 2007 gestarteten INNOPUNKT-Wettbewerb „Nachhaltige Zugangswege für formal Geringqualifizierte in Beschäftigung unter Einbeziehung europäischer Erfahrungen“ erprobt das Land in den nächsten drei Jahren Möglichkeiten, wie Lernen im Prozess der Arbeit für diese Gruppe gangbar gemacht werden kann. Betriebliche Zugangswege sollen mit Bildungsgelegenheiten für Geringqualifizierte gekoppelt werden, z. B. durch arbeitsintegriertes Lernen, das heißt Lernen im Kontext von (betrieblichen) Praxisanforderungen. Auch Ansätze wie die „individuelle Fallorientierung“ oder Qualifizierungen, welche die Beschäftigung begleiten, bzw. dieser vor- oder nachgeschaltet sind, stellen Lösungsansätze zur Verbindung von Arbeiten und Lernen dar und werden durch Modellvorhaben im Rahmen der INNOPUNKT-Initiative ausprobiert.

Hierbei lohnt sich auch ein Blick in andere europäische Nachbarländer, die sich mit dem Thema seit längerem beschäftigen. Auch in diesen Ländern geht es um die zentrale Frage, wie lassen sich für die Gruppe der Geringqualifizierten mehr Zugänge zum lebenslangen Lernen schaffen und wie können Unternehmen intensiver in die Gestaltung

der Prozesse des lebenslangen Lernens eingebunden werden. In den einzelnen Modellprojekten soll ein reger Erfahrungs- und Erkenntnisaustausch zwischen verschiedenen europäischen Partnern stattfinden.

Das INNOPUNKT-Modellvorhaben zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit fehlenden bzw. geringen Qualifikationen wird wissenschaftlich begleitet und bewertet. Aussagen zu Ergebnissen und Wirkungen werden Ende 2010 vorliegen.

#### **4.2.3 Regionalisierung der Arbeitspolitik als geeigneter Weg**

Das Land Brandenburg hat bereits vor einigen Jahren mit dem Prozess der regionalen Kompetenzbildung begonnen. Denn sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene wird seit längerem die Regionalisierung von politischen Entscheidungsprozessen als Notwendigkeit erkannt. Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis, dass durch die Beförderung endogener Potenziale Räume bzw. Regionen ihre Stärken und Vorteile besser zur Geltung bringen können. Den Regionen werden zusehends mehr Aufgaben übertragen, dabei erhalten die lokalen und kommunalen Akteure eine Schlüsselrolle bei der Formulierung und Umsetzung von regionalen Politiken. Diese Entwicklung lässt sich natürlich auch für den Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nachvollziehen. Auch hier wurde erkannt, dass Kommunen aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse vor Ort die geeignete Ebene zur Konzipierung und Umsetzung von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind. Denn erst im Zusammenspiel mit regionaler Struktur- und Wirtschaftspolitik lässt sich Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsabbau wirksam bekämpfen.

Hieran knüpft auch die Arbeitsmarktreform des Bundes. Seit der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende sind die Kommunen aktiv in die Arbeitsmarktpolitik einbezogen. Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurden ihnen neue Aufgaben bzw. Zuständigkeiten übertragen. Im Ergebnis sind sie nunmehr auch konkret in die Arbeitsvermittlung eingebunden. Die Möglichkeiten, die sich mit diesem arbeitsmarktpolitischen Paradigmenwechsel für die lokalen und kommunalen Akteure wie auch für die Sozialpartner ergeben, erfordern jedoch ein klares Handlungsverständnis. Es gilt, die unterschiedlichen Handlungslogiken, Ressourcen und Zieldefinitionen für eine wirksame kommunale Beschäftigungspolitik in Übereinstimmung zu bringen. Auf lokaler Ebene werden derzeit die beiden Förderansätze „Regionalbudget“ und „Kommunalkombi“ zur Bekämpfung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit unter Einbeziehung der kommunalen Akteure eingesetzt.

#### **Mehr regionale Verantwortung durch Regionalbudgetförderung**

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Modellphase<sup>150</sup> erhalten seit dem 1. Juli 2007 alle Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg ein Budget aus dem Europäischen Sozialfonds, um in eigener Verantwortung arbeitsmarktpolitische Projekte durchzuführen. Für die Förderung „Beschäftigungsperspektiven eröffnen – Regionalentwicklung stärken“ (Regionalbudget) werden bis 2013 mindestens 18 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stehen, um den Zugang zu Beschäftigung sowie die soziale Ein-

---

150 Zu den konkreten Ergebnissen der Modellphase siehe Abschnitt 4.4.4.2.

gliederung von benachteiligten Personen zu verbessern. Nach der Einführungsphase (vom 01.07.2007 bis zum 30.04.2008) wird jährlich jeweils am 1. März die nachfolgende Förderung gestartet, deren Maßnahmezeitraum am 30. April des Folgejahres endet.

Die Förderung soll insbesondere für die Entwicklung und Erprobung von regionalspezifischen Instrumenten der Arbeitsförderung genutzt werden, die über das reguläre Arbeitsförderinstrumentarium (SGB II und SGB III) hinausgehen. Dazu wurden von den Landkreisen und kreisfreien Städten Konzepte zur Umsetzung der Regionalbudgetförderung erarbeitet, die auf einer regionalen Stärken-Schwächen-Analyse und den bestehenden kreislichen Entwicklungskonzepten aufbauen und jährlich fortgeschrieben werden. Durch diese Herleitung wird die Bindung der Regionalbudgetförderung an die Regionalentwicklung und damit die Sicherung von Nachhaltigkeit erreicht.

Die Steuerung des Programms erfolgt über Zielvereinbarungen zwischen dem MASGF und dem Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt. Für die ersten zwei Förderphasen (2007/2008 und 2008/2009) wurden Ziele und Zielwerte in vier vom MASGF vorgegebenen Zielbereichen vereinbart:

1. Einbeziehung von Arbeitslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, in die Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung
2. Verbesserung der Vermittlungschancen von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Verbesserung der sozialen Teilhabe von arbeitslosen Frauen und Männern
4. Anregung von Akteurskooperationen und Netzwerkbildung vor Ort

Landesweit einheitlich und ESF-konform wurden hierzu Zielwerte zu den Output-Indikatoren „Teilnehmerinnen und Teilnehmer“ sowie „Zahl der Netzwerke“ und den Ergebnis-Indikatoren „Übergangsquote in Beschäftigung“ und „Beteiligung am Netzwerk“ vereinbart. Die Zielwerte der Outputindikatoren sind jeweils bis zum Ende des Maßnahmenzeitraums zu erreichen. Mit der Vereinbarung von Ergebniszielen (Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Ausbildung oder Selbständigkeit nach Abschluss der Förderung) soll die Nachhaltigkeit der Förderung gesichert werden. Durch Landtagsbeschluss vom 7. März 2007 ist als weiterer landesweiter Indikator der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmern festgelegt, der mindestens ihrem Anteil an allen Arbeitslosen in Brandenburg entsprechen muss. Für die 1. Förderphase (Juli 2007–April 2008) wurden insgesamt knapp 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte eingebunden und eine Übergangsquote in Beschäftigung von ca. 20 Prozent bis zum Ende des Maßnahmenzeitraums vereinbart.

Für die Zielwerte der 2. Förderphase (März 2008–April 2009) sind Steigerungen vorgesehen, so soll die Zahl der Teilnehmenden bei 5.300 liegen und die Übergangsquote in Beschäftigung mittelfristig 21 Prozent betragen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den Projekten ist mit rund 55 Prozent vorgesehen und liegt damit deutlich über deren Anteil an allen Arbeitlosen in Brandenburg (etwa 42 Prozent).

Konkret liegen die Fördersummen für die Regionalbudgets in der zweiten Förderphase 2008/2009 zwischen 740.300 und 1.651.300 Euro je Landkreis bzw. kreisfreier Stadt. Sie setzt sich aus einem Sockel von 400.000 Euro und einem Zuschlag zusammen, der von der Zahl der Arbeitslosen im Vorjahr sowie der Zuordnung zu den Förderregionen Nord-Ost und Süd-West abhängig ist.



Mit der zweiten Förderphase wurde erstmalig ein Bonus in Höhe von je 100.000 Euro zusätzlich zu dieser Fördersumme an maximal 5 Gebietskörperschaften für besonders innovative Projekte ausgelobt. Die Mittel des Regionalbudgets sollen auch für neuartige kreative Ansätze der Integration genutzt werden und somit Beispiele „guter Praxis“ schaffen, die durch andere Regionen und Arbeitsmarktakteure nachgenutzt werden können. Eine Jury hat die eingereichten Projektvorschläge der Landkreise Havelland, Märkisch-Oderland, Potsdam-Mittelmark sowie der kreisfreien Städte Frankfurt (Oder) und Cottbus als beste ausgewählt.

### **Abbau von regionaler Arbeitslosigkeit durch den Kommunal-Kombi**

Die Bundesregierung hat im Juni 2007 ein neues Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden sollen (Kommunal-Kombi), aufgelegt. Die zugehörige Richtlinie wurde am 29.12.2007 veröffentlicht. Das Förderprogramm konnte damit am Jahresanfang 2008 starten.

Dieses Programm soll in Regionen mit verfestigter Arbeitslosigkeit zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen bei Kommunen oder in gemeinwohlorientierten Unternehmen beitragen. Der Kommunal-Kombi richtet sich an 79 Landkreise/kreisfreie Städte in der Bundesrepublik, davon zwölf im Land Brandenburg. Insgesamt sollen – bei einem schrittweisen Aufbau des Programms – insgesamt 100.000 Arbeitsplätze für jeweils drei Jahre gefördert werden. Die Verteilung der Fördermittel des Bundes auf die einzelnen Regionen erfolgt entsprechend dem Anteil an den Arbeitslosen in den Regionen. Auf Brandenburg entfällt dadurch ein Kontingent von insgesamt 11.309 Plätzen.

Die Maßnahmen selbst richten sich an erwerbsfähige Hilfebedürftige, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind und seit mindestens zwölf Monaten ALG II beziehen. Für diese sollen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, auf denen zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten der Kommunen wahrgenommen werden. Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt auf tariflicher oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, auf vergleichbarer Basis. Die Arbeitszeit soll im Regelfall 30 Stunden betragen.

Der Bund beteiligt sich mit bis zu 50 Prozent, maximal jedoch 500 Euro an den Kosten des Arbeitnehmerbruttoentgelts und darüber hinaus aus ESF-Mitteln des Bundes mit maximal 200 Euro an den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung. Des Weiteren ist eine verstärkte Förderung Älterer (Ü50) mit weiteren 100 Euro möglich. Zuwendungsempfänger sind die Kommunen oder im Einvernehmen mit ihnen tätige Dritte.

Mit dem Programm erfolgt eine den gesetzlichen Rahmen ergänzende Unterstützung der von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen Deutschlands. Darüber hinaus wendet sich das Programm an eine Zielgruppe (erwerbsfähige Hilfebedürftige mit mindestens zweijähriger Dauer der Arbeitslosigkeit), für die die üblichen Vermittlungsmöglichkeiten entweder nicht hinreichen oder die – auch unabhängig von persönlichen Voraussetzungen – kaum mehr eine Chance auf Integration in reguläre Beschäftigung haben. Letzteres gilt z. B. für viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diesen eröffnet das Programm einen gleitenden Übergang in die Rente. Andere Langzeitarbeitslose können durch das Programm gezielt aktiviert werden. Insgesamt kann das Programm einen Beitrag zu einem substanziellen Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit leisten.

Zur Umsetzung in Brandenburg: Das Land kann bis zu 7.539 Beschäftigungsverhältnisse mit Landeszuschüssen in Höhe von 150 Euro je Teilnehmer/-in und Monat ergänzend finanzieren. Das Programm stößt in Brandenburg insgesamt auf großes Interesse der Kommunen: Mit Stand vom Juni 2008 lagen beim Bundesverwaltungsamt insgesamt 923 Anträge für rund 1.600 Stellen aus dem Land Brandenburg vor.

Die Landkreise und kreisfreien Städte haben eine große Bereitschaft signalisiert, Einsparungen, die sie im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende erzielen, zur Finanzierung des Programms einzusetzen; in diesen Fällen sind derzeit kommunale Zuschüsse im Umfang von 65 Euro bis 300 Euro je Teilnehmer/-in und Monat vorgesehen. Besonders weit fortgeschritten ist die Umsetzung des Programms in den Landkreisen Elbe-Elster, Uckermark, Prignitz, Oder-Spree und Barnim. Angesichts der späten Klärung der Förderbedingungen durch den Bund und der Notwendigkeit der anschließenden Schaffung der haushälterischen Voraussetzungen im Land und in den Kommunen ist die aktuelle Antragslage mehr als zufriedenstellend. Ursächlich für die Vorreiterrolle des Landes bei der Akzeptanz des Programms ist neben der zeitigen Bereitstellung von Zuschüssen durch den Landesgesetzgeber eine klare Kommunikationsstrategie mit den Zielregionen. Um den Erfolg bei der Umsetzung zu unterstützen, hat das MASGF darüber hinaus eine Praxishilfe bereitgestellt, die zahlreiche Beispiele für potenzielle Einsatzfelder enthält, und die durch Darstellungen gelungener Kommunal-Kombi-Maßnahmen fortgeschrieben werden soll (Erfahrungstransfer).

#### **4.3 Arbeitspolitisches Programm „In Menschen investieren – Regionen stärken“**

Die Themenfelder der Brandenburger Arbeitspolitik und deren konkrete Orientierung in 2007/2008 zeigen, dass die Landespolitik die neuen Herausforderungen, die in Folge des demografischen Veränderungsprozesses und des sozioökonomischen Strukturwandels sowie der grundlegenden Reformen am Arbeitsmarkt entstanden sind, erkannt und entsprechende Aktivitäten entwickelt hat. Erforderlich war in dem Zusammenhang eine Neubestimmung der arbeitspolitischen Strategie des Landes, in deren Ergebnis ein neues Landesprogramm entstanden ist. Mit dem Arbeitspolitischen Programm Brandenburgs „In Menschen investieren – Regionen stärken“, finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg, wird ein neuer Weg eingeschlagen. Ein Mehr an Verantwortungsteilung, ein Mehr an Akteurskooperation sowie (europäischem) Erfahrungsaustausch und ein Mehr an individuellen Gestaltungsperspektiven kennzeichnen das neue Programm.

##### **4.3.1 Neuausrichtung des Landesprogramms für mehr und bessere Arbeit**

Das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ (LAPRO) ist im Berichtsjahr 2007 durch das **neue Arbeitspolitische Programm des Landes Brandenburg** abgelöst worden. Im Zuge der grundlegenden Reformen am Arbeitsmarkt wie auch veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (u. a. demografischer Wandel) war eine strategische Neuausrichtung des bisherigen Landesprogramms notwendig. Für die Bewältigung der neuen Herausforderungen, die sich insbesondere in den Betrieben, in den Regionen des Landes und im Beschäftigungssystem zeigen, bedarf es vor allem



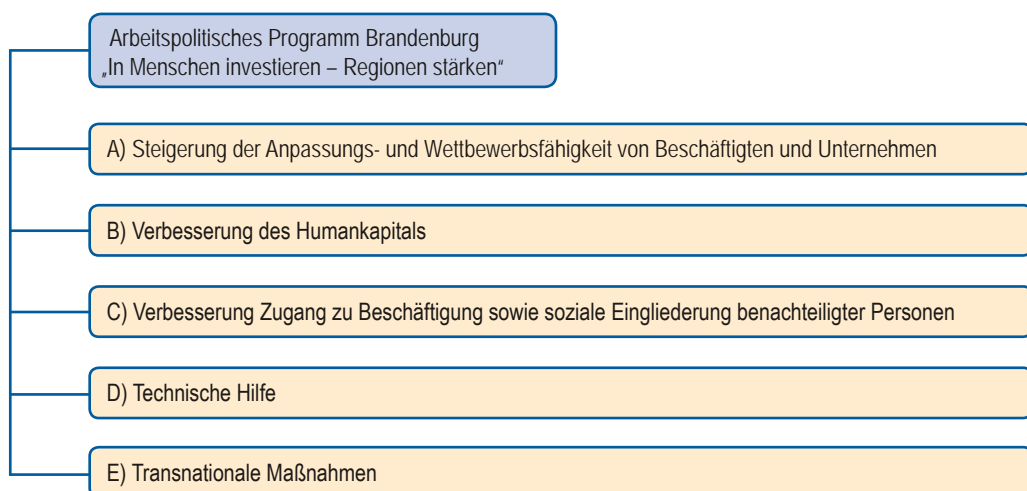
eines Fördersystems, welches die Verantwortung der einzelnen Akteure am Arbeitsmarkt deutlich stärkt. Gestaltungsperspektiven für Menschen, Betriebe und Regionen zu eröffnen heißt auch, deren Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit nachhaltig zu verbessern. Die Sicht auf „Arbeit“ hat sich verändert, neben der wichtigen politischen Forderung „Arbeit für alle“ will sich das Land mit seiner Arbeitspolitik auf den Weg zur „guten Arbeit“ machen. Die strategische Herausforderung liegt – trotz der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Brandenburg – in der Nutzung, Erhaltung und Weiterentwicklung der menschlichen Ressourcen. Denn nur über die Entwicklung und Bewahrung von Kreativität und Kompetenz der Beschäftigten in der Arbeit selbst kann die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und des Landes gewährleistet werden. Mit dem neuen Arbeitspolitischen Programm Brandenburg will das Land hier konsequent ansetzen. Das Oberziel des Programms lautet daher „Stärkung der Humanressourcen“.

Das Arbeitspolitische Programm unterscheidet sich von seinem Vorgängerprogramm insoweit, als dass mehr denn je die Menschen und ihre Fähigkeit zum Lernen, zur berufsbezogenen Qualifizierung – kurzum ihre Fähigkeit zur Anpassung an sich immer schneller wandelnde Anforderungen – im Mittelpunkt stehen. Neben dem Einzelnen werden auch Unternehmen, Regionen und der Staat für diese Aufgabe in die Verantwortung genommen. Es geht künftig um eine geteilte Verantwortung zwischen Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Eingesetzt werden die zur Verfügung stehenden Mittel, um die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu verbessern, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Fachkräfte zu sichern, die Beschäftigungschancen und -möglichkeiten von Arbeitsuchenden zu erweitern und so Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Brandenburg zu stärken. Von großer Bedeutung ist weiterhin die Förderung der beruflichen Erstausbildung, um den jungen Menschen des Landes gute Chancen zur Teilnahme am Erwerbsleben in Brandenburg zu eröffnen.

Die Struktur des neuen Arbeitspolitischen Programms Brandenburg orientiert sich an der Gliederung und dem Zielsystem des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Einsatz des ESF in der Förderperiode 2007–2013. Das Programm ist untergliedert in fünf Prioritätsachsen (A bis E).

### Grafik 19

#### Arbeitspolitisches Programm Brandenburg nach Prioritätsachsen



Die förderpolitischen Interventionen des Landes sind vier der fünf oben aufgeführten Prioritätsachsen A bis E<sup>151</sup> zugeordnet, die jeweils strategische und spezifische Zielsetzungen verfolgen. Die Prioritätsachsen haben Bund und Länder einheitlich festgelegt. Die strategischen Ziele des Arbeitspolitischen Programms sind offen formuliert (vgl. Übersicht 2), dies bedeutet eine größere Flexibilität in der Programmgestaltung. Um auf veränderte Umstände reagieren und auch mögliche Fehlentwicklungen korrigieren zu können, sind die Wege der Zielerreichung nicht mehr fest vorgegeben. Gemäß dem Prinzip der Zielsteuerung sind innerhalb der Prioritätsachse spezifische Ziele (Wirkungsziele) formuliert, die mit verschiedenen Förderaktivitäten erreicht werden sollen. Die im Arbeitspolitischen Programm zusammengefassten Förderungen müssen sich an den formulierten Wirkungszielen messen lassen. Die stärker zielorientierte Ausrichtung des neuen Landesprogramms gewährleistet eine effektivere und effizientere Umsetzung der Förderungen.

## Übersicht 2

### Strategische Ziele des Arbeitspolitischen Programms Brandenburg

Strategische Ziele (STZ) der Brandenburger Arbeitspolitik	
STZ 1	Verbesserung der (kontinuierlichen) Bildungsbeteiligung
STZ 2	Verbesserung der Qualifikationssysteme in Brandenburg
STZ 3	Stärkung des sozialen Zusammenhalts
STZ 4	Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen
STZ 5	Verbesserung der Strategiefähigkeit von Unternehmen
STZ 6	Verbesserung der Qualität von Arbeitsplätzen
STZ 7	Effizienzsteigerung durch Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Akteure am Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Neuformulierung des Arbeitspolitischen Programms Brandenburg wurde das bisherige Landesprogramm auf den Prüfstand gestellt. Erfolgreiche Programmansätze werden weitergeführt und gleichzeitig wurden neue Förderkonzepte eingeführt. Das Land setzt vor allem auf Programme, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad auszeichnen. Im Teil 4.4 wird über das gesamte Förderspektrum, das heißt sowohl über neue als auch über bekannte Förderprogramme und deren Umsetzung berichtet.

#### 4.3.2 Methodik und System der Qualitätssicherung

Mit der Einführung der neuen Steuerungsmethode über Ziele im Arbeitspolitischen Programm sind erhebliche Anpassungen an das Qualitätssicherungssystem verbunden. Das System ermöglicht eine laufende Begleitung und Bewertung der Programmumsetzung. Die Qualität der Zielerreichung rückt somit in den Mittelpunkt. Das heißt, Förderungen müssen sich an den definierten Zielen des Arbeitspolitischen Programms messen lassen.

151 Über die Umsetzung der Prioritätsachse D) Technische Hilfe wird hier im Folgenden nicht berichtet, da es sich hierbei ausschließlich um den Einsatz von Mitteln zur wirksamen Steuerung und Koordinierung der Interventionen des ESF handelt.

Im Kern enthält das neue Qualitätssicherungssystem des Arbeitspolitischen Programms für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 die drei Elemente Programmplanung (Zielsystem), Monitoring und Evaluation:

- Die Programmplanung basiert auf einem komplexen **Zielsystem**, welches aus strategischen Zielen (vgl. Übersicht 2) besteht, die in den vier Prioritätsachsen A-C und E des Arbeitspolitischen Programms in Form spezifischer Ziele umgesetzt werden. Die spezifischen Ziele sind so formuliert, dass sie als direkte Wirkung bzw. Ergebnis zu bestimmten Zeitpunkten der Programmumsetzung messbar sind. Sowohl für die spezifischen Ziele als auch für die Fördermaßnahmen sind entsprechende Output- und Ergebnisindikatoren sowie Zielwerte, bezogen auf den Output der Förderung und dessen Ergebnis bzw. Wirkung, festgelegt. So z. B. die Anzahl der zu erreichenden teilnehmenden Personen und Betriebe sowie Übergangsquoten in Ausbildung und Beschäftigung.
- Das **Monitoring** hat die Aufgabe, die finanziellen und materiellen Umsetzungsdaten laufend zu erheben und zu kontrollieren. Die Auswertung und Aufbereitung der Monitoringdaten ist für die Programmsteuerung unentbehrlich. Zudem liefert das Monitoring die Datenbasis für vertiefende Evaluationen. Die Daten werden über sogenannte „Stammbblätter“ direkt von den Zuwendungsempfängern, den Projektträgern, erhoben. Auch von Personen, die an den Maßnahmen teilnehmen, sowie von beteiligten Unternehmen werden Daten und Informationen erfragt, die Auskunft darüber geben sollen, wer an der Förderung beteiligt ist und mit welchem Erfolg. Mit diesen Informationen ist für jedes Förderjahr und für jede Förderung darstellbar, welche Leistungen jeweils erzielt wurden. Um jedoch mehr über die Folgen der Leistungen, das heißt über Ergebnisse und Wirkungen der Maßnahmen zu erfahren, sind wissenschaftliche Bewertungen in Form von Evaluationen notwendig.
- Als drittes Element der Qualitätssicherung sind daher **Evaluationen** vorgesehen. Durch sozialwissenschaftliche Evaluationsstudien kann der begrenzten Aussagekraft des Monitorings begegnet werden, indem vertiefende Befunde zur Akzeptanz, Wirkung und Wirksamkeit bestehender Programme ermittelt werden. Evaluationen haben die Funktion der wissenschaftlichen Begleitung für die Messung der Ergebnisse und Wirkungen. Zudem dienen Evaluationen der Beantwortung möglicher „Randfragen“, die sich im Rahmen von Förderprogrammen ergeben können, wie zum Beispiel nicht-intendierte Folgen einer Förderung. Nicht nur die Frage nach dem Erfolg von Förderansätzen ist für das Land von zentraler Bedeutung, sondern auch die Frage nach dem warum. Das heißt, aus welchem Grund sind bestimmte Förderungen erfolgreich bzw. weniger erfolgreich. Qualitative Studien zur Implementierung von Förderungen ermöglichen Aussagen zur optimalen Gestaltung und Umsetzung. Die Evaluationsstudien werden als Forschungsaufträge an einschlägige sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen und Institute vergeben. Die Ergebnisse fließen direkt in die Weiterentwicklung bestehender bzw. in die Entwicklung neuer Programme ein. Neben den unmittelbaren Programmevaluationen werden zudem Studien und Forschungsaufträge vergeben, die entweder als Ex-ante- oder Ex-post-Untersuchungen angelegt sind. Mit Hilfe dieser Untersuchungen können einerseits gezielt Forschungsfragen verfolgt und konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden, die sich beispielsweise aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen ergeben, wie etwa die Entwicklung des regionalen Fachkräftebedarfs vor dem Hintergrund demografischer

Prozesse. Andererseits erfordert eine wirksame Arbeitsmarktpolitik die kontinuierliche Beobachtung der regionalen und sektoralen Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung, um rechtzeitig Trends und Problemlagen erkennen sowie anschließend geeignete Maßnahmen entwickeln zu können. Ein wichtiges Instrument ist hierbei das Betriebspanel, das in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) durchgeführt wird. In Form einer Wiederholungsbefragung werden jährlich Informationen zur Betriebs- und Beschäftigungsentwicklung im Land Brandenburg erhoben. Das MASGF veröffentlicht den Länderbericht des IAB-Betriebspanels jährlich in seiner Forschungsreihe.

Mit den Verfahren der Qualitätssicherung wird zur Verbesserung und Optimierung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung beigetragen. Erkennbar beispielsweise in einem höheren Wirkungsgrad der Fördermaßnahmen, wie etwa beim Übergang in Ausbildung und Beschäftigung. Das Qualitätssicherungssystem hat die Prozess-, Produkt- und Ergebnisqualität der Fördermaßnahmen auf Programmebene zu sichern. Mit der Ausrichtung auf Zielsteuerung steht das System der Qualitätssicherung vor neuen Herausforderungen und erfordert eine ständige Weiterentwicklung der Verfahren und Instrumente. Voraussetzung für diesen Entwicklungsprozess ist ein ständiger und intensiver Austausch zwischen Wissenschaft und Verwaltung/Politik. So organisiert das MASGF z. B. einen regelmäßigen Expertendialog zwischen Wissenschaft und Verwaltung, der unter anderem das Thema „Qualität von Evaluation“ bearbeitet. Die relativ junge Evaluationsforschung kann einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Förderpolitik leisten, dies erfordert jedoch auf verschiedenen Ebenen qualitative Weiterentwicklungen, insbesondere im Bereich der Methodik.

#### **4.4 Zentrale Ergebnisse der Arbeitsförderung in 2007**

Im Folgenden wird das Fördergeschehen im Rahmen des Arbeitspolitischen Programms Brandenburg für das Jahr 2007 beschrieben. Angesichts des Beginns der neuen ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 kann das Jahr 2007 als sogenanntes ‚Übergangsjahr‘ bezeichnet werden. Denn im hier betrachteten Förderjahr 2007 fielen Zuwendungen und Auszahlungen aus den Operationellen Programmen der Förderperiode 2000 bis 2006 sowie der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 zusammen. Damit sind beispielsweise Vorjahresvergleiche für einzelne Förderprogramme nicht ohne Weiteres möglich.

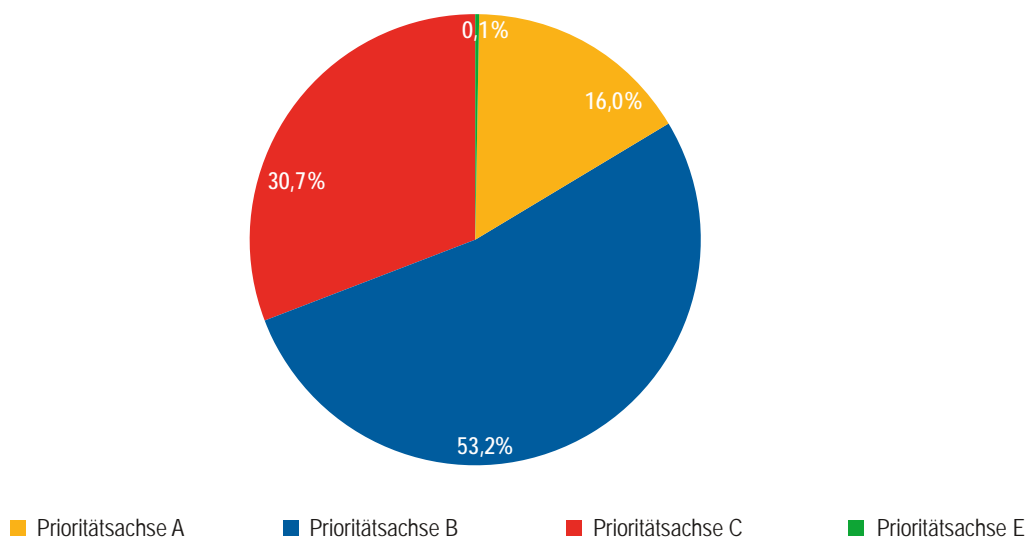
##### **4.4.1 Gesamtüberblick**

Unter dem Gesamtziel „Entwicklung und Verbesserung der Humanressourcen“ des Arbeitspolitischen Programms Brandenburg wurden im Jahr 2007 durch das MASGF Fördermittel in Höhe von rund 105 Mio. Euro ausgezahlt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtsumme der Auszahlungen um ca. 2 Mio. Euro verringert, die Zahl der Förderfälle ist jedoch gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Großteil der Mittel für die Brandenburger Arbeitsförderung wird durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) bereitgestellt. So betrug das Volumen der ESF-Mittel an den Auszahlungen rund 99 Mio. Euro. Als nationale Kofinanzierung wurden ergänzend rund 6,5 Mio. Euro Landesmittel eingesetzt.

Entsprechend der Struktur des Arbeitspolitischen Programms sind vier Prioritätsachsen zu unterscheiden, die hinsichtlich der Mittelverteilung eine unterschiedliche Gewichtung aufweisen (vgl. Grafik 20): Fast 70 Prozent der ausgezahlten Mittel wurden in den Prioritätsachsen A und B eingesetzt und leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Humanressourcen und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Ein besonderes Gewicht bei den ausgezahlten Fördermitteln erhielt die Prioritätsachse B mit dem Ziel „Verbesserung des Humankapitals“, hier sind rund 56 Mio. Euro vornehmlich für die berufliche Erstausbildung ausgezahlt worden. Das entspricht einem Anteil an allen ausgezahlten Mitteln von rund 53 Prozent. Der Anteil der Prioritätsachse A betrug demgegenüber 16 Prozent. So sind für die „Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten“ ca. 17 Mio. Euro ausgezahlt worden. Der dritte große Förderbereich – die Prioritätsachse C – zielt auf die „Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von Benachteiligten“. Hier sind über 30 Mio. Euro geflossen. Mit einem wesentlich geringeren Anteil an ausgezahlten Fördermitteln ist die Prioritätsachse E beteiligt, hierauf entfielen 0,1 Prozent der Auszahlungen. Im Bereich „Transnationalität“ erfolgte der Mitteleinsatz vornehmlich mit dem Ziel, den transnationalen Erfahrungsaustausch mit Partnern zu organisieren und neue Ansätze modellhaft unter Einbindung europäischen Wissens zu erproben, wie in der INNOPUNKT-Initiative „Neue Zugangswege für Geringqualifizierte“.

### Grafik 20

**Verteilung der im Jahr 2007 ausgezahlten Fördermittel des Arbeitspolitischen Programms nach Prioritätsachsen**



Insgesamt nahmen im Berichtsjahr 2007 mehr als 63.000 Personen an Förderungen des Landes teil, ein Großteil von ihnen wurde qualifiziert bzw. in zumindest zeitweilige Beschäftigung gebracht. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Zahl der in Förderaktivitäten des Landes involvierten Menschen um mehr als 8.000 Personen erhöht werden. Die Zahl der geförderten Personen entspricht einer Abdeckungsquote von rund 4,7 Prozent

an allen zivilen Erwerbspersonen in Brandenburg, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 0,6 Prozentpunkte (2006: 4,1 Prozent).

Von den geförderten Personen waren rund 20.000 Frauen. Damit liegt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Förderfälle bei fast 32 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung des Frauenanteils um 2,6 Prozentpunkte (2006: 29,3 Prozent). Dem Ziel Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern folgend, setzt das Land neben spezifischen Maßnahmen zur Frauenförderung auch auf die Entwicklung von Gender-Kompetenz. Beispielsweise indem auf Programm- und Projektebene entsprechende Zielformulierungen vorgenommen werden, wie etwa eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit wird bei der Bewertung der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Fördermaßnahmen ebenfalls berücksichtigt. In den jeweiligen Prioritätsachsen nehmen Frauen an den Fördermaßnahmen in unterschiedlichem Maße teil. Die Förderung der Erstausbildung setzt vornehmlich im gewerblich-technischen Bereich an (Ausbildungsverbünde, überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk), hier sind die Frauenanteile insgesamt eher geringer. Demgegenüber gibt es wiederum Förderansätze, in denen Frauen überproportional beteiligt sind, wie etwa in den Programmen „Aktiv für Arbeit“ oder „Akademie 50plus“.

Tabelle 10 weist die Verteilung der Förderfallzahlen und der Fördermittel auf die jeweiligen Prioritätsachsen des Arbeitspolitischen Programms aus. Die meisten Förderfälle – entsprechend dem dort höchsten Mittelvolumen – entfallen auf die Prioritätsachse B, in der schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Erstausbildung vertort sind. Ebenfalls beträchtlich ist die Zahl der Förderfälle in der Prioritätsachse C, in der vorwiegend langzeitarbeitslose Menschen gefördert werden. Auch die sogenannten „Nichtleistungsbeziehenden“ sind eine wichtige Zielgruppe in diesem Förderbereich.

**Tabelle 10**  
**Gesamtbilanz des Arbeitspolitischen Programms in 2007 –**  
**Förderfälle und Mitteleinsatz**

Schwerpunktbereich	Bewilligte Anträge	Förderfälle		Fördermittel ausgezahlt in 2007	
		Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent
Prioritätsachse A – Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen	718	8.619	2.949	16,76	16,0
Prioritätsachse B – Verbesserung des Humankapitals	1.132	38.272	9.622	55,67	53,2
Prioritätsachse C – Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von Benachteiligten	1.325	16.141	7.551	32,13	30,7
Prioritätsachse E – Transnationale Maßnahmen	9	22	5	0,09	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>3.184</b>	<b>63.054</b>	<b>20.127</b>	<b>104,66</b>	<b>100,0</b>



Im Weiteren werden das Fördermittelvolumen sowie die Förderfallzahlen innerhalb der einzelnen Prioritätsachsen näher betrachtet. Es werden vor allem die Fördermaßnahmen herausgestellt, die eine erhebliche quantitative Bedeutung aufweisen und für die sich positive Effekte sowohl in den Betrieben und bei den Beschäftigten als auch bei den arbeitslosen Menschen nachweisen lassen.

#### **4.4.2 Programme zur Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen (Prioritätsachse A)**

##### **Überblick**

In der Prioritätsachse A werden vornehmlich Maßnahmen durchgeführt, die unmittelbar auf der betrieblichen Ebene ansetzen und verschiedene Aspekte der betrieblichen Personalpolitik umfassen. Insgesamt wurden in diesem Bereich 16,8 Mio. Euro ausgezahlt, davon rund 3 Mio. Euro Landesmittel. Erreicht werden konnten damit rund 8.600 Frauen und Männer, die zum überwiegenden Teil in Kleinst- und Kleinunternehmen beschäftigt sind. Der Frauenanteil beträgt 34,2 Prozent.

Innerhalb der Prioritätsachse A lassen sich mehrere spezifische Ziele unterscheiden: Neben dem Ausbau der strategischen Kompetenzen von KMU im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung, einschließlich einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wird die Erzielung von Arbeitsplatzeffekten durch die Schaffung selbständiger Arbeit beabsichtigt. Weiterhin wird eine bessere Beteiligung aller Beschäftigten an berufsbegleitender Weiterbildung sowie die Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen durch alternsgerechte und gesundheitsorientierte Gestaltung der Arbeitsorganisation angestrebt. Zur Erreichung dieser Ziele werden verschiedene Förderaktivitäten durchgeführt. Im Berichtsjahr 2007 ist bereits ein Großteil der vorgesehenen Förderaktivitäten gestartet, um die formulierten Zielstellungen im Rahmen des arbeitspolitischen Programms zu erreichen und entsprechende Wirkungen zu erzielen<sup>152</sup>. Weitere Förderaktivitäten werden vor allem in den Jahren 2008 und 2009 hinzukommen.

##### **Zu den Förderungen im Einzelnen**

Mit der Richtlinie zur Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen soll gezielt die Strategiefähigkeit im Bereich Personalpolitik und Unternehmensorganisation verbessert und Beschäftigte verstärkt in betriebliche Weiterbildungsaktivitäten eingebunden werden. Die Inanspruchnahme war in 2007 beachtlich, mehr als 677 Anträge wurden bewilligt. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von über 5 Mio. Euro ausgezahlt. Damit konnten fast 5.000 Beschäftigte und Führungskräfte qualifiziert, gecoacht und beraten werden. Der Frauenanteil liegt bei 28 Prozent und entspricht in etwa ihrer Beschäftigungsquote in den beteiligten Branchensegmenten und Betriebsgrößen (vornehmlich Kleinstunternehmen mit 5 bis 9 Beschäftigten).

---

<sup>152</sup> Valide Aussagen zu den arbeitspolitischen Wirkungen und Effekten werden im Rahmen der Halbezeitbilanz der Umsetzung des arbeitspolitischen Programms sowie zum Ende der ESF-Förderperiode 2007–2013 erwartet.



**Tabelle 11****Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse A**

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel ausgezahlt in 2007	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
Qualifizierung in KMU	4.999	1.401	5,18	4,9
Einstiegsteilzeit für Jugendliche	553	227	1,14	1,1
Lotsendienste	1.643	681	5,13	4,9
Junge Leute machen sich selbständig	251	90	0,77	0,7
Qualifizierung in der Kulturwirtschaft	25	13	0,08	0,1

\* Anteil bezogen auf **alle** ausgezahlten Mittel im Arbeitspolitischen Programm

Ein Förderansatz, der ebenfalls zur Stärkung der strategischen Kompetenzen von KMU hinsichtlich der Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsorganisation beiträgt, ist die Einstiegsteilzeit für Jugendliche. Mittels dieses Ansatzes gelingt es, die Beschäftigungschancen arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Jugendlicher zu verbessern, indem ein Berufseinstieg über Teilzeitbeschäftigung und Praktika sowie Qualifizierung unterstützt wird. Die Umsetzung des Projektes erfolgt mit Unterstützung von Grundsicherungsstellen und den Agenturen für Arbeit. Im Jahr 2007 konnten insgesamt 553 Jugendliche erfolgreich vermittelt werden. Der Anteil junger Frauen liegt bei 41 Prozent. Ausgezahlt wurden in 2007 rund 1,14 Mio. Euro.

Ein probates Mittel zur Erzielung von Arbeitsplatzeffekten stellt die Ausweitung der beruflichen Selbständigkeit bzw. die Unterstützung von Existenzgründungen dar. Mit den beiden Förderansätzen „Lotsendienste“ und „Junge Leute machen sich selbständig“ werden gründungswillige Personen gefördert sowie Unternehmensnachfolgen von hauptsächlich kleineren Unternehmen in Brandenburg gesichert. Im Rahmen der „Lotsendienste“ konnten in 2007 insgesamt mehr als 1.600 Personen im (Vor-)Gründungsprozess beraten und betreut werden, davon 681 Frauen. Der Frauenanteil von 41,4 Prozent ist insoweit beachtlich, da ihr Anteil im Bundesdurchschnitt bei nur rund 30 Prozent liegt. Die Höhe der ausgezahlten Mittel lag bei 5,13 Mio. Euro. Von den Personen, die den Weg in die berufliche Selbständigkeit planen und die Unterstützung des Landes hierbei nutzen, waren fast 70 Prozent arbeitslos gemeldet, davon über 40 Prozent sogar langzeitarbeitslos. Ein Großteil der gründungsinteressierten Personen, die durch die Lotsendienste unterstützt werden, möchte durch den Übergang in die selbständige Erwerbsarbeit ihre Arbeitslosigkeit beenden. Über die Hälfte der Teilnehmer/-innen weist qualifizierte Abschlüsse auf und weitere 22 Prozent verfügen sogar über einen Hochschulabschluss. Damit sind die Startchancen für die Teilnehmenden im Förderprogramm Lotsendienst denkbar gut, denn der Großteil von ihnen verfügt über berufliche Kenntnisse und Erfahrungen, die bei einer Existenzgründung unverzichtbar sind. Mit dem Programm „Junge Leute machen sich selbständig“ werden gezielt Jugendliche und junge Erwachsene für den Weg in die berufliche Selbständigkeit motiviert

und vorbereitet. Aufgrund der häufig fehlenden beruflichen Erfahrung ist für die jungen Gründungsinteressierten ein spezifisches Beratungsangebot konzipiert worden. Eingebunden in Gründungswerkstätten werden sie eng begleitet und intensiv beraten. In den Werkstätten der drei Projekte „enterprise“, „Young Companies“ und „garage-lausitz“ wurden in 2007 insgesamt 251 Jugendliche, davon 90 junge Frauen betreut. Dafür sind Mittel in Höhe von 0,77 Mio. Euro geflossen.

Ebenfalls zur Unterstützung des Existenzgründungsgeschehens sowie zur betrieblichen Stabilität trägt das Förderprogramm „Qualifizierung in Kulturberufen“ des MWFK bei. Bei diesem neuen Förderansatz werden insbesondere Selbständige, Freiberufler und Beschäftigte aus dem Bereich der Kulturwirtschaft angesprochen. Mit Qualifizierungs- und Beratungsangeboten sowie Vernetzungsaktivitäten, die bereits im Rahmen der INNOPUNKT-Kampagne „Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft“ modellhaft erprobt wurden, soll die Beschäftigungsentwicklung in der stark instabilen Branche nachhaltig gestärkt werden. Hierfür wurden in 2007 Mittel in Höhe von 0,08 Mio. Euro ausgezahlt. Bislang haben 25 Personen, davon 13 Frauen teilgenommen.

Mit den beiden INNOPUNKT-Kampagnen „Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft“ und „Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, die noch bis Mitte 2008 laufen, sollen einerseits Beschäftigungspotenziale in wachsenden Branchen besser genutzt und andererseits die Innovationsfähigkeit und somit die Wettbewerbsposition von KMU verbessert werden. Mittels der Modellförderung sucht das Land nach innovativen Ideen, die gemeinsam mit Projektträgern und Unternehmen praxisnah ausprobiert werden können. Insgesamt konnten in beiden Kampagnen bisher rund 1.000 Beschäftigte und Führungskräfte eingebunden werden. Der Frauenanteil liegt bei rund 44 Prozent.

#### **4.4.3 Programme zur Verbesserung des Humankapitals (Prioritätsachse B)**

##### **Überblick**

Die Prioritätsachse B nimmt im Arbeitspolitischen Programm einen hohen Stellenwert ein. Der Großteil der Fördermittel fließt in diesen Bereich, allein in 2007 wurden Mittel in Höhe von 55,7 Mio. Euro ausgezahlt, davon über 3 Mio. Euro Landesmittel. Überwiegend zielen die Maßnahmen in dieser Achse auf die Sicherung der beruflichen Erstausbildung sowie die Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsfähigkeit. Das Land setzt hier bewusst einen seiner arbeitspolitischen Schwerpunkte, denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist die beste Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme am Erwerbsleben. Die besondere förderpolitische Relevanz schlägt sich demzufolge auch in den Förderfallzahlen nieder, insgesamt 38.272 Personen wurden in 2007 erreicht, davon 9.622 Frauen.

Ebenso wie in der Prioritätsachse A lassen sich innerhalb der Prioritätsachse B verschiedene spezifische Ziele unterscheiden, denen entsprechende Fördermaßnahmen zugeordnet sind. Gegenüber der Achse A ist der Zielkorridor in diesem Bereich jedoch deutlich umfangreicher. Mittels verschiedener Zielaspekte soll zur Erhöhung der Investition in Bildung und Wissen beigetragen werden. Im Fokus steht zum einen die Verbesserung des Humanpotenzials im Bereich Forschung und Wissenschaft zur Sicherung der Innovationsfähigkeit. Mit dem Ziel Verbesserung der betrieblichen Qualifizierung und des Wissenstransfers durch Netzwerke wird zum anderen der Erwerb neuer Wis-

sens beabsichtigt. Ferner sind die Sicherung der Erstausbildung und die Schließung der Ausbildungsplatzlücke sowie die Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsfähigkeit junger Menschen zentrale Zielkoordinaten in dieser Prioritätsachse. Zu guter Letzt stehen das System der Aus-, Fort- und Weiterbildung und deren Qualitätssteigerung selbst im Zentrum förderpolitischer Aktivitäten.

### Zu den Förderungen im Einzelnen

Neu gestartet in 2007 ist die Richtlinie des MWFK zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Im Rahmen der gezielten Nachwuchsförderung im Hochschulbereich (Forschung und Lehre) wurden bislang 65 Personen eingebunden, davon 30 Frauen. Ausgezahlt wurden Mittel in Höhe von 0,01 Mio. Euro.

Um allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, der zu einem anerkannten Berufsabschluss führt, hat die Landesregierung verschiedene Förderinstrumente aufgelegt, um die Ausbildungsplatzlücke zu schließen. Mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost auf Grundlage eines Bund-Länder-Abkommens werden zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche, die unmittelbar vor Ausbildungsbeginn bei einer Agentur für Arbeit in Brandenburg als noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzsuchende gemeldet sind, geschaffen. Dafür hat das Land in 2007 über 40 Mio. Euro an Fördermitteln ausgegeben. Die beiden Komponenten dieser Förderung (Betriebsnahe Ausbildung, Ausbildung im Kooperativen Modell) wurden von insgesamt 3.284 Jugendlichen, davon 1.241 jungen Frauen in Anspruch genommen.

Die Verbundausbildung als Instrument der Verbesserung der Ausbildungsqualität und der Verbreiterung der betrieblichen Ausbildungsbasis hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Das Auszahlungsvolumen betrug in 2007 rund 4 Mio. Euro, womit 3.850 Auszubildende erreicht wurden. Der Anteil weiblicher Auszubildender an dieser Förderung betrug rund 16,0 Prozent. Den Grund für den insgesamt weiterhin niedrigen Anteil weiblicher Auszubildender bildet die Tatsache, dass Ausbildungsverbünde hauptsächlich im Bereich der gewerblich-technischen Berufe und damit in Berufen, auf die sich Mädchen nur begrenzt orientieren, errichtet werden.

**Tabelle 12**  
**Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse B –**  
**Schwerpunkt Berufliche Ausbildung**

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel ausgezahlt in 2007	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
Ausbildungsplatzprogramm Ost (APRO)	3.284	1.241	40,09	39,4
Ausbildungsverbünde	3.850	605	3,73	3,6
Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk	17.874	2.384	2,46	2,4
Überbetriebliche Ausbildung in der Landwirtschaft	2.848	293	0,43	0,4

\* Anteil bezogen auf **alle** ausgezahlten Mittel im Arbeitspolitischen Programm

Überbetriebliche Ausbildungsformen sind angesichts der kleinbetrieblichen Struktur in Brandenburg unentbehrlich, da häufig in den KMU die für die Ausbildung insgesamt notwendige Ausstattung nicht vorhanden ist. In überbetrieblichen Lehrstätten wird insbesondere die Berufsausbildung im Handwerk und im Landwirtschaftsbereich unterstützt. Die ausgezahlten Mittel für die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk betragen in 2007 rund 2,5 Mio. Euro. Im Jahr 2007 haben rund 17.900 junge Menschen an dieser Maßnahme teilgenommen. Der Anteil weiblicher Auszubildender liegt bei 13,3 Prozent und entspricht damit dem bundesweiten Trend der Unterpräsenz von Frauen in handwerklichen Berufen. Seitens des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) wurden vergleichbare Bildungsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft gefördert. Hierfür sind weitere 0,43 Mio. Euro eingesetzt worden, womit 2.848 Jugendliche und junge Erwachsene gefördert wurden. Der Frauenanteil liegt bei 10,3 Prozent.

Eine Maßnahme, die wiederum in besonderer Weise auf die berufliche Ausbildung von jungen Frauen zielt, ist die Förderung der Ausbildung zur Pharmazeutisch-Technischen Assistentin. Für 21 Teilnehmerinnen und drei Teilnehmer wurden hier 0,31 Mio. Euro ausgegeben. Eine Ausbildung zur Altenpflegerin und zum Altenpfleger nahmen 225 junge Menschen auf, dafür wurden Mittel in Höhe von 1,75 Mio. Euro ausgezahlt.

Voraussetzung für die erfolgreiche Absolvierung einer Berufsausbildung wie auch den Abbau von geschlechtsspezifischen Präferenzen bei der Berufswahl und -orientierung sind solide Kenntnisse über Berufe sowie Ausbildungsmöglichkeiten in Brandenburg. Hier hat das Land verschiedene Förderangebote aufgelegt, die dazu beitragen, die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern und dabei frühzeitig auch Berufsorientierung junger Menschen zu organisieren. Mit dem Förderprogramm „Initiative Oberschule – IOS“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS), das zum Schuljahr 2007/2008 erstmalig an Brandenburger Oberschulen gestartet ist und in 2007 mit 1,36 Mio. Euro gefördert wurde, soll das Berufswahlverhalten positiv beeinflusst werden. In 2007 haben bislang 5.745 Schüler und Schülerinnen an praxisbezogenen Projekten zur Berufsorientierung teilgenommen.

Wie ein bedarfsgerechtes, passgenaues und flexibles Berufsorientierungskonzept genau beschaffen sein muss und wie Praxislernen am besten gelingt, wird derzeit im Rahmen der INNOPUNKT-Kampagne „Systematische Arbeitswelt- und Berufsorientierung“ des MASGF von acht Trägern modellhaft erprobt. In 2007 waren in den Modellprojekten der ausgewählten Träger ca. 1.300 Schüler und Schülerinnen in verschiedenen Brandenburger Regionen einbezogen. Dafür wurden Mittel in Höhe von rund 1 Mio. Euro ausgezahlt. Einen ebenso wichtigen Beitrag zur Berufsorientierung leistet die Förderung von Freiwilligenjahren im sozialen und ökologischen Bereich, an denen insgesamt rund 200 Jugendliche teilnahmen. In 2007 wurden dafür 0,85 Mio. Euro eingesetzt. Mit dem Projekt „Brisant“ werden Angebote für studieninteressierte Jugendliche zur Unterstützung der richtigen Studienwahlentscheidung gefördert. In 2007 haben 460 Jugendliche daran teilgenommen, darunter 271 Mädchen.

Zur Verbesserung der Qualität des Bildungssystems gab das MBS Mittel für die Förderung der Qualifizierung und Stärkung der beruflichen Bildung, der Kinder- und Jugendhilfe und der Weiterbildungskurse für Erwachsene in Höhe von rund 0,7 Mio. Euro aus. An diesen Maßnahmen nahmen insgesamt 1.097 Personen, davon 538 Frauen, teil. Ein wichtiger Baustein für die Qualitätsentwicklung im Bereich der Fort- und Weiter-

**Tabelle 13****Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse B –  
Schwerpunkt Berufsorientierung**

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel ausgezahlt in 2007	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
Initiative Oberschule (IOS)	5.745	2.796	1,36	1,3
INOPUNKT 18 – Berufsorientierung	1.292	523	0,89	0,9
Projekt „Brisant“ – Studienorientierung	460	271	0,11	0,1
Freiwilligenjahre im sozialen und ökologischen Bereich	204	138	0,85	0,8

\* Anteil bezogen auf **alle** ausgezahlten Mittel im Arbeitspolitischen Programm

bildung sind spezifische Bildungsangebote, u. a. für Ältere. Mit der „Akademie 50plus“ werden Projekte zur Entwicklung, Organisation und Durchführung von modularen beruflichen Qualifizierungs- und Trainingsangeboten für ältere Arbeitslose in jedem Arbeitsagenturbezirk im Land gefördert. Die Förderung ist auch älteren Nichtleistungsbeziehenden zugänglich. Dieses Angebot nahmen in 2007 insgesamt 551 Ältere in Anspruch, davon 320 Frauen (Anteil 58 Prozent).

**4.4.4 Programme zur Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie  
zur sozialen Eingliederung von Benachteiligten (Prioritätsachse C)****Überblick**

Mit einer Auszahlungssumme von über 30 Mio. Euro in 2007 wurde in der Prioritätsachse C das angestrebte Ziel befördert, für alle Bevölkerungsgruppen in Brandenburg Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Um der sozialen Ungleichheit am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken<sup>153</sup>, interveniert das Land auf verschiedenen Ebenen. Innerhalb der Prioritätsachse C werden folgenden Ziele konkret verfolgt: Zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen soll insbesondere ihre Beschäftigungsquote in so genannten Zukunftsbranchen, also in Bereichen mit überdurchschnittlichem Wachstum verbessert werden. Das kann dazu beitragen, junge gut qualifizierte Frauen in Brandenburg zu halten, indem ihnen konkrete, attraktive berufliche Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden. Zum Abbau von Benachteiligungen am Arbeitsmarkt wurden in der Prioritätsachse C die zwei konkreten Ziele Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen und Nichtleistungsbeziehenden sowie Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für benachteiligte Jugendliche formuliert. Mit dem Ziel Stärkung der regionalen und lokalen Beschäftigungspolitik sollen die sozialräumlichen Bedingungen für arbeitsmarktliche und soziale Integration von Benachteiligten verbessert werden, indem

153 Soziale Strukturkategorien, wie Geschlecht, Alter und Qualifikationsniveau haben erheblichen Einfluss auf die Chancen am Arbeitsmarkt.

die Akteure „vor Ort“ mehr Handlungsmöglichkeiten erhalten. Hierbei spielen Kooperation und Vernetzung regionaler und lokaler Akteure eine entscheidende Rolle. Die Möglichkeit, dass alle Menschen am Erwerbsleben teilnehmen können, wirkt sich letztlich positiv auf den sozialen Zusammenhalt in Brandenburg aus. Ein weiteres wichtiges Ziel lautet daher, die Teilhabe von arbeitslosen Personen an sozialen und Gemeinwesen orientierten Netzwerken und Projekten zu fördern und ihnen somit ein Mitwirken am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Mit verschiedenen Förderansätzen wurde bereits in 2007 begonnen, den anspruchsvollen Zielkanon der Prioritätsachse C zu verwirklichen. So konnten in 2007 mehr als 16.000 überwiegend arbeitslose Personen in Maßnahmen eingebunden werden, davon 7.551 Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 46,8 Prozent.

### Zu den Förderungen im Einzelnen

Mit dem Programm „Aktiv für Arbeit“ steht ein Förderansatz zur Verfügung, der sich originär an Langzeitarbeitslose und an Nichtleistungsbeziehende richtet und sie bei ihrem Wiedereinstieg in Arbeit unterstützen soll. Das Programm trägt zum Erhalt und zur Entwicklung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit sowie zur Integration in Arbeit bei. Für „Aktiv für Arbeit“ wurden in 2007 Mittel in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro ausgezahlt. Insgesamt konnten fast 4.300 Personen, davon rund 2.600 Frauen, in die Förderung einbezogen werden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der registrierten Langzeitarbeitslosen in Brandenburg ergibt sich eine Abdeckungsquote von rund 6,7 Prozent. Das Förderangebot steht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten – an insgesamt 34 Standorten – zur Verfügung.

**Tabelle 14**

### Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse C – Schwerpunkt Integration von Langzeitarbeitslosen und Nichtleistungsbeziehenden

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel ausgezahlt in 2007	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
„Aktiv für Arbeit“	4.262	2.638	3,18	3,0
Regionalbudget	4.767	2.382	11,64	11,1
Gemeinsame Richtlinie ABM	3.549	1.837	6,71	6,4

\* Anteil bezogen auf **alle** ausgezahlten Mittel im Arbeitspolitischen Programm

Mit dem Förderprogramm „Regionalentwicklung stärken – Langzeitarbeitslose schneller integrieren“ werden alle Landkreise und kreisfreien Städte durch Bereitstellung von Regionalbudgets bei der Realisierung einer effizienten und strukturwirksamen kommunalen Beschäftigungspolitik unterstützt. Konkret sollen die Arbeitsmarktintegration und die Beschäftigungsfähigkeit von langzeitarbeitslosen Männern und Frauen deutlich erhöht werden. Der landesweiten Einführung des Regionalbudgets vorgeschaltet war eine zweijährige Modell- und Erprobungsphase. Hierzu liegen nun Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung vor: Insgesamt konnten in der Laufzeit Mitte 2005 bis Mitte 2007 ca. 3.200 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Maßnahmen im Rahmen des Regionalbudgets teilnehmen. Der Frauenanteil liegt bei rund 45 Prozent. Ein Drittel der



Teilnehmenden war jünger als 25 Jahre und ca. 15 Prozent waren älter als 50 Jahre. Von den rund 3.200 Teilnehmern und Teilnehmerinnen konnten 529 Personen in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden, dies entspricht einer Übergangsquote in Beschäftigung von 17 Prozent. Für einen weiteren Personenkreis zeigen sich insbesondere qualitative Effekte. So konnte zum Beispiel für 234 Teilnehmende im Rahmen von sozial integrativen Maßnahmen eine Zunahme ihrer sozialen Kontakte verzeichnet werden. Bei einem Großteil der Teilnehmenden sind Wirkungen im Sinne der Erhöhung des Selbstvertrauens, der Überwindung von Isolation und dem Erlernen neuer Fähigkeiten nachweisbar. Das Regionalbudget ist in 2007 nunmehr in allen 18 Landkreisen und kreisfreien Städten gestartet. Dafür wurden Mittel in Höhe von fast 12 Mio. Euro ausgezahlt. Insgesamt wurden fast 4.800 Arbeitslose eingebunden, davon knapp 2.400 Frauen (Anteil 50 Prozent). In den verschiedenen regionalen Maßnahmen im Rahmen des Regionalbudgets waren in 2007 rund 25 Prozent junge arbeitslose Menschen unter 25 Jahren beteiligt. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes und vor allem um der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, werden auf Grundlage der §§ 260 ff. des SGB III zusätzliche Arbeitsplätze in Form von Arbeitsschaffungsmaßnahmen ergänzend durch das Land gefördert. So sind für die Gemeinsame ABM-Richtlinie im Jahr 2007 rund 6,7 Mio. Euro geflossen. Damit konnten über 3.500 Arbeitslose, davon mehr als die Hälfte Frauen, in 858 Projekten erreicht werden.

Um die Arbeitsmarktlage benachteiligter Jugendlicher zu verbessern, sind spezifische Maßnahmen notwendig. Bei den benachteiligten Jugendlichen handelt es sich um eine Zielgruppe, die besonderer Unterstützung bedarf. Es sind meist Jugendliche, die Schul- oder Ausbildungsabbrüche aufweisen und/oder BA-geförderte Maßnahmen nicht zu Ende geführt haben. Sie weisen in der Regel erhebliche Sozialisationsdefizite auf und/oder bringen erhebliche individuelle Problemlagen mit. Die Richtlinie des MBS zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe setzt hier gezielt an. Dafür wurden in 2007 Mittel in Höhe von 1,92 Mio. Euro ausgegeben. Mehr als 600 Jugendliche, davon 149 Frauen konnten sozialpädagogisch betreut werden. Ein anderes Programm des MBS fokussiert auf die Vermeidung von Schulabbrüchen. Angesprochen

**Tabelle 15**  
**Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse C –**  
**Schwerpunkt Arbeitsmarktchancen für benachteiligte Jugendliche**

Programmpunkt	Förderfälle		Fördermittel ausgezahlt in 2007	
	Insgesamt	davon Frauen	in Mio. Euro	in Prozent*
berufspädagogische Maßnahmen in der Jugendhilfe	609	149	1,92	1,8
integrierte Projekte Jugendhilfe/ Schule	292	95	1,56	1,5
Haftvermeidung durch soziale Integration	1.604	185	0,73	0,7
Förderung der Qualifizierung im Justizvollzug	321	8	1,70	1,6

\* Anteil bezogen auf alle ausgezahlten Mittel im Arbeitspolitischen Programm



werden schulverweigernde Jugendliche, die sich vorrangig im 9. und 10. Schuljahr befinden. Hierfür wurden rund 1,6 Mio. Euro in 2007 gezahlt. Teilgenommen haben an dem Förderprogramm 292 Jugendliche, davon 95 Frauen. Seitens des Ministeriums der Justiz (MdJ) wurde unter Einsatz von ESF-Mitteln die Haftvermeidung durch soziale Integration von rund 1.600 Strafgefangenen unterstützt. Hierfür wurden 0,73 Mio. Euro ausgegeben. Hinzu kommt eine Richtlinie des MdJ zur Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen im Justizvollzug. Die in 2007 ausgezahlte Summe umfasst 1,7 Mio. Euro. Über 300 junge und erwachsene Gefangene haben eine berufliche Qualifizierung erhalten.

Aus Mitteln des Bundes-ESF wurden zudem Lohnkostenzuschüsse für Jugendliche am Übergang von der Ausbildung in den Beruf (2. Schwelle) bereitgestellt, um ihre Integrationschancen zu erhöhen. In 2007 wurden hier rund 1,3 Mio. Euro ausgegeben, damit konnten 321 Jugendliche gefördert werden.

#### **4.4.5 Programme für transnationale Aktivitäten (Prioritätsachse E)**

##### **Überblick**

In der Prioritätsachse E geht es vor allem darum, durch transnationale Aktivitäten von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Erfahrungen anderer Länder zu lernen wie auch eigene Erkenntnisse in den internationalen Diskussionsprozess um erfolgreiche, effiziente Arbeitspolitik einzuspeisen. Die transnationalen Kooperationen folgen vorrangig dem Ziel, geeignete (alternative und innovative) Lösungsansätze zur Umsetzung der arbeitspolitischen Strategie in einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu finden. Dabei sind vor allem die Regionen, Sozialpartner und Unternehmen als Wissens- und Erfahrungsträger wie auch als Adressaten angesprochen. Insgesamt wurden im Rahmen dieser Prioritätsachse in 2007 rund 0,1 Mio. Euro ausgezahlt.

##### **Zu den Förderungen im Einzelnen**

Zur unmittelbaren Vorbereitung der Förderung transnationaler Maßnahmen aus dem ESF-OP 2007–2013 werden derzeit neben einem INNOPUNKT-Modellvorhaben drei weitere Modellprojekte in Brandenburg umgesetzt. Die neue INNOPUNKT-Initiative zum Thema „Nachhaltige Zugangswege für formal Geringqualifizierte in Beschäftigung unter Einbeziehung europäischer Erfahrungen“ greift bei der modellhaften Erprobung geeigneter Zugänge in Beschäftigung für Menschen mit nur sehr geringen Qualifikationen auf europäische Erfahrungen und Erkenntnisse zurück. Mit unterschiedlichen Lösungsansätzen wird zusätzliche Beschäftigung für geringqualifizierte Menschen geschaffen und deren Chancen durch arbeitsintegriertes Lernen erhöht. Der Erwerb von Kompetenzen im Arbeitsprozess und deren Anerkennung ist ein weiteres Teilziel. Ausgewählt wurden fünf Projekte, die eng mit Partnern u. a. aus den skandinavischen Ländern, aus den Niederlanden, England sowie Irland kooperieren. Von den dafür bewilligten 2,3 Mio. Euro wurden in 2007 zunächst 0,03 Mio. Euro ausgegeben. Da die Projekte erst Ende 2007 gestartet sind, liegen noch keine Teilnehmerzahlen vor.

Bei den drei Modellprojekten steht der transnationale Erfahrungsaustausch im Vordergrund. Dafür wurden im Berichtsjahr 2007 rund 0,07 Mio. Euro eingesetzt. Aus den Modellen werden nutzbare Transfererkenntnisse insbesondere für die Erarbeitung einer Richtlinie zum transnationalen Erfahrungsaustausch erwartet.

# Schlussbemerkungen

Die in diesem Bericht dargestellte Entwicklung des Arbeitsmarktes in 2007/2008 zeigt, dass insgesamt von einer Erholungsphase der Arbeitsmarktlage in Brandenburg gesprochen werden kann. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hält weiter an, bei gleichzeitig positiver Entwicklung von Beschäftigung (vgl. dazu Kapitel 2). Vorliegende Untersuchungen, wie die 12. Welle des IAB-Betriebspanels, prognostizieren für 2008/2009 eine etwas geringere Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen in Brandenburg. Die Beschäftigungsentwicklung wird nicht mehr so dynamisch wie in 2006 und 2007 verlaufen. Geringerer Beschäftigungsaufbau wird wahrscheinlich auch die gute Arbeitsmarktentwicklung dämpfen. Zudem kann die Arbeitslosigkeit von Menschen, die bereits länger nicht mehr in Erwerbsarbeit waren und/oder die bestimmte Vermittlungshemmnisse aufweisen, nicht ohne Weiteres beendet werden. Der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit bleibt eine der dringendsten Aufgaben von Arbeitspolitik. Durch den Ansatz der Regionalisierung von Arbeitspolitik erhalten die lokalen und kommunalen Akteure vor Ort eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse sind Kommunen die geeignete Ebene zur Konzipierung und Umsetzung von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. Eine weitere wichtige gesellschaftliche Aufgabe wird die Bewältigung von möglichen Fachkräfteengpässen im Land sein.

Die Beschreibung der Arbeitspolitik und deren Leistungsspektrum, sowohl im Rahmen des arbeitspolitischen Programms „In Menschen investieren – Regionen stärken“, als auch in Form von Aktivitäten, Initiativen und Aktionen, zeigt auf, dass Brandenburg sich den neuen Herausforderungen des Arbeitsmarktes stellt (vgl. ausführlicher Kapitel 4). Die angepasste Zielrichtung des Operationellen Programms der ESF-Förderperiode 2007 bis 2013 und die entsprechende Gestaltung der Interventionen durch das MASGF sind Beleg für eine ergebnisorientierte Politikausrichtung. Die Behebung der Problemlagen des Arbeitsmarktes ist eine langfristige Aufgabe und erfordert eine effiziente und effektive Förderpolitik.

## **Maßstab für die Bewältigung von Arbeitsmarktproblemen ist die richtige Politik**

Der im Kapitel 1 beschriebene Ordnungsrahmen von Arbeitsmarktpolitik verweist auf die Zuständigkeiten und Regelungskompetenzen von Bund, Ländern und Gemeinden. Arbeitsmarktpolitik ist vorrangig eine staatliche Aufgabe, die in der Verantwortung des Bundes liegt. Mit der praktischen Durchführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitslosenversicherung nach dem SGB III ist die Bundesagentur für Arbeit beauftragt. Durch die Neuregelung des SGB II ist die Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte im Bereich lokaler, kommunaler Beschäftigungspolitik erheblich gestärkt worden. Die Organisation der Umsetzung des SGB II wird derzeit auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Die fünf in Brandenburg agierenden Optionskommunen bleiben erhalten und können ihre Arbeit fortsetzen.

Die Spielräume des Landes in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sind begrenzt, gleichwohl nutzt Brandenburg sie, um Probleme von Arbeitsmarkt und Beschäftigung aus regionaler Perspektive zu lösen.

Brandenburg geht einen eigenständigen Weg, um Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Mit dem Strategieansatz von Arbeitspolitik wurde 2007 ein Paradigmenwechsel vollzogen. Ob sich diese Strategieausrichtung mit ihren drei Orientierungspunkten „Sicherung der

Fachkräftebasis“, „Chancengleichheit“ und „Regionalisierung von Arbeitspolitik“ bewährt, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Die Politik mit ihrer entsprechenden Schwerpunktsetzung definiert nicht nur das Tun, sondern muss auch daran gemessen werden, wie es gelingt. Gradmesser für richtige Politik wäre demnach eine hohe Akzeptanz bei allen Akteuren und Betroffenen des Landes und eine erfolgreiche Entwicklung auf den zentralen Feldern von Arbeitspolitik, wie etwa im Bereich der Berufsbildung.

### **Grundvoraussetzung ist enge Kooperation aller arbeitspolitischen Akteure**

Maßgeblich für eine erfolgreiche Landesarbeitspolitik ist die intensive Zusammenarbeit aller arbeitspolitischen Akteure. Die Arbeitspolitik in Brandenburg verfolgt das Ziel einer engen Akteurskooperation. Die Abstimmung mit regionalen und lokalen Behörden, den Wirtschafts- und Sozialpartnern und anderen Organisationen und Interessenvertretungen wird genutzt, um Kompetenzen zusammenzuführen, Wissen auszutauschen und für eine hohe Transparenz zu sorgen. Durch diesen Kooperationsprozess können auch Fördermittel effektiver und effizienter eingesetzt werden.

Durch die enge Zusammenarbeit des MASGF mit den anderen Ressorts der Landesregierung (u. a. MBS, MW, MWFK, MLUV) zu den verschiedenen Themenbereichen von Landesarbeitspolitik gelingt es, Partikularinteressen zu bündeln und daraus ein einheitliches strategisches Vorgehen zu entwickeln. Nur durch das gemeinsame Engagement auf wichtigen Politikfeldern kann der höchstmögliche Nutzen erreicht werden.

Gerade für eine erfolgreiche Fachkräftepolitik ist die enge Vernetzung mit allen Akteuren auch aus anderen Politikfeldern (Wirtschaft, Infrastruktur, Finanzen u. a.) unabdingbar. So zum Beispiel sind im Landesarbeitskreis Fachkräftesicherung alle relevanten arbeitspolitischen Akteure des Landes eingebunden. Der Arbeitskreis sieht seine Aufgaben in der partnerschaftlichen Abstimmung eines gemeinsamen und konzentrierten Vorgehens und in der Erzeugung von Synergien durch Kooperation und Unterstützung der Wirtschaft, Schulen, Hochschulen, Verbände und verschiedener Ressorts der Landesregierung.

Im Sinne einer vertieften Akteurskooperation ist ebenso eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit unerlässlich, um ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen den Förderinstrumenten der Bundesagentur für Arbeit und den arbeitspolitischen Aktivitäten des Landes zu sichern. Um dies zu gewährleisten, haben die Landesregierung und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit bereits im Mai 2006 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit nach § 367 Abs. 3 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch geschlossen. Für den Zeitraum 2007 bis 2008 wurden zur inhaltlichen Umsetzung dieser Zusammenarbeit die Schwerpunkte „Verzahnung von Arbeitsförderung und Strukturpolitik“, „Sicherung des Fachkräftebedarfs“ und „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit“ mit jeweiligen Zuständigkeiten festgelegt und mit konkreten Handlungsansätzen untersetzt. Die Verzahnung von Arbeitsförderung und Strukturpolitik erfolgt dabei u. a. durch die Unterstützung kombinierter Arbeits- und Strukturfördevorhaben der Landkreise und kreisfreien Städte, insbesondere im Rahmen des Regionalbudgets. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs wurden konkrete Maßnahmen und Aktivitäten zur Verringerung und Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit an der 1. und 2. Schwelle vereinbart, so zum Beispiel die Verbesserung der Berufsorientierung, die Erweiterung der betrieblichen/betriebsnahen Ausbildungs-

basis und die Unterstützung von Arbeitgeberzusammenschlüssen. Hinzu kommen die Schwerpunktaufgaben mehr Beschäftigung für Ältere, bedarfsgerechte Qualifizierung von Arbeitslosen und die Förderung von Existenzgründungen. Um Frauen und Männern einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, gewinnt die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit immer mehr an Bedeutung. Das betrifft sowohl die Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung von Kindern, als auch die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbsleben. Landesregierung und Regionaldirektion haben sich hierzu z. B. auf eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesstätten und Kindertagespflege sowie die Bereitstellung von familiengerechten Qualifizierungsangeboten verständigt. Die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Regionaldirektion hat sich bewährt und zu einem vertrauensvollen Miteinander geführt. Die Kooperation mit der Bundesagentur weiter zu festigen und Förderprogramme abzustimmen, bleibt deshalb auch in den nächsten Jahren ein wichtiger Bestandteil der Arbeitspolitik des Landes. Bis Ende des Jahres 2008 werden die Schwerpunkte der Zusammenarbeit neu bewertet und es wird geprüft, inwieweit Ergänzungen, Aktualisierungen oder Anpassungen an veränderte Rahmenbedingungen notwendig sind. Die ursprünglich bis Ende 2008 geltende Vereinbarung soll letztendlich in aktualisierter Form bis ins Jahr 2010 fortgeschrieben werden.

# Tabellenanhang

**Tabelle A1**  
**Struktur der Arbeitslosen nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II)**  
**im Land Brandenburg im Jahr 2007 (ohne zKT)**

	Insgesamt	davon			
		SGB III	Anteil in Prozent	SGB II	Anteil in Prozent
<b>Arbeitslose insgesamt</b>	153.683	63.374	41,2	90.310	58,8
dar. unter 25 Jahre	18.715	9.896	52,9	8.819	47,1
über 50 Jahre	45.963	24.193	52,6	21.769	47,4
über 55 Jahre	21.016	12.410	59,1	8.606	40,9
schwerbehindert	6.960	3.246	46,6	3.714	53,4
Ausländer	4.155	789	19,0	3.366	81,0
<b>männlich</b>	77.565	28.859	37,2	48.706	62,8
dar. unter 25 Jahre	11.137	6.237	56,0	4.901	44,0
über 50 Jahre	21.725	10.188	46,9	11.537	53,1
über 55 Jahre	10.019	5.454	54,4	4.565	45,6
schwerbehindert	3.883	1.658	42,7	2.225	57,3
Ausländer	2.024	318	15,7	1.706	84,3
<b>weiblich</b>	76.118	34.515	45,3	41.603	54,7
dar. unter 25 Jahre	7.577	3.659	48,3	3.918	51,7
über 50 Jahre	24.237	14.005	57,8	10.232	42,2
über 55 Jahre	10.997	6.955	63,2	4.042	36,8
schwerbehindert	3.077	1.588	51,6	1.488	48,4
Ausländer	2.131	471	22,1	1.660	77,9

Quelle: Sonderauswertung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg; Service Statistik-Ost vom 10.4.2008

**Tabelle A2****Mitteleinsatz der Bundesagentur für Arbeit im Land Brandenburg  
im Rechtskreis SGB III**

Maßnahme	2006		2007		Veränderung 2005 zu 2006	
	Miteinsatz		Miteinsatz		absolut in 1.000 Euro	in Prozent
	in 1.000 Euro	in Prozent	in 1.000 Euro	in Prozent		
Förderung der beruflichen Weiterbildung	30.437	5,13	29.223	5,67	-1.214	-3,99
Maßnahmen der Eignungsfeststellung/ Trainingsmaßnahmen	5.656	0,95	5.118	0,99	-538	-9,51
Eingliederungszuschüsse	16.433	2,77	21.508	4,17	5.075	30,88
Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen	3.219	0,54	2.615	0,51	-604	-18,76
Eingliederungszuschüsse bei Vertretungen	516	0,09	354	0,07	-162	-31,40
Mobilitätshilfen	11.240	1,90	14.515	2,81	3.275	29,14
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	11.102	1,87	12.284	2,38	1.182	10,65
trad. Strukturpassungsmaßnahmen	15.586	2,63	3.364	0,65	-12.240	-78,53
Überbrückungsgeld	45.624	7,69	2.674	0,52	-42.950	-94,14
Existenzgründerzuschüsse	74.613	12,58	37.589	7,29	-37.024	-49,62
Gründungszuschüsse Phasen I und II (ab 01.08.2006)	3.280	0,55	41.759	8,10		
aktive Arbeitsförderung der BA insgesamt	593.084	100	515.802	100	-77.282	-13,03

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Abrechnungsergebnisse der Bundesagentur für Arbeit nach den Bezirken der Regionaldirektionen und nach Bundesländern, Stand: Dezember 2006 und Dezember 2007



**Tabelle A3**  
**Ausgewählte Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit im Jahre 2007 im Land Brandenburg (ohne zkt)**

	Teilnehmerbestand im Jahresdurchschnitt 2007						
	insgesamt	Anteile in Prozent	SGB III	Anteile in Prozent	SGB II	Anteile in Prozent	
Chancen auf dem 1. Arbeitsmarkt verbessern	berufliche Weiterbildung	4.480	5,6	2.769	5,7	1.711	5,4
	Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen	2.420	3,0	1.018	2,1	1.402	4,5
Beschäftigungsbegleitende Maßnahmen	Eingliederungszuschüsse	5.704	7,1	3.007	6,2	2.697	8,6
	Eingliederungszuschüsse für schwerbehinderte Menschen	716	0,9	648	1,3	68	0,2
	Einstellungszuschüsse bei Neugründung	425	0,5	249	0,5	176	0,6
	Einstellungszuschüsse bei Vertretung	37	0,05	28	0,06	8	0,03
	Überbrückungsgeld für Selbständige	124	0,2	124	0,3	-	-
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen	Existenzgründerzuschuss (ICH-AG)	9.562	12,0	9.562	19,7	-	-
	Gründungszuschuss (ab 01.08.2006)	3.510	4,8	3.510	7,2	-	-
	Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II	13.643	17,1	-	-	13.643	43,4
	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3.049	3,8	876	1,8	2.173	6,9
	trad. Strukturpassungsmaßnahmen	251	0,3	250	0,5	1	0,003
Summe arbeitsmarktpolitischer Instrumente	in Brandenburg	79.938	100	48.484	100	31.455	100
	im Bundesgebiet Ost	574.634		278.416		296.227	
	im Bundesgebiet West	978.776		545.388		433.389	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente nach Rechtskreisen – aktuelle Daten, Stand: Juli 2008  
eigene Berechnungen

-) keine Maßnahme im jeweiligen Rechtskreis

**Tabelle A4**  
**SGB III-Typisierung**

Typ	Kurzbezeichnung	Kurzbeschreibung
<b>I</b>	<b>Bezirke i. d. R. in Ostdeutschland mit dominierendem Arbeitsplatzdefizit</b>	
I a	Bezirke in Ostdeutschland mit schlechtesten Arbeitsmarktbedingungen	– Höchste Unterbeschäftigung – Unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte – Geringste Bewegung am Arbeitsmarkt
I b	Bezirke in Ostdeutschland mit schlechten Arbeitsmarktbedingungen (typische AA in Ostdeutschland)	– Sehr hohe Unterbeschäftigung – Geringe Bewegung am Arbeitsmarkt
I c	Bezirke i. d. R. in Ostdeutschland mit hoher Arbeitslosigkeit; z. T. Grenzlage zum Westen	– Hohe Unterbeschäftigung – Mäßige Bewegung am Arbeitsmarkt
<b>II</b>	<b>Großstädtisch geprägte Bezirke vorwiegend in Westdeutschland mit hoher Arbeitslosigkeit</b>	
II a	Großstädtisch geprägte Bezirke mit hoher Arbeitslosigkeit	– Hohe Unterbeschäftigung – Höchste Bevölkerungsdichte – Mäßige Bewegung am Arbeitsmarkt – Hoher Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen – Überdurchschnittlicher Tertiarisierungsgrad
II b	Vorwiegend großstädtisch geprägte Bezirke mit mäßig hoher Arbeitslosigkeit	– Durchschnittliche Unterbeschäftigung (für Westmaßstäbe überdurchschnittl.) – Hohe Bevölkerungsdichte – Überdurchschnittliche Bewegung am Arbeitsmarkt – Hoher Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen
<b>III</b>	<b>Bezirke in Westdeutschland mit durchschnittlicher Arbeitslosigkeit</b>	
III a	Bezirke mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, aber mäßiger Dynamik	– Überdurchschnittliche Unterbeschäftigung (für Westmaßstäbe hoch) – Mäßige Bewegung am Arbeitsmarkt – Überdurchschnittlicher Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen
III b	Bezirke mit durchschnittlicher Arbeitslosigkeit	– Durchschnittliche Unterbeschäftigung (für Westmaßstäbe überdurchschnittl.) – Wenig Bewegung am Arbeitsmarkt
III c	Bezirke mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und wenig Dynamik	– Unterdurchschnittliche Unterbeschäftigung (für Westmaßstäbe durchschnittl.) – Wenig Bewegung am Arbeitsmarkt
<b>IV</b>	<b>Zentren in Westdeutschland mit günstiger Arbeitsmarktlage und hoher Dynamik</b>	
IV	Zentren mit günstiger Arbeitsmarktlage und hoher Dynamik	– Unterdurchschnittliche Unterbeschäftigung – Hohe Bevölkerungsdichte – Höchste Bewegung am Arbeitsmarkt – Hoher Tertiarisierungsgrad – Wenig Saisonbeschäftigung – Überdurchschnittlicher Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen
<b>V</b>	<b>Bezirke in Westdeutschland mit guter Arbeitsmarktlage und hoher Dynamik</b>	
V a	Ländliche Bezirke mit günstiger Arbeitsmarktlage und hoher saisonbedingter Dynamik	– Unterdurchschnittliche Unterbeschäftigung – Geringste Bevölkerungsdichte – Unterdurchschnittlicher Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen – Höchste Saisonspanne
V b	Mittelstandsstrukturierte Bezirke mit günstiger Arbeitsmarktlage	– Geringe Unterbeschäftigung – Durchschnittliche Bevölkerungsdichte – Unterdurchschnittlicher Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen – Überdurchschnittliche Quote an gemeldeten Stellen
V c	Bezirke mit günstigster Arbeitsmarktlage und hoher Dynamik	– günstigste Unterbeschäftigung – Unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte – Hohe Bewegung am Arbeitsmarkt – Geringster Anteil Sozialhilfeempfänger/Problemgruppen – Hohe Saisonspanne

**Tabelle A5**

**SGB II-Typisierung im Land Brandenburg (Stand: 01.01.2007)**

SGB II-Typ	Erläuterung	kreisfreie Stadt / Landkreis	Form der Aufgabenwahrnehmung	vergleichbare Städte/Landkreise außerhalb Brandenburgs
4	Städte vorwiegend in Ostdeutschland mit schlechter Arbeitsmarktlage und sehr hohem Anteil an Langzeitarbeitslosen	Cottbus	ARGE	Rostock, Schwerin, Halle/Saale, Magdeburg, Dresden, Leipzig, Erfurt, Gera, Flensburg, Lübeck
		Frankfurt (Oder)	ARGE	
5	Vorwiegend städtisch geprägte Gebiete in Westdeutschland mit durchschnittlicher Arbeitsmarktlage und hohem Anteil an Langzeitarbeitslosen	Potsdam	ARGE	Braunschweig, Region Hannover, Osnabrück, Aachen, Bielefeld, Kaiserslautern, Trier, Hof
7	Vorwiegend ländliche Gebiete in West- und Ostdeutschland mit unterdurchschnittlicher Arbeitsmarktlage	Dahme-Spreewald	ARGE	Ludwigslust, Wernigerode, Gotha, Eisenach, Jena, Suhl, Holzminden, Aurich, Cuxhaven, Uelzen
		Potsdam-Mittelmark	ARGE	
		Teltow-Fläming	ARGE	
11	Vorwiegend ländliche Gebiete in Ostdeutschland mit schlechter Arbeitsmarktlage und niedrigem BIP pro Kopf	Barnim	ARGE	Bad Doberan, Parchim, Rügen, Dessau, Bernburg, Wittenberg, Altenburger Land, Mittlerer Erzgebirgskreis, Freiberg, Mittweida
		Brandenburg a. d. H.	ARGE	
		Havelland	ARGE	
		Märkisch-Oderland	ARGE	
		Oberhavel	zKT	
		Oder-Spree	zKT	
		Ostprignitz-Ruppin	zKT	
Spree-Neiße	zKT			
12	Vorwiegend ländliche Gebiete in Ostdeutschland mit sehr schlechter Arbeitsmarktlage, sehr niedrigem BIP pro Kopf und hohem Anteil an Langzeitarbeitslosen	Elbe-Elster	ARGE	Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow, Ostvorpommern, Köthen, Quedlinburg, Sangerhausen, Stendal, Görlitz, Löbau-Zittau
		Oberspreewald-Lausitz	ARGE	
		Prignitz	ARGE	
		Uckermark	zKT	

# Verzeichnis der Grafiken, Tabellen und Übersichten

	Seite
Grafik 1 Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes 2000 bis 2007 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	13
Grafik 2 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2000 bis 2007 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	14
Grafik 3 Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung im Jahr 2007 im Land Brandenburg und im Bundesgebiet West	16
Grafik 4 Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Land Brandenburg von 2000 bis 2007	18
Grafik 5 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Juni 2000 bis Juni 2007 im Land Brandenburg	22
Grafik 6 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 2000 bis 2007 nach Sektoren im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	26
Grafik 7 Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Sektoren in Brandenburg und im Bundesgebiet West am 30.06.2007	27
Grafik 8 Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 2000 bis 2007 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	31
Grafik 9 Arbeitslosenquoten der Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2006 und 2007 im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	35
Grafik 10 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe im Land Brandenburg 2007	43
Grafik 11 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg nach kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen dem 30. Juni 2006 und dem 30. Juni 2007; Veränderungs-raten in Prozent	47
Grafik 12 Arbeitslosenquoten im Land Brandenburg; Jahresdurchschnitt 2007	48
Grafik 13 Veränderung der Arbeitslosenquoten 2007 im Vergleich zum Vorjahr im Land Brandenburg	50
Grafik 14 Arbeitslosengeld II-Quote im Land Brandenburg; Jahresdurchschnitt 2007	53

	Seite	
Grafik 15	Anteil der einpendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der kreisfreien Städte bzw. Landkreise im Land Brandenburg am 30.06.2006	57
Grafik 16	Mitteleinsatz der Bundesagentur für Arbeit im Land Brandenburg im Rechtskreis SGB III (in Tausend Euro)	60
Grafik 17	Vergleichstypen der Arbeitsagenturen 2005 (SGB III-Typisierung)	71
Grafik 18	SGB II-Typisierung im Land Brandenburg	74
Grafik 19	Arbeitspolitisches Programm Brandenburg nach Prioritätsachsen	96
Grafik 20	Verteilung der im Jahr 2007 ausgezahlten Fördermittel des Arbeitspolitischen Programms nach Prioritätsachsen	100
Tabelle 1	Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West, 2000, 2006 und 2007	20
Tabelle 2	Neu abgeschlossene betriebliche Ausbildungsverträge in den einzelnen Ausbildungsbereichen 2007	45
Tabelle 3	Gemeldete betriebliche Berufsausbildungsstellen je Bewerber nach Agenturbezirken 2006 und 2007	52
Tabelle 4	Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge nach Kammerbezirken 2006 und 2007	54
Tabelle 5	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler, Auspendler und Pendlersaldo im Land Brandenburg	55
Tabelle 6	Ausgewählte SGB II-Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Land Brandenburg im Jahr 2007 (ohne zugelassene kommunale Träger); Mitteleinsatz in Tausend Euro	61
Tabelle 7	Teilnahme von Frauen an ausgewählten Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2006 und 2007 im Land Brandenburg	64
Tabelle 8	Eingliederungsquoten nach Austritt aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Förderung nach Rechtskreis SGB III, untersucht 6 Monate nach Austritt im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	68

	Seite	
Tabelle 9	Eingliederungsquoten nach Austritt aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mit Förderung nach Rechtskreis SGB II; untersucht 6 Monate nach Austritt im Land Brandenburg, im Bundesgebiet Ost und im Bundesgebiet West	70
Tabelle 10	Gesamtbilanz des Arbeitspolitischen Programms in 2007 – Förderfälle und Mitteleinsatz	101
Tabelle 11	Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse A	103
Tabelle 12	Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse B – Schwerpunkt Berufliche Ausbildung	105
Tabelle 13	Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse B – Schwerpunkt Berufsorientierung	107
Tabelle 14	Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse C – Schwerpunkt Integration von Langzeitarbeitslosen und Nichtleistungsbeziehenden	108
Tabelle 15	Förderergebnisse ausgewählter Programme in der Prioritätsachse C – Schwerpunkt Arbeitsmarktchancen für benachteiligte Jugendliche	109
Übersicht 1	Längerfristige Strategien des MASGF zur Fachkräftesicherung	83
Übersicht 2	Strategische Ziele des Arbeitspolitischen Programms Brandenburg	97
 <b>Tabellenanhang</b>		
Tabelle A1	Struktur der Arbeitslosen nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II) im Land Brandenburg im Jahr 2007 (ohne zKT)	114
Tabelle A2	Mitteleinsatz der Bundesagentur für Arbeit im Land Brandenburg im Rechtskreis SGB III	115
Tabelle A3	Ausgewählte Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2007 im Land Brandenburg (ohne zKT)	116
Tabelle A4	SGB III-Typisierung	117
Tabelle A5	SGB II-Typisierung im Land Brandenburg (Stand: 01.01.2007)	118

# Abkürzungsverzeichnis

AA	Agenturen für Arbeit
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
ALG II	Arbeitslosengeld II
AO	Arbeitsort
APRO	Ausbildungsplatzprogramm Ost
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
BA	Bundesagentur für Arbeit
BA-X	Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit
BAB	Programme der beruflichen Ausbildung
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BAFF	Brandenburger Modell zur Fachkräftesicherung
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
EGZ	Eingliederungszuschuss
EQ	Einstiegsqualifizierung
EQJ	Einstiegsqualifizierung Jugendlicher
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
Eurostat	Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften
FbW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
GFMK	Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
INNOVATIONSPUNKT	INNOvative arbeitsmarktpolitische SchwerPUNKTförderung
IOS	Initiative Oberschule
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
LAB	Landesausschuss für Berufsbildung
LAK	Landesarbeitskreis
LAPRO	Landesprogramm Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg
LASA	Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg
MASGF	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg
MBSJ	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
MdJ	Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg
MLUV	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
MW	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg
MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
OP	Operationelles Programm
PIW	Progress-Institut für Wirtschaftsforschung



SenIAS	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch
SÖSTRA	Institut für sozialökonomische Strukturanalysen in Berlin
STZ	Strategische Ziele
SvB	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
VerBIS	Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem der Bundesagentur für Arbeit
zKT	zugelassene kommunale Träger

---

## Notizen

**Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit  
und Familie des Landes Brandenburg**

Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam  
[www.masgf.brandenburg.de](http://www.masgf.brandenburg.de)

Titelgestaltung und Satz: Martina Sailer/Martina Kohl, Berlin  
Lektorat: Evelyn Teschner  
Druck: Druckerei Arnold  
Auflage: 800

September 2008

Diese Broschüre wird durch das MASGF, aus Mitteln des  
Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg gefördert.

Europäischer Sozialfonds – Investition in Ihre Zukunft